



Beschlussbuch

Bezirkskonferenz 2020:

Fight the System



Inhaltsverzeichnis

Arbeitsprogramm

AP1	Bezirksvorstand	Das Bezirksarbeitsprogramm 2020/21	3
AP2	Bezirksvorstand	Gleichstellungsarbeitsprogramm	11

Arbeit und Wirtschaft

A1	UB Braunschweig	Echte Zeiterfassung für Arbeitnehmer*innen	14
A2	UB Braunschweig	Mehr Sicherheit für Zeitarbeitnehmer*innen und befristet Beschäftigte	15
A3	UB Wolfenbüttel	Urlaub in der Ferienzeit	16

Bildung

B1	UB Gifhorn	Abschaffung des NC's an Universitäten und Hochschulen	17
B2	UB Braunschweig	Unser Leben in Zeiten von Corona – wie Studierende um Ihre Existenz gebracht werden	18
B3	UB Gifhorn	Grundlagen von Office-Programmen in der Schule	21
B4	UB Wolfenbüttel	Beitragsfreie Kindergartenplätze – diesmal wirklich	22

Feminismus

F1	UB Salzgitter	Strafe für heimlich gefilmte pornografische Inhalte	23
F2	UB Wolfenbüttel	Mutterschaftsgeld auch für Frauen in beruflicher Weiterbildung, die noch familienversichert bei den Eltern sind	24
F3	UB Braunschweig	Erweiterung Artikel 3 GG	25
F4	UB Braunschweig	Vereinbarkeit von Familie und Politik	26

Grundsatzprogramm

GP1	Bezirksvorstand	Grundsatzprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig	27
-----	-----------------	--	----

Gesundheit

G1	Bezirksvorstand	Geschlechter in der Medizin – Gesundheit darf keine Frage des Geschlechts sein	57
G2	UB Braunschweig	Aufhebung Blutspendeverbot	59

Inneres

I1	UB Salzgitter	Kritisch solidarisch mit der Polizei	60
----	---------------	--------------------------------------	----

Kommunales

K1	UB Braunschweig	Digitale Verwaltungen umsetzen!	66
K2	UB Braunschweig	Änderung niedersächsisches Kommunalwahlgesetz	68
K3	UB Braunschweig	„Life in the hood“ – Maßnahmen zur Rettung der Kommunen	69

Mobilität

M1	Bezirksvorstand	Transformation in der Automobilindustrie	75
M2	UB Gifhorn	Tempolimit auf Autobahnen	84
M3	UB Salzgitter	Regionales Konzept für Ladeinfrastruktur	85

Organisation

O1	UB Braunschweig	SPD-Cloud	86
----	-----------------	-----------	----

Soziales

S1	UB Gifhorn	Ausnahmeregelungen für Sozialhilfe unbeschränkt beibehalten	87
----	------------	---	----

AP 1

AntragsstellerIn:

Weiterleitung an:

Bezirksvorstand

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Das Bezirksarbeitsprogramm 2020/21

1. Unsere Grundwerte

Sozialismus

Sozialismus bedeutet für uns Jusos, dass wir die vorhandenen herrschaftsgeprägten Strukturen des kapitalistischen Wirtschaftssystems überwinden wollen. Uns reicht es nicht aus, nur durch sozialen Ausgleich eine angenehmere Welt für einen größeren Teil der westlichen Industrienationen zu schaffen. Wir gehen einen Schritt weiter, indem wir die Armut schaffenden Strukturen international durchbrechen wollen. Diesen Grundpfeiler skizzieren wir wie folgt mit drei grundsätzlichen Aussagen:

1. Wir wollen nicht nur Ungleichheiten abmildern, sondern das kapitalistische System durchbrechen, welches Ungleichheiten produziert und reproduziert.
2. Wir wollen, dass Menschen nicht mehr danach bewertet werden, ob sie einer profitorientierten Welt nützlich sind, bzw. ob sie in einem System funktionieren.
3. Wir wollen, dass jeder Mensch frei und selbstbestimmt sein eigenes Leben gestalten kann. Als frei denkende SozialdemokratInnen ist es daher unsere Aufgabe, einen langen Aufklärungsprozess zu betreiben. Einen Aufklärungsprozess, der davongetragen wird, die unmenschlichen weltweiten Zustände zu thematisieren. Die Mehrheit der Bevölkerung soll dabei politisch aktiviert werden und die bestehenden kapitalistischen Mechanismen nicht mehr akzeptieren. Gleichzeitig gilt es den Menschen von den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem zu überzeugen, in dem alle Menschen von Fremdbestimmung und Abhängigkeit befreit sind. Wirtschaftliche Prozesse dienen dem Wohl der Gesellschaft, nicht einem kleinen privilegierten Teil der Gesellschaft. Dabei ist darauf zu achten, dass Einkommen und Vermögen möglichst gerecht verteilt ist. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass dieser Prozess niemals beendet sein kann. Vielmehr ist der Kampf um den Sozialismus und für den Sozialismus als immerwährende Aufgabe zu verstehen - so wie es im Grundsatzprogramm der SPD entnommen werden kann. Dies setzt aber voraus, dass sich alle Menschen frei, gleich und solidarisch verhalten.

Feminismus

Die Jusos als feministischer Richtungsverband

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband, damit ist die Gleichstellung der Geschlechter einer unserer bedeutsamsten Forderungen. Denn trotz einiger Errungenschaften wie das Wahlrecht und die gesetzliche Gleichstellung der Frau erkennen wir weiterhin eine grundlegende gesellschaftliche Diskriminierung der Frau. Wir wollen, dass alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können, fern von Diskriminierung und Abhängigkeiten. Aus diesem Grund ist die Gleichstellung der Geschlechter ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine gerechtere Zukunft.

Internationalismus

Juso sein heißt InternationalistIn sein!

Wir Jusos verstehen uns als internationalistischer Richtungsverband, somit gilt die internationale Solidarität als einer unserer bedeutsamsten Grundwerte. Sie muss gerade in Zeiten wie diesen für uns mehr als selbstverständlich sein. Als InternationalistInnen setzen wir uns mit unseren PartnerInnen und Partnern aus aller Welt für Frieden, Freiheit und Solidarität ein. In der globalisierten Welt sehen wir einerseits neue Optionen und Emanzipationschancen, andererseits sind wir mit neuen und stärkeren (wechselseitigen) Abhängigkeiten konfrontiert. Viele ökonomische und soziale Probleme können heute nur noch international gelöst werden. Es bedarf einer Zusammenarbeit aller emanzipatorischen Kräfte weltweit.

Ein vereintes Europa als Ziel

Der europäische Gedanke ist für uns nicht nur eine Idee, sondern ein Ziel. Europa muss weg vom nationalstaatlichen Denken hin zu einem europäischen Gemeinschafts- und Selbstverständnis, das Staaten übergreifende Interessen in den Vordergrund stellt. Wir fordern die "Vereinigten Staaten von Europa", um mit allen Europäerinnen und Europäern langfristig eine gemeinsame politische Zukunft zu formen. Derzeit steht Europa am Scheideweg. Die nationalstaatlichen Reaktionen zur "Flüchtlingskrise", der "Griechenlandkrise" sowie der Brexit zeigen vor allem eines auf: Einen Mangel an europäischer Solidarität. Viele Menschen begreifen Europa als eine reine Interessengemeinschaft in Wirtschaftsfragen. Das ist nicht das Europa, als das wir es begreifen. Wir fordern, dass nach der Wirtschafts- und Währungsunion nun auch die europäische Sozialunion folgt. Demzufolge fordern wir die Anpassung der derzeit teilweise sehr unterschiedlichen Lebensstandards. Mittel hierfür sind unter anderem ein europäischer Mindestlohn, europäisches Sozialversicherungssystem ein angeglichenes Steuersystem und eine Abkehr von der neoliberalen Handels- und Privatisierungspolitik in Europa. Das Ziel ist ein Europa, in dem überall gleichwertiges und gutes Leben möglich ist.

Das Juso-Grundsatzprogramm

Als inhaltliches Grundgerüst neben dem Arbeitsprogramm dient dem Bezirk Braunschweig das Grundsatzprogramm. In diesem soll die inhaltliche Ausrichtung des Bezirks umrissen werden. Es dient allen Verbandsmitgliedern zur Orientierung und ermöglicht unterschiedlichste politische Themen auf diesen Wertekanon hin kritisch zu überprüfen. Das Grundsatzprogramm soll zur Bezirkskonferenz stets auf Änderungen überprüft werden.

2. Organisation

Der Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden. Der Bezirk ist die Summe seiner Unterbezirke, demnach können alle Jusos des Bezirks zu den Vorstandssitzungen erscheinen. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind von der Bezirkskonferenz gewählt und den Interessen des gesamten Bezirks verpflichtet. Die Arbeit des Bezirks lebt vom Miteinander aller Jusos. Gemeinsam wollen wir den Bezirk inhaltlich und organisatorisch gestalten und ständig weiterentwickeln. Auf den Sitzungen soll es deshalb sowohl um organisatorische Dinge gehen, wie auch inhaltliche Themen besprochen werden. Die Verknüpfung von Inhalten und Organisatorischem soll die Attraktivität der Sitzungen steigern. In der Organisationsform des Bezirksvorstands soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und sie allen TeilnehmerInnen der Bezirksvorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt. Die Sitzungen finden einmal im Monat statt, wobei sie in möglichst vielen Unterbezirken stattfinden sollen. Der Bezirksvorstand ist angehalten, bei Bedarf Expertinnen und Experten für bestimmte Themenfelder in den Bezirksvorstand zu kooptieren. Zu Beginn der Amtsperiode soll der Bezirksvorstand eine zweitägige Klausurtagung abhalten.

Der Bezirk als Summe seiner Unterbezirke

Der Bezirk lebt durch starke Unterbezirke. Um Vorort mitgestalten zu können brauchen wir aktive Juso-Gliederungen in jedem Unterbezirk. Aus diesem Grund ist es Aufgabe des Bezirks die Juso-Gliederungen zu unterstützen. Das wollen wir durch organisatorische und inhaltliche Zuarbeit erreichen. Darüber hinaus brauchen wir ein Bildungsprogramm, welches junge engagierte Mitglieder dazu befähigt im Unterbezirk, im Bezirk und darüber hinaus Fuß zu fassen. Das wollen wir unter anderem erreichen durch:

1. Der Bezirk soll durch eine ausgewogene Bildungsarbeit FunktionärInnen dazu befähigen im Unterbezirk, im Bezirk und darüber hinaus Verantwortung zu übernehmen
2. Der Bezirk soll inhaltliche Impulse der Unterbezirke aufnehmen und diese bearbeiten
3. Der Bezirk dient als Plattform, um gemeinsame politische Stoßrichtungen zu erarbeiten, welche in den Unterbezirken weitergetragen werden sollen
4. Der Bezirk soll zu Terminen der Unterbezirke aufrufen, damit sich die Unterbezirke gegenseitig unterstützen können
5. Über den Bezirk wird ein gemeinsamer Online Kalender zur Orientierung angeboten

Konferenzvorbereitungen

Vor wichtigen Konferenzen und Parteitag werden wir als Jusos uns als Delegation treffen, um Verhalten und Verhandlungsführung auf der Konferenz zu besprechen.

Online Auftritt und Social-Media-Team

Homepage

Die Homepage des Juso-Bezirks dient in erster Linie dazu den BesucherInnen einen allgemeinen Einblick in die wichtigsten Daten zu den Jusos im Bezirk zu geben (Wer sind wir? / Wofür stehen wir? / Wann treffen wir uns?). Darüber hinaus dient sie als Beschlussammlung um Aktiven die Möglichkeit zu geben sich stets über die aktuelle Beschlusslage informieren zu können.

Social Media – Facebook & Instagram

Wir wollen Instagram und Facebook als Hauptkanäle zur Kommunikation mit interessierten Menschen nutzen. Dafür werden wir versuchen diese Kanäle möglichst aktuell zu halten, z.B. durch Posts zu aktuellen Ereignissen, und divers zu gestalten, um möglichst viele Menschen anzusprechen und zu informieren.

3. Politische Bildungsarbeit

Das Einstiegsseminar

Das Einstiegsseminar gilt dem Zweck die Bildungsarbeit der Jusos im Bezirk Braunschweig zu optimieren. Dieses Wochenende wollen wir dazu nutzen uns gemeinsam die Fragen zu stellen: Wer sind wir und wofür stehen wir? Was bedeuten unsere Grundwerte Feminismus, Sozialismus und Internationalismus? Darüber hinaus wollen wir unsere Rolle als Jusos innerhalb unserer Mutterpartei beleuchten und uns mit dem Konzept der kritischen Solidarität sowie unserer Doppelstrategie auseinandersetzen. Darüber hinaus sollen Workshops angeboten werden, in denen die Grundlagen der politischen Arbeit vermittelt werden sowie methodische Fertigkeiten erlernt werden können.

Das Schwerpunktseminar

Das Konzept des Schwerpunktseminars resultiert aus dem Wunsch vieler Jusos die inhaltliche Projektarbeit zu intensivieren. Dieses Wochenende wollen wir dazu nutzen die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Juso-Jahres zu vertiefen und Debatten zu führen aus denen inhaltlich fundierte Anträge zur nächsten Bezirkskonferenz entstehen können. Wir möchten, dass alle Jusos die Möglichkeit haben die aktuelle Debattenlage im Bezirk sowie im Bundesverband aufzunehmen und aktiv zu gestalten. Dahingehend soll das Schwerpunktseminar auch dazu genutzt werden, den aktuellen Diskurs aus den jeweiligen Bundesprojekten wiederzugeben. Darüber hinaus soll an diesem Wochenende jedes Bezirksprojekt ausreichend Zeit zur Eigengestaltung erhalten.

Der Superjusotag

Das Konzept des Superjusotages dient der Auseinandersetzung mit spezifischen Themen im Rahmen der Juso-Arbeit. Ziel des Konzeptes ist es die Sitzungen unserer Projekte nicht unter

der Woche individuell in verschiedenen Unterbezirken stattfinden zu lassen, sondern gemeinsam an einem Ort und an einem Tag - auf dem sogenannten Superjusotag. Bei dem

Superjusotag, der viermal pro Jahr an einem Samstagvormittag in unterschiedlichen Unterbezirken starten soll, wird jedes Projekt einen Workshop anbieten. Nach der ersten Workshop Phase wird zunächst ein gemeinsames Mittagessen, nach der zweiten bzw. letzten Phase ein attraktives kulturelles Ereignis angeboten.

Das Ziel des Super-Juso-Tags ist es, viele Juso-Mitglieder für die bezirksweise Projektarbeit zu gewinnen, die durch andere Modelle nicht aktiviert wurden, um an bisher erreichte Erfolge des Super-Juso-Tags anschließen zu können.

Das Frühlingscamp

Mit dem Frühlingscamp haben wir ein erfolgreiches Seminarconcept, um die inhaltliche Arbeit mit der Vernetzung der Unterbezirke zu kombinieren. Neben der Arbeit des Bezirks soll dabei auch die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit gegeben werden, über die Grenzen des eigenen Unterbezirks zusammen an inhaltlichen Themen zu arbeiten. Das Frühlingscamp soll dieses Jahr wieder 4-tägig organisiert werden. Dazu soll auch im Besonderen das Frühlingcamp Raum zur Freizeitbeschäftigung bieten, damit die TeilnehmerInnen aus dem Bezirk sich auch untereinander besser kennen lernen.

Niemals vergessen! – Gedenkstättenfahrten im Bezirk anbieten

Wir planen im nächsten Jahr mehrere Gedenkstättenfahrten an Orte des Erinnerns der Naziverbrechen zu organisieren. Wir sind davon überzeugt, dass das Erinnern und Gedenken an diese Verbrechen Teil unseres politischen Verständnisses ist – Nie wieder! Vor diesem Hintergrund möchten wir bewusst Orte innerhalb unseres Bezirks besuchen (Gedenkstätte Salzgitter-Drütte, Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel ...) um aufzuzeigen, dass diese Verbrechen auch vor unseren Haustüren passiert sind.

Zusammenarbeit mit Gewerkschaften

Im kommenden Jahr wollen wir die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften verstärkt in den Fokus nehmen. Die traditionelle Nähe der Jusos und der SPD zu den Gewerkschaften des DGB ist in den letzten Jahren immer mehr aus dem Fokus geraten. Wir sind davon überzeugt, dass nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Gewerkschaften Fortschritte im Bereich des Arbeitskampfes gemacht werden können. Dafür wollen wir engeren Kontakt zu den Gewerkschaften in unserer Region pflegen. Ziel kann beispielsweise ein gemeinsames Seminar oder eine Tagesveranstaltung sein, bei der sich Jusos und Gewerkschaftsjugend austauschen und voneinander lernen können.

4. Unser Jugendwahlkampf

Im nächsten Jahr stehen für uns gleich zwei Wahlkämpfe an. Sowohl bei der Kommunal- als auch bei der Bundestagswahl ist es dabei unser Ziel, vor allem junge Kandidierende bezirksweit zu unterstützen und in die Parlamente zu bringen.

Als Bezirk wollen wir dabei vor allem koordinierende Aufgaben übernehmen, um den Unterbezirken den schwierigen Spagat zwischen den beiden gleichzeitig stattfindenden Wahlkämpfen zu erleichtern.

Dafür wollen wir einerseits organisatorische Hilfsmittel wie einen unterbezirksübergreifenden Wahlkampfkalender zur Verfügung stellen und andererseits ganz praktisch vor Ort bei den jeweiligen Unterbezirken und ihren Kandidierenden sein um sie beim Wahlkampf zu unterstützen. Dafür braucht es ein möglichst breit aufgestelltes Wahlkampfteam, in dem alle Unterbezirke in angemessener Zahl vertreten sind um die Last auf möglichst vielen Schultern zu verteilen.

Mit diesem Team und allen weiteren UnterstützerInnen möchten wir nicht nur bereits geplante Termine im Bezirk unterstützen, sondern auch selbst Aktionen durchführen. Klassische Infostände halten wir dabei für nicht zielführend, wir wollen stattdessen mit neuen Aktionen vor allem junge WählerInnen gezielt ansprechen.

Dafür wollen wir gleichzeitig auch online mehr Präsenz zeigen und im Online-Wahlkampf auch junge Menschen erreichen, die wir nicht auf der Straße treffen können. Ein entsprechendes Corporate Design wollen wir dabei allen Unterbezirken zugänglich machen um einen einheitlichen Online-Wahlkampf führen zu können. Neben diesen konkreten Aktionen ist es uns auch wichtig den Wahlkampf ausreichend vorzubereiten. Wir wollen bei einem Wahlkampf-Seminar einerseits junge Menschen empowern zu kandidieren und sie mit verschiedenen Fähigkeiten ausstatten um den Wahlkampf zu meistern und gemeinsam unsere Wahlkampfpläne konkretisieren.

Bei der inhaltlichen Themensetzung für unseren Wahlkampf wollen wir uns eng mit den Unterbezirken abstimmen und die Materialien nach den jeweiligen Bedürfnissen gestalten.

5. Bezirksprojekte

Feminismus

Juso zu sein bedeutet auch immer FeministIn zu sein.

Da der Feminismus einen der drei Grundwerte der Jusos darstellt ist es gerade deshalb so wichtig für uns feministische Bildungsarbeit zu leisten. Denn obwohl schon seit Jahrzehnten die geschlechtliche Gleichberechtigung im Grundgesetz festgehalten ist, ist unsere Gesellschaft noch weit davon entfernt eine gleichberechtigte zu sein.

Diskriminierung von Frauen im Alltag und in der Arbeitswelt, aber auch das Absprechen der Selbstbestimmung sind nur einige wenige Beispiele, die aufzeigen, wie verwurzelt patriarchale Strukturen noch immer in unserer Gesellschaft sind und wie wichtig es ist, sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen.

Im kommenden Jahr werden wir uns deshalb mit den oben genannten, aber auch mit weiteren Aspekten befassen, über diese diskutieren und Lösungsansätze suchen.

Gesundheit

Nachdem das Gesundheitsprojekt im letzten Jahr erste Mal angelaufen ist, geht es nun in die zweite Phase. Wir haben bestimmte Problemfelder angesprochen und bearbeitet, trotzdem gibt es immer noch vieles, das uns beschäftigen sollte. Denn unser Gesundheitssystem betrifft uns alle wie kaum ein zweites Streitthema in der Politik. Umso kritischer ist es, wie weit wir noch davon entfernt sind, in einem Gesundheitssystem zu leben, das alle Menschen gleichberechtigt behandelt und nicht

danach ausgerichtet ist, möglichst viel Profit zu machen, sondern einzig dem Wohl der Menschen verpflichtet ist. Die Probleme sind so zahlreich und weitreichend, dass die Frage gestellt werden muss, wie wir uns ein Gesundheitssystem außerhalb der kapitalistischen Zwänge vorstellen. Wir müssen Zukunftsperspektiven erstellen, die nicht nur Lösungen auf die heutigen Probleme darstellen, sondern auch mit den Veränderungen des Gesundheitswesens in einer digitalen Gesellschaft fertig werden. Im Projekt Gesundheit wollen wir genau dies machen. Wir wollen die Probleme unseres heutigen Gesundheitssystems analysieren, uns anschauen wie sich Gesundheit im Zeitalter des Internets verändert und Lösungen erarbeiten. Wir wollen formulieren, wie wir uns Gesundheit im Sozialismus vorstellen.

Medien

Medien sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, vor allem die neuen Medien werden für die jüngere Generation immer wichtiger und spielen eine immer größer werdende Rolle. Die momentane globale Pandemie hat nochmal aufgezeigt wie wichtig die neuen Medien sind, nicht nur für die jüngere Generation, sondern für alle.

In Europa gab es in den letzten Jahren einige Veränderungen die auch die Nutzung von neuen Medien, vor allem von Social Media Plattformen, betreffen. Viele BürgerInnen haben, wenn sie von diesen Veränderungen etwas mitbekommen haben, keine Idee was diese Veränderungen tatsächlich bedeuten.

Solche Gesetzesänderungen müssen besser und früher kommuniziert werden damit die BürgerInnen die Chance haben sich zu informieren und ggf. etwas dagegen sagen können.

Social Media hat einen großen Beitrag zum Erfolg von RechtspopulistInnen und von Enthemmung von Sprache geleistet.

Im Projekt Medien werden wir Jusos uns deshalb mit neuen Medien, tatsächlichen und notwendigen Regulierungen und Auswirkungen von neuen Kommunikationsformen auf unsere Arbeit auseinandersetzen.

Sozialismus

Nicht erst die Corona-Krise und die damit einhergehenden tiefgreifenden Eingriffe des Staates brachten den Begriff des Sozialismus wieder in aller Munde.

In diesem Zusammenhang wollen wir uns einerseits mit den theoretischen Grundlagen hinter diesem Begriff auseinandersetzen. Was bedeutet eigentlich der Sozialismusbegriff im Namen unseres Verbandes und wo kommt er her? Was steckt hinter den Theorien von Marx und Engels und wie haben die Jusos diese für sich in der Vergangenheit angewandt?

Andererseits wird es auch darum gehen, uns der Bedeutung des Sozialismus für die heutige Zeit und unsere aktuelle politische Analyse bewusst zu werden. Wie sieht ein jungsozialistischer Sozialismusbegriff im 21. Jahrhundert aus? Und welche Bedeutung hat der Sozialismus für unsere politische Arbeit? Wir wollen uns nicht nur mit den jüngsten Beschlüssen der Jusos zu diesen Fragestellungen auseinandersetzen, sondern auch aktuelle Themen im Kontext des Sozialismus beleuchten. Welche Antworten kann jungsozialistische Politik also beispielsweise auf die Klimafrage haben? Wie kann man ökologische und soziale Fragen gemeinsam beantworten? Welche sozialistischen Antworten auf die Coronakrise und die Zeit

danach haben wir? Mit diesen und weiteren aktuellen Fragestellungen wird sich das Projekt beschäftigen und versuchen, Antworten zu finden.

Bildung

Bildung begleitet uns alle ein Leben lang. Die meisten von uns denken wahrscheinlich direkt an die eigene Schulzeit. Schließlich ist sie auch ein wichtiger Pfeiler in dem Bereich. Wir verbringen einige Zeit in der Schule in einem Alter, in dem wir erwachsen werden und stark von unserem Umfeld geprägt werden. Zeit sich also die wichtigen Fragen zu stellen: Wie kann diese Zeit gestaltet werden? Wie funktioniert Schule? Wie lernen wir am besten? Was hat Digitalisierung damit zu tun?

Aber nicht nur in der Schule lernen wir, deswegen müssen wir uns auch fragen wie Bildung außerhalb der Schule funktioniert. Denn: Wir lernen sobald wir auf der Welt sind und eigentlich haben wir auch nie ausgelernt, gerade in einer so unbeständigen Welt wie unserer, in der sich ständig Dinge verändern und erneuern. Besonders ältere Menschen, die ihre Ausbildung abgeschlossen und vielleicht auch bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, werden, wenn es um Bildung geht häufig vernachlässigt. Wie ist es also möglich Bildung als ganzheitliches, lebenslanges Konzept zu begreifen? Wie können wir allen den gleichen Zugang zu Bildung ermöglichen? Was für Mechanismen wirken hier und was hat eigentlich soziale Gerechtigkeit mit Bildung zu tun?

Im Projekt Bildung wollen wir uns mit genau diesen Fragen beschäftigen. Das Projekt soll Grundlagen in Bezug auf verschiedenen Bildungskonzepte vermitteln und weiterführend Lösungen finden. Lasst uns Bildung neu denken!

AP 2	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	Bezirksvorstand	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Gleichstellungsarbeitsprogramm

*„Ein Sozialist ist ein Feminist, oder er ist kein Sozialist.“
- August Bebel*

Für uns Jusos als feministischer Richtungsverband ist die Gleichstellung der Geschlechter eine unserer wichtigsten Forderungen. Trotz vieler Errungenschaften, wie dem Wahlrecht für Frauen oder der gesetzlichen Gleichstellung, erkennen wir weiterhin eine grundsätzliche gesellschaftliche Diskriminierung der Frau*. Die Gleichstellung der Geschlechter ist für uns ein wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren Zukunft und einer Gesellschaft in der alle Mitglieder frei und selbstbestimmt leben können.

Weil wir erkennen, dass auch unser Verband nicht frei von Diskriminierung ist, soll dieses Gleichstellungsarbeitsprogramm dazu dienen, die feministische Arbeit in unserem Bezirk in den Vordergrund zu rücken und die Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu fördern.

Im kommenden Jahr wollen wir außerdem Wege finden, unsere Arbeit auf die hier genannten Aspekte zu überprüfen und die Umsetzung des Gleichstellungsarbeitsprogramms stärker kontrollieren.

Straßenaktionen für jeden Unterbezirk

Um den Unterbezirken dabei zu helfen, sich aktiv zum Thema Feminismus zu positionieren, möchten wir ein Konzept ausarbeiten und den Unterbezirken zur Verfügung stellen, mit dem mit einfachen Mitteln eine Straßenaktion zum Thema Gender-Pay-Gap durchgeführt werden kann.

So erleichtern wir es auch kleinen Unterbezirken, eine feministische Aktion durchzuführen und das Thema der Lohnungleichheit intern sowie öffentlichkeitswirksam zu bearbeiten.

Awareness Teams

Auf mehrtägigen Veranstaltungen des Juso Bezirks werden wir Awareness Teams einführen. Diese sind keine „Seminar-Polizei“, die die Veranstaltung überwacht und Menschen zurechtweist, sondern vielmehr AnsprechpartnerInnen für Menschen, die sich während unserer Seminare unwohl fühlen.

Die Awareness Teams müssen aus mindestens zwei Personen bestehen und möglichst divers aufgestellt sein. Es muss immer mindestens eine Frau* Teil des Awareness Teams sein. Awareness Teams die aus zwei Frauen* bestehen sind möglich.

Außerdem soll darauf geachtet werden, dass die Awareness Teams nicht bei jeder Veranstaltung aus denselben Personen bestehen und die Mitglieder sowohl aus den Reihen des Bezirksvorstandes als auch der TeilnehmerInnen kommen.

Um dem Awareness Team die Arbeit zu erleichtern soll eine kleine Handreichung erstellt und dem Team ausgehändigt werden, in der die Aufgaben und Ziele des Awareness Teams skizziert werden. Außerdem soll ein Awareness Telefon angeschafft werden, sodass das Awareness Team jederzeit erreichbar ist.

Feminismusprojekt jedes Jahr

In jedem Amtsjahr eines Bezirksvorstandes soll ein Projekt zum Thema Feminismus im Bezirk angeboten werden, um die kontinuierliche Arbeit zu diesem Thema sicherzustellen.

Feminismus-Superjusotag

Auch im kommenden Jahr wollen wir wieder einen Superjusotag zum Thema Feminismus anbieten. Dabei sollen EinsteigerInnen und Fortgeschrittenen Workshops zu unterschiedlichen Themen im Bereich Feminismus angeboten werden.

Frauenforum

Während es für Männer* stets ein leichtes scheint, Netzwerke aufzubauen und miteinander in Kontakt zu treten, ist dies für Frauen* oft weniger leicht. Männlich geprägte Machtstrukturen leben davon, dass sie sich aus männlichen Machtnetzwerken heraus stets selbst reproduzieren. Eben diese männlichen Machtstrukturen möchten wir Jusos durchbrechen. Aus diesem Grund wollen wir den Frauen* in unserem Bezirk ein Netzwerk schaffen, welches gleichzeitig dem politischen Austausch, aber auch der persönlichen Verbindung zwischen den Frauen* dienen soll.

Mit unserem Frauen*forum, welches sich alle drei Monate trifft, wollen wir es schaffen, die Frauen* miteinander bekannt zu machen und so auch im Rahmen unserer Empowermentstrategie die Mitarbeit der Frauen* im Bezirk stärken.

Genderplena

Uns ist bewusst, dass auch unsere Seminare nicht völlig frei von Sexismus und patriarchalen Strukturen sind. Aus diesem Grund wollen wir einen Schutzraum für Frauen* schaffen, in dem in geschütztem Rahmen Probleme angesprochen werden können. Diesen Schutzraum wollen wir durch Genderplena schaffen, die wir fest in den Ablauf eines jeden mehrtägigen Seminars einbauen. Bei eintägigen Seminaren muss immer die Möglichkeit bestehen, bei Bedarf Genderplena einzuberufen. Ebenso können Genderplena falls gewünscht auch mehrmals einberufen werden. Besonders wichtig ist hier, dass alle TeilnehmerInnen zu Beginn des Seminars über diese Möglichkeit informiert werden.

Feminismus auf unseren Seminaren

Durch Bildungsarbeit schaffen wir die Grundlage für einen feministischen Verband, der patriarchale Strukturen überwindet und vollständige Gleichberechtigung schafft. Diese Bildungsarbeit muss im Rahmen unserer Bezirksseminare stattfinden, weshalb wir auf jedem unserer Seminare in Zukunft einen Block zum Thema Feminismus in den Ablauf integrieren wollen. So verdeutlichen wir den hohen Stellenwert, der dem Feminismus zukommt und schaffen einen Raum in dem auch Neumitglieder mit diesem Thema in Berührung kommen.

Zudem werden wir zu Beginn jedes Seminars eine kurze Einführung zu Redeverhalten und Diskussionskultur durchführen, um die allgemeine Sensibilisierung für das Erkennen und Vermeiden sexistischer Strukturen und Verhaltensweisen zu fördern.

Außerdem wollen wir darauf achten, dass auch bei den ReferentInnen Frauen* angemessen repräsentiert sind und vermehrt weibliche Referentinnen für unsere Seminare gewinnen.

Darüber hinaus achten wir darauf, dass die TeilnehmerInnen unserer Seminare möglichst quotiert sind und Ungleichgewichte zu vermeiden.

Patinnenmodell

Wir erkennen, dass es vor allem bei der Mitgliederbindung von Frauen* immer wieder Probleme gibt. Wir wollen dem entgegenwirken indem wir den Frauen*, die neu in unserem Bezirk sind, jeweils eine erfahrenere Patin zur Seite stellen. So muss keine Frau* ihre ersten Erfahrungen bei den Jusos alleine machen und wir stellen sicher, dass auch die vor allem für Frauen wichtige persönliche Bindung gewährleistet ist.

Die persönliche Beziehung zu einer Patin kann sowohl dabei helfen, eine direkte Ansprechpartnerin bei Fragen zu haben, aber auch eine Person, mit der man gemeinsam zu Sitzungen und Veranstaltungen kommen kann. So können Hemmschwellen abgebaut werden, da sich viele Frauen* unwohl dabei fühlen, alleine an Veranstaltungen teilzunehmen, auf denen überwiegend Männer anwesend sind. Um das Patinnenmodell bekannt zu machen, möchten wir den Unterbezirken Informationen zu diesem Programm an die Hand geben, die sie weiblichen Neumitgliedern zur Verfügung stellen können.

<h1>A 1</h1>	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Echte Zeiterfassung für ArbeitnehmerInnen

Bereits im Mai 2019 hat er EuGH entschieden, dass die EU-Arbeitszeit-Richtlinie verlangt, dass alle Unternehmen ein System zur Erfassung der täglichen effektiven Arbeitszeit schaffen müssen.

Die derzeitige deutsche Gesetzgebung ist hier bislang nicht ausreichend.

Wir fordern, dass der/die Arbeitgebende Person zuverlässige, technische Einrichtungen zur Arbeitszeiterfassung zur Verfügung stellt, mit denen die ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit erfassen und jederzeit einsehen können. Dabei soll auch ein praktikables System für das Homeoffice entwickelt werden.

Im Zuge der genauen und nachvollziehbaren Arbeitszeitermittlung sollen die anfallenden Überstunden, die aufgezeichnet werden, nicht nach einer gewissen Anzahl an Überstunden abgeschnitten werden.

Gleichzeitig müssen Mechanismen geschaffen werden, die dafür sorgen, dass die gesetzlichen Pausenzeiten eingehalten werden.

A 2	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Mehr Sicherheit für ZeitarbeitnehmerInnen und befristet Beschäftigte

Befristet Beschäftigte befinden sich häufig in sehr unsicheren Situationen und wandern von einem befristeten Arbeitsverhältnis ins nächste. Oft wissen sie bis kurz vor Ablauf des Arbeitsvertrages nicht, ob ihr Vertrag verlängert wird.

Aus diesem Grund fordern wir, dass ArbeitgeberInnen mindestens vier Wochen vor Ablauf des befristeten Vertrages die befristet Beschäftigten darüber informieren müssen, ob ihr Vertrag verlängert wird oder nicht.

A 3	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Wolfenbüttel	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Urlaub in der Ferienzeit

Alle Arbeitnehmenden Menschen haben das Recht auf zwei Wochen zusammenhängenden Urlaub. Auszubildende in einer dualen Ausbildung jedoch müssen zwar zwei Wochen zusammenhängenden Urlaub erhalten, dieser kann aber auch von der Arbeitgeberin in der Schulzeit zugeteilt werden. Die Schultage erhalten die Auszubildenden in der Regel als Urlaubstage zurück, jedoch wird ihnen gesetzlich keine Erholungspause von der Arbeit mehrere Tage am Stück zugestanden. Deshalb möge der Juso-Bezirk Braunschweig beschließen, dass allen Auszubildenden, die eine duale Ausbildung absolvieren müssen zwei Wochen Urlaub in der Schulferienzeit gewährleistet werden (sofern die Schulzeit an einer berufsbildenden Schule stattfindet). Dieser muss nicht zusammenhängend genommen werden.

B 1

AntragsstellerIn:

UB Gifhorn

Weiterleitung an:

 Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Abschaffung des NC´s an Universitäten und Hochschulen

Wir fordern die Abschaffung des NC´s zur Aufnahme an Universitäten, Hochschulen und jeglichen anderen Formen von weiteren Bildungseinrichtungen.

Der Notendurchschnitt zeigt nicht auf wie gut SchülerInnen tatsächlich in der Schule waren, da Noten häufig von den Unterrichtenden LehrerInnen abhängen und diese nicht objektiv bei der Bewertung sind. Weiter zeigt der Notendurchschnitt nicht wie interessiert jemand an dem Studium ist und ob dieses Bestanden werden kann. Dies schränkt die Menschen in ihrer Wahl des Studiums/Berufes ein und führt teilweise auch dazu, dass sie ins Ausland gehen um das zu studieren was sie tatsächlich interessiert da die Aufnahmebedingungen dort nicht an den Noten hängen.

Als Alternative sollen die Universitäten andere eigenen Methoden wie zum Beispiel Motivationsschreiben, zur Auswahl von Studierenden entwickeln. Somit kann jede Universität die Beste Lösung für ihre Anforderungen finden.

Begründung:

Erfolgt mündlich

B 2	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Unser Leben in Zeiten von Corona - wie Studierende um Ihre Existenz gebracht werden

BAföG: Über, die denen (eigentlich), gesetzlich, Förderung zusteht

Ausbildungsförderung läuft schon in "normalen" Zeiten nicht so, wie wir Jusos uns das vorstellen. Statt Förderung von Interessen und individuellen Bedürfnissen ist die Auszahlung der Förderung an einige Bedingungen geknüpft. Die beiden entscheidendsten sind dabei: Das Einkommen der rechtlichen Eltern und vor allem die Dauer des Studiums. Diese wird an den Universitäten in Niedersachsen geschätzt. Diese sog. Regelstudienzeit liegt zumeist bei 6 Semestern im Bachelor und 4 Semestern im Master. Bei der Großzahl der Studiengänge, liegen diese Zeiten weit unter der Durchschnittsstudienzeit, d.h. selbst überdurchschnittlich schnelle Studierende erhalten häufig zum Ende ihres Studiums keine Förderung mehr. Zusätzlich verlangt das BAföG nach spätestens vier Semestern einen Leistungsnachweis, der anhand von Leistungspunkten (CP/LP) eine Zu-/Absage für eine weitere Förderung zu Folge hat. In Zeiten von Corona, kann jedoch, zusätzlich zur generell schon prekären Situation vieler Studierender und strenger Förderrichtlinien, eine reibungslose Fortsetzung des Studiums nicht gewährleistet werden. Dies wird in den folgenden Punkten begründet:

- Präsenzprüfungen wurden erstmal bis auf weiteres ausgesetzt und verzögern sich, falls sie denn stattfinden können, um mehrere Monate. Insbesondere große Prüfungen mit einer hohen Anzahl an Teilnehmenden können auch nicht ersetzt werden.
- Abschlussarbeiten wurden teilweise unterbrochen, da sowohl Labore, Einrichtungen der Universitäten und Fachhochschulen, als auch viele Bibliotheken und Forschungseinrichtungen geschlossen bzw. nur eingeschränkt nutzbar waren und sind. Bibliotheken können nicht immer digital ersetzt werden, da es zum einen versäumt wurde für ausreichend Lizenzen vorzusorgen (Bspw. Stocken Verhandlungen mit dem Verlag Elsevier dazu seit Jahren), als auch zum anderen Fernleihen und weitere Dienstleistungen nicht zur Verfügung stehen. Insbesondere Studierende mit wenig Budget verfügen häufig zuhause nicht über entsprechendes Equipment

bzw. keinen eigenen Arbeitsplatz, um sich auf evtl. noch stattfindende, Einzelprüfungen vorzubereiten, geschweige denn Abschluss-/Hausarbeiten schreiben zu können.

- Die digitale Lehre der Hochschulen stockt gewaltig, vor allem auch, weil Studierende mit Wohnsitz im ländlichen Raum, aber auch in teilweise in Städten nicht mehr über ausreichend Bandbreite verfügen. Des Weiteren sind Lehrende nicht ausreichend für digitale Lehre qualifiziert. Der Vorlesungsbetrieb kann somit nicht verglichen werden
- Nicht jede Veranstaltung ist ohne Anwesenheit durchführbar. Insbesondere Studiengänge, die Labore und Praktika beinhalten, wie bspw. Architektur, Biologie, Chemie, Ingenieur*innenwissenschaften, Pharmazie uvm. sind hiervon betroffen. In einigen Semestern vereinnahmen die Praxisteile signifikante Anteile des Studiums, es kann somit nicht fortgesetzt werden.
- Auch Studierende deren Abschlussarbeiten oder Vorlesungen von externen Einrichtungen gehalten bzw. angeboten werden sind betroffen, da viele Einrichtungen, wie bspw. das DLR in Braunschweig, geschlossen sind.
- Trotz dieser nachvollziehbaren Beeinträchtigungen wird eine Verlängerung der Förderung nur als Vollkredit gewährleistet und auch nur durch Einzelfallprüfung.

Wir fordern daher ein unbürokratisches Aussetzen der Semesterzählweise für die Zeit, in der es Einschränkungen durch Corona gibt. D.h. die Förderungsdauer bzw. Zeit bis zum Leistungsnachweis wird um die betroffenen Semester bei allen Studierenden verlängert.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind dies zwei Semester, da auch im vergangenen Wintersemester nicht mehr alle Prüfungen/Labore etc. durchgeführt werden konnten. Das Sommersemester muss dabei zu einem "Kann-Semester" werden, in dem es Studierenden, denen es möglich ist, gestattet ist das Studium fortzusetzen, aber keine finanzielle Verpflichtung entsteht, um diejenigen denen es aus genannten Gründen nicht möglich ist nicht noch weiter zu benachteiligen.

Über die, die gesetzlich gefördert werden müssten:

Auch müssen Studierende, die über nicht ausreichende Ausrüstung zur Teilnahme am Hochschulbetrieb verfügen, entsprechend mit dieser aus Landesmitteln versorgt werden.

Viele Studierende sind nicht (mehr) BAföG berechtigt oder müssen sich, z.B. aufgrund hoher Mieten ihr Einkommen mit einem Nebenjob aufbessern. In den meisten Fällen sind dies Jobs auf Minijobbasis, also unter 450 Euro/Monat. Die Verträge sind zudem meistens befristet, laufen also bei sehr vielen Studierenden aus und können nicht verlängert werden. Betroffen sind dadurch nicht nur Studierende,

die bei privaten Firmen und Geschäften angestellt sind, sondern auch diejenigen, die Ihrer Arbeit an den Hochschulen z.B. als studentische Hilfskraft nicht mehr nachgehen können. An Universitäten in Niedersachsen resultieren hieraus folgende Probleme:

- Aufgrund des Arbeitszeitkontos müssen Stunden, die momentan nicht geleistet werden können, nach der Krise nachgearbeitet werden. D.h. Studierende die einen Vertrag auf bspw. 6 Monate a 30h im Monat haben müssen nach der Krise, statt primär Unistoff aufzuholen, Stand 1. August, etwa 135h nachholen. (Quelle: <https://www.tu-braunschweig.de/hinweise-zum-coronavirus>)
 - → Wir fordern das Niedersächsische Ministerium für Bildung und das für Gesundheit und Soziales auf, diese Regelung sofort rückwirkend zu ändern und alle studentischen Hilfskräfte, egal aus welchem Topf sie bezahlt werden, weiterzubezahlen und auslaufende Verträge dabei nicht zu berücksichtigen, d.h. das durchschnittliche Monatsgehalt wird weiter ausgezahlt. Des Weiteren müssen auf Bundesebene die Sozialsysteme auch für Studierende geöffnet werden, um alle anderen aufzufangen und auflagenlos Arbeitslosengeld auszuzahlen und die Mieten zu übernehmen. Ansonsten wird die Armutsrate unter Studierenden rasant steigen.
- Auch die Verträge wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen müssen formlos verlängert werden. das Wissenschaftsbefristungsgesetz muss die Fristen, um den Ausfall der Corona Zeit verlängern, um Promovierenden genug Zeit zur Fertigstellung ihrer Dissertation zu geben. Auch Promotionsstudierende können in dieser Zeit nicht oder nur eingeschränkt arbeiten. Des Weiteren kommt auf sie eine immense Mehrbelastung, aufgrund der Umstellung auf digitale Lehre zu. Auch dieser Zusatzaufwand muss berücksichtigt werden.
- Des Weiteren müssen die Beiträge zur Pflege- und Krankversicherung, die Studierende über 25 bezahlen müssen, mindestens für diese Zeit ausgesetzt werden, ohne, dass der Versicherungsschutz erlischt.
- Gleiches muss auch für die Zahlung von Langzeitstudiengebühren gelten.

B 3	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Gifhorn	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Grundlagen von Office-Programmen in der Schule

Office-Programme werden mittlerweile nicht mehr nur in ein paar Berufen gebraucht, sondern häufig auch schon in der Schule. Dabei bleibt es in den meisten Fällen an den SchülerInnen selbst hängen sich diese oder ähnliche Programme zu besorgen und sich diese dann selbst beizubringen.

Hiermit fordern wir nach Möglichkeit ab dem Grundschulalter, fest im Lehrplan ab der weiterführenden Schule im Unterricht zu verankern und dort den SchülerInnen der Umgang mit diesen Programmen beizubringen, um sie damit auf die folgenden Schul- und Berufsjahre vorzubereiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

B 4	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Wolfenbüttel	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Beitragsfreie Kindergartenplätze – diesmal wirklich

Seit dem 01.08.2018 besteht in niedersächsischen Kindergärten eine Beitragsfreiheit für eine Betreuungszeit von bis zu acht Stunden. Wird das Kind länger als acht Stunden betreut, legen die Gemeinden eine einkommensabhängige Benutzungsgebühr fest. Heutige Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit sind jedoch dadurch gekennzeichnet, dass eine durchschnittliche Arbeitszeit von 7,5 Stunden mit der bestehenden Regelung bewältigbar wäre, jedoch kann die anfallende Pendelzeit zum Arbeitsplatz so nicht gewährleistet werden. In den tradierten Strukturen, in denen Väter meist Vollzeit arbeiten und Mütter in Teilzeit, um den Nachwuchs rechtzeitig aus dem Kindergarten abholen zu können, wird Müttern durch diese Regelung eine Vollzeitarbeit strukturell verwehrt. Die Familien wägen in solchen Fällen Kosten und Nutzen durchaus ab, ob es sich lohnt, das Kind/ die Kinder für die zusätzliche Zeit in eine Betreuung zu geben. Häufig entscheiden sich die Familien aufgrund der strukturellen Benachteiligung für eine kürzere Arbeitszeit der Mutter, welche dann im Alter zu den bekannten Problemen wie beispielsweise Altersarmut führt. Deshalb möge der Juso-Bezirk Braunschweig beschließen, dass eine einkommensunabhängige Beitragsfreiheit für die gesamte Zeit der Kindergartenbetreuung über die bisher bestehenden acht Stunden hinaus besteht.

F 1	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Salzgitter	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Strafe für heimlich gefilmte pornografische Inhalte

Immer wieder werden auf Festivals und anderen Großveranstaltungen heimlich Kameras in den Toiletten- und Duschräumen angebracht. Diese heimlich gedrehten Filme landen anschließend auf pornografischen Seiten. Meist wissen die Betroffenen, also die Gefilmten, nichts von all dem. Aber was können sie tun, wenn sie es erfahren haben? Leider befinden sich diese Vorfälle in einer Art Grauzone des Gesetzes. Zum einen werden die Großraumduschen beispielsweise juristisch als öffentlicher Raum bewertet. Für eine „sexuelle Belästigung“ nach §184 i fehlt der körperliche Kontakt zum Opfer. Und auch der geplante §184 k StGB zum sog. „Upskirting“ stellt zwar einen längst fälligen und wichtigen Schritt zur Prävention sexueller Übergriffe dar, greift in der aktuellen Fassung in diesen Situationen aber bislang ebenfalls nicht. Das Problem ist hierbei, dass die Opfer zum Teil nackt sind und daher keine schutzdeckende Bekleidung tragen (zB Rock oder Handtuch), welche durch den Täter „überwunden“ wird. Daher ist es wichtig auch solche Fälle mit aufzunehmen, in denen die Opfer bereits nackt sind oder freiwillig sich entkleiden, wie zum Beispiel auch bei einem Toilettengang. Wichtig ist, dass der §184 k StGB bei den Sexualstraftaten verortet bleibt sowie nicht von §374 StGB erfasst wird. Dadurch würde ein Privatklagedelikt entstehen und die Staatsanwaltschaft wäre nicht mehr zu Klageerhebung verpflichtet. Da die Opfer ja aber meist gar nicht wissen, dass sie gefilmt wurden und es ihnen wohl auch kaum zumutbar ist, regelmäßig auf pornografischen Seiten zu schauen, ob es Videos von ihnen gibt, ist es unerlässlich, dass das Delikt unter das Legalitätsprinzip der Staatsanwaltschaft fällt.

Wir fordern daher eine Überarbeitung des geplanten §184 k StGB um auch so eben genannte Fälle vom Straftatbestand abzudecken und einen umfassenderen Schutz zu gewährleisten.

F 2

AntragsstellerIn:

UB Wolfenbüttel

Weiterleitung an:

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Mutterschaftsgeld auch für Frauen in beruflicher Weiterbildung, die noch familienversichert bei den Eltern sind

Der Juso-Bezirk Braunschweig möge beschließen:

Es muss ein volles Mutterschaftsgeld in Höhe bis zum vollständigen durchschnittlichen Netto-Lohn aber maximal 13 Euro pro Tag über die gesamte Schutzfrist auch für familienversicherte gebärende Personen mit geringfügiger Beschäftigung geben. Deswegen muss eine Änderung im Mutterschutzgesetz bewirkt werden.

Begründung: Jede gesetzlich krankenversicherte Mutter erhält für die Zeit der Schutzfristen vor und nach der Entbindung ein Mutterschaftsgeld in Höhe des vollständigen durchschnittlichen Netto-Lohns bis maximal 13 Euro pro Tag. Studentinnen unter 25 Jahren, die über ihre Eltern familienversichert sind, erhalten lediglich eine Einmalzahlung in Höhe von 210 Euro. Die minimale Schutzfrist bei Müttern beträgt 14 Wochen. Ihr Verdienst in diesen 14 Wochen wären insgesamt 1575 Euro. Somit fehlen einer jungen Mutter mindestens 1365 Euro.

F 3

AntragsstellerIn:

Weiterleitung an:

UB Braunschweig

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Erweiterung Artikel 3 GG

Forderung:

Wir setzen uns für eine verfassungsrechtliche Absicherung für LSBTIQ+-Menschen im Grundgesetz ein und fordern die Erweiterung des Artikel 3 Absatz (3) im Grundgesetz um „seiner sexuellen Identität“.

In diesem Zuge fordern wir auch die Entfernung des wissenschaftlich nicht haltbaren Begriffes der „Rasse“ aus dem Grundgesetz.

Es soll heißen:

„(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, **seiner sexuellen Identität**, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

F 4	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Vereinbarkeit von Familie und Politik

Forderungen:

- Alle Parlamente sollen verpflichtet werden eine Kinderbetreuung, die den Bedürfnissen der ParlamentarierInnen entspricht anzubieten
- Mandatsträger*innen haben die Möglichkeit wie andere ArbeitnehmerInnen auch, nach geltendem Recht, Elternzeit zu nehmen, als Gehalt sind hier Diäten zu Grunde zu legen. Während dieser Zeit, gibt es Nachrücker, also ein „Mandat auf Zeit“, die die MandatsträgerInnen während dieser Zeit vertreten. Diese Person soll von der MandatsträgerIn benannt werden
- Pairing-Prinzip überall
- Kinder dürfen in jede Sitzung mitgenommen werden.

Begründung:

Noch immer ist Politik zu großen Teilen Männersache und vor allem familienunfreundlich. Der Anteil an Frauen in den Parlamenten stagniert oder geht sogar zurück. Vor allem die Kommunalparlamente sind voll mit alten, weißen Männern. Sitzungen liegen häufig in den Abendstunden, Zusatztermine an den Wochenenden sind nicht selten. Dies hält insbesondere junge Menschen davon ab, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

MandatsträgerInnen haben kein Recht auf Elternzeit. Häufig nehmen sie ein paar Monate trotzdem nicht an Sitzungen teil, müssen dann aber dafür sorgen, dass sie angemessen vertreten werden oder bei Abstimmungen darauf hoffen, dass das Pairing-Prinzip angewandt wird. 2018 brachte beispielsweise eine Abgeordnete der Grünen ihr schlafendes Baby mit in den Plenarsaal des Thüringer Landtags, um an einer Abstimmung teilzunehmen. Hierzu kam es aber nicht, da der Landtagspräsident die Abgeordnete mitsamt ihrem Kind des Saales verwies. Die Begründung: Die Geschäftsordnung des Landtags erlaube keinen Besuch und das Mitbringen des Babys gefährde das Kindeswohl.

Solche Zustände bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind nicht hinzunehmen und müssend dringend geändert werden

GP	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	Bezirksvorstand	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Grundsatzprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig

Wir wollen einen Golden Globe für alle Menschen

Vorwort

Das vorliegende Grundsatzprogramm der Jusos im Bezirk Braunschweig ist Resultat der einjährigen Projektarbeit im Rahmen unserer Juso-Tagesseminarreihe („Super-Juso-Tage“). Jede und jeder aktive Juso im Bezirk Braunschweig hatte damit die Möglichkeit sich an der Erarbeitung des Juso-Grundsatzprogramms zu beteiligen und an der Ausgestaltung mitzuwirken.

Das Grundsatzprogramm hat dabei den Anspruch allen jungen, aber auch erfahrenen Jusos eine Orientierung unserer inhaltlichen Beschlusslagen in sämtlichen Politikfeldern zu bieten. Grundsätzliche Beschlüsse der Jusos aus dem Bezirk Braunschweig oder dem Juso-Bundesverband sind hierbei mit eingeflossen. Das Grundsatzprogramm erhebt aber keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist dahingehend auch veränderbar.

Deshalb sollen die aktiven Jusos dieses Programm auch laufend dahingehend überprüfen, ob man inhaltliche Aspekte um einige Themen erweitern oder gar in dem einen oder man künftig bei bestehenden Politikfeldern andere Inhalte vertreten möchte.

Wie der Untertitel des Grundsatzprogramms schon vermuten lässt, haben wir uns für dieses Schriftstück etwas Besonderes überlegt: Um den Anreiz vor allem für neue aktive Jusos zu erhöhen, sich ein inhaltliches Programm von mehr als 40 Seiten durchzulesen, haben wir sämtliche inhaltlichen Themengebiete mit einem Filmtitel bzw. in zwei Fällen mit einem Filmhelden und einer Filminstitution hinterlegt.

Wir hoffen euch vor allem mit dem letztgenannten Punkt viel Freude zu bereiten und dass alle Jusos aus dem Bezirk Braunschweig die Inhalte aus diesem Programm mit Leben füllen.

Inhaltsverzeichnis

1. Kill the Boss – Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat

- 1.1 Denn sie wissen nicht, was sie tun...
Kapitalistische Strukturen überwinden
- 1.2 Metropolis
Arbeit ist mehr als Broterwerb
- 1.3 Mockingjay
Unser Verhältnis zum Staat
- 1.4 The Hunger Games
Re-Regulierung des Arbeitsmarktes

- 1.5 Catching Fire
Betriebliche & unternehmerische Mitbestimmung ausbauen
- 1.6 I, Robot
Arbeit & Industrie 4.0 nutzen
- 1.7 Die Rückkehr des Königs
Für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 1.8 The Wolf of Wall Street
Finanzmärkte regulieren
- 1.9 Die fetten Jahre sind vorbei
Steuersätze für hohe Einkommen & Kapitalerträge anheben
- 1.10 Jäger des verlorenen Schatzes
Einführung der Vermögens- & Erbschaftssteuer
- 1.11 Let's make money
Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegenreten

2. American Beauty – Gleichstellung, Inklusion und Gesellschaftspolitik

- 2.1 Suffragette
Jusos als Teil der feministischen Bewegung
- 2.2 Kick it like Beckham
Patriarchale Strukturen durchbrechen
- 2.3 Billy Elliot - I will dance
Strukturkonservative Denk- und Verhaltensmuster überwinden
- 2.4 Brokeback Mountain
Für eine tolerante Gesellschaft
- 2.5 Fack ju Göhte
Inklusion statt Integration
- 2.6 Die Truman-Show
Informationelle Selbstbestimmung
- 2.7 An jedem verdammten Sonntag
Säkularisierung in Deutschland und der Welt voranbringen
- 2.8 Gladiator
Kritik an der Kommerzialisierung vieler Lebensbereiche
- 2.9 Bube, Dame, König, Gras
Für eine emanzipierte Drogenpolitik
- 2.10 Boyhood
Kinder- und Jugendbeteiligung stärken

3. James Bond 007 – Außen- und Sicherheitspolitik

- 3.1 Skyfall
No Border, No Nation
- 3.2 Im Angesicht des Todes
Kein Mensch ist illegal
- 3.3 Lizenz zum Töten
Waffenexporte und Kriegseinsätze unterbinden
- 3.4 Der Spion, der mich liebte
Umgang mit den USA
- 3.5 Liebesgrüße aus Moskau
Dialoge statt Sanktionen
- 3.6 Im Geheimdienst ihrer Majestät
Die EU nach dem BREXIT
- 3.7 Casino Royale

- Armut in Drittstaaten bekämpfen
- 3.8 Sag niemals nie
Zwei-Staaten-Lösung in Nahost realisieren
- 3.9 Golden Eye
Arbeit von Geheimdiensten kontrollieren
- 3.10 Jagd auf Dr. No
Rechte Strukturen bekämpfen
- 3.11 Der Mann mit dem goldenen Colt
Für eine anonymisierte Polizeikennzeichnung

4. Der Club der toten Dichter – Bildung, Studium und Ausbildung

- 4.1 Das verwunschene Kind
Qualität in KITAs sicherstellen
- 4.2 Hogwarts
Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen ausbauen
- 4.3 Der Stein der Weisen
KiWi-Prinzip ablehnen
- 4.4 Die Kammer des Schreckens
Sitzenbleiben und Noten abschaffen
- 4.5 Der Orden des Phönix
SchülerInnen- und Studierendenvertretungen stärken
- 4.6 Die Heiligtümer des Todes
Universitäten sind keine Berufsausbildungsanstalten
- 4.7 Der Gefangene von Askaban
Elternunabhängiges Bafög einführen
- 4.8 Der Halbblutprinz
Duale Ausbildung fördern

5. The Day After Tomorrow – Umwelt, Energie und Verkehr

- 5.1 Zurück in die Zukunft
Re-Kommunalisierung von Energiekonzernen
- 5.2 Zurück in die Zukunft Teil 2
Erneuerbare statt fossile Energien
- 5.3 Zurück in die Zukunft Teil 3
Streckenausbau und Attraktivität im ÖPNV vorantreiben
- 5.4 Minority Report
E-Mobilität fördern
- 5.5 Höllentour
Fahrradinfrastruktur ausbauen
- 5.6 Wall-E
Weltweite Umweltverschmutzung eindämmen

6. Rogue One: A Juso-Story – Unser Verhältnis zu anderen Organisationen

- 6.1 Eine neue Hoffnung
Erneuerung der SPD schreitet voran
- 6.2 Die dunkle Bedrohung
Bekämpfung der AfD
- 6.3 Die Rache der Sith
Umgang mit der Union
- 6.4 Das Imperium schlägt zurück

- FDP als Regierungspartner?
- 6.5 Das Erwachen der Macht
Rot-Rot-Grüne Mehrheiten nutzen
- 6.6 Die letzten Jedi
Unser Verständnis vom Juso-Verband

1. Kill the Boss - Arbeit, Wirtschaft und Sozialstaat

Wir Jusos definieren uns als sozialistischen Richtungsverband. Der Widerspruch zwischen den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital stellt für uns den ersten Hauptwiderspruch innerhalb des Kapitalismus dar. Dieser muss aufgearbeitet und überwunden werden. Dabei spielen die politischen Themenfelder Arbeit, Wirtschaft und Soziales eine zentrale Rolle für das Verständnis, was es bedeutet SozialistIn bzw. JungsozialistIn zu sein. Im Folgenden werden daher zunächst unsere arbeits- und wirtschaftstheoretischen Inhalte skizziert, bevor wir praxisbezogene Handlungsfelder darstellen.

1.1 Denn sie wissen nicht, was sie tun... Kapitalistische Strukturen überwinden

Oberstes Ziel für uns Jusos ist es das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden. Basis unserer Kritik am Kapitalismus ist die marxistische Analyse. Der demokratische Sozialismus stellt für uns die Alternative zur derzeitigen Produktionsweise dar.

Wir werden uns beim Kampf um den Sozialismus allerdings nicht treiben lassen: Bürgerliche Fragestellungen, wie ein demokratischer Sozialismus denn konkret aussehen soll, können nicht abschließend beantwortet werden. Es ist nicht entscheidend und schon gar nicht zielführend, diese Fragen als politische Minderheit heute beantworten zu wollen. Unser Ziel ist es vielmehr um eine gesellschaftliche Mehrheit zu kämpfen, die die heutigen Strukturen nicht mehr akzeptiert. Ist dieser Schritt erfüllt – und nur dann – können Antworten auf die künftige Produktionsweise und den Wirtschaftsstrukturen erfolgen. Sozialismus ist demnach auch kein „Endzustand“ sondern eine immerwährende Aufgabe. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auf die Grundwerte der SPD, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zu verweisen. Nur wenn diese Grundwerte für die zukünftige Gestaltung einer neuen Gesellschaft international zusammen mit politischer und wirtschaftlicher Demokratie für alle Menschen in allen Politikfeldern erfüllt sind, kann sich eine sozialistisch geprägte Gesellschaft entfalten.

1.2 Metropolis Arbeit ist mehr als Broterwerb

Arbeit besitzt im Kapitalismus mehrere Funktionen: Zum einen tritt sie in Form von Erwerbsarbeit auf, die vor allem das Primäreinkommen von Menschen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellt. Erwerbsarbeit kann dabei auch eine weitere Funktion von Selbsterfüllung und Identifikation beinhalten. Diese Funktion ist aber kein Automatismus.

Denn wie Marx im Kapital vom „Doppelt freien Arbeiter“ zynisch festgestellt hat, ist einE ArbeiterIn zwar von feudalen Verhältnissen befreit, aber auch frei von sämtlichen Produktionsmitteln. In diesem Zusammenhang ist einE ArbeitnehmerIn gezwungen, seine bzw. ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um überleben zu

können – zur Not ist man also dazu gezwungen Tätigkeiten auszuüben, die man nicht ausführen möchte.

Darüber hinaus beinhaltet Erwerbsarbeit im Kapitalismus auch die Funktion der Kapitalakkumulation: EinE ArbeitnehmerIn wird stets ausgebeutet, bekommt also nur einen Bruchteil seiner bzw. ihrer erbrachten Leistung als Lohn oder Gehalt. Der restliche nicht vergütete Teil, der von Marx als „Mehrwert“ beschrieben wird, bleibt hingegen beim Arbeitgeber.

Für uns Jusos geht es also darum innerhalb des derzeitigen Wirtschaftssystems diesen beschriebenen „Mehrwert“ zu verringern, aber auch die Arbeit nicht allein auf die Form der Erwerbsarbeit zu reduzieren. So gibt es weitere Formen jenseits der Erwerbsarbeit, die wir vor allem auch aus feministischer Perspektive auf alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen verteilen wollen, da der Anteil der gesamtgesellschaftlichen sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeitszeit von Frauen zum einen niedriger ausfällt als der von Männern.

Andererseits wird die mit der Familien- und Sorgearbeit zumindest eine von den drei weiteren Arbeitsformen überdurchschnittlich stark von Frauen ausgeübt – oft ohne entsprechende Anerkennung. Schließlich tragen die Arbeitsformen jenseits der Erwerbsarbeit für viele Menschen mehr zur Identifikation und Selbsterfüllung bei als es die reine Erwerbsarbeit schafft. Die anderen Formen bilden die bereits genannte Sorgearbeit sowie Arbeit im Sinne von Bildung sowie ehrenamtliches Engagement. Es kommt für uns darauf an, auf die höhere gesellschaftliche Anerkennung der anderen drei Arbeitsformen hinzuwirken.

1.3 Mockingjay

Unser Verhältnis zum Staat

Der Kapitalismus produziert innerhalb von Volkswirtschaften ökonomische Ungleichheiten unter allen Individuen einer Gesellschaft, welches für benachteiligte Personen große Herausforderungen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verursacht. Deshalb benötigen wir aus jungsozialistischer Perspektive im derzeitigen Wirtschaftssystem einen vorsorgenden Sozialstaat, der eine Umverteilung von Reichtum von oben nach unten betreibt und somit das Ziel verfolgt bestehende ökonomische Verhältnisse auszugleichen.

Wir Jusos sehen aber als internationalistische Organisation auch Probleme in der Verteilung vom weltweiten Reichtum. Deshalb setzen wir es uns zum Ziel, die Unterschiede zwischen der westlichen Industriestaaten und den restlichen Schwellen- und Entwicklungsländern abzumildern. Die bestehenden Organisationen, namentlich mit Weltbank und WTO, reichen in ihrer heutigen Struktur nicht aus. Wir sehen eine Chance darin, die Europäische Union als Musterbeispiel dahingehend weiterzuentwickeln. Näheres hierzu wird in der Passage 2.6 erläutert.

Dennoch müssen wir festhalten, dass sich ein Staat stets aus ökonomisch Verhältnissen ableitet – also nicht autonom agieren kann. Es stellt sich folglich die Frage, ob ein Staat tatsächlich auch dafür genutzt werden kann, um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu überwinden. Letzteres ist aus unserer Sicht vor allem aus historischen Gründen zu verneinen.

Wir müssen vielmehr auf die bereits beschriebene gesellschaftliche Bewusstseinswerdung in der Zivilbevölkerung hinwirken. Hier kommt es allerdings zu einer Einschränkung, nämlich, dass vielen Menschen über den Sozialstaat mehr Ressourcen wie Zeit, Geld, Bildungsmöglichkeiten und Selbstbewusstsein zur Verfügung gestellt

werden können. Ein starker Sozialstaat kann also nicht für eine sozialistische Revolution genutzt werden, schafft aber für eine selbige langfristig die

Voraussetzung. Das bedeutet natürlich für uns, dass wir innerhalb unserer Mutterpartei für Mehrheiten in sozialen Fragen kämpfen und uns nach Durchsetzung dieser Inhalte für eine starke SPD in Parlamenten auf allen Ebenen einsetzen. Wir Jusos sehen den Staat daher als Mittel zur politischen Gestaltung, der die persönliche Situation vieler Menschen verbessert. Oder anders: Ein Staat soll ökonomische Ungleichheiten eindämmen anstatt dem freien Markt die Produktion und Reproduktion von Elend zu gewähren. Gleichzeitig werden so die Voraussetzungen geschaffen, dass sich jeder Mensch vom derzeitigen gesellschaftlichen Zustand emanzipieren kann.

1.4 The Hunger Games

Re-Regulierung des Arbeitsmarkts

Die Zahlen von der Bundesagentur für Arbeit scheinen seit Jahren durchweg eine positive Arbeitsmarktentwicklung zu kennzeichnen. Das Wort „Vollbeschäftigung“ macht bei vielen politischen Akteuren die Runde. Doch wie sieht es tatsächlich aus? Durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die rot-grüne Reformpolitik zu Beginn des neuen Jahrtausends haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland massiv zugenommen. Unter prekären Beschäftigungsverhältnissen versteht man jede Form der Erwerbsarbeit, die schlecht oder gar nicht bezahlt oder für den/die ArbeitnehmerIn unfreiwillig befristet und/oder in Teilzeit ausgeübt wird. Konkrete Formen dieser prekären 20 Arbeitsverhältnisse stellen demnach Leih- bzw. Zeitarbeit, Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor, Mini- und Midi-Jobs, sonstige befristete Jobs und Scheinselbständige über Werkverträge dar. Mit anderen Worten alle Beschäftigungsverhältnisse, die vom „Normalarbeitsverhältnis“ abweichen, also einer sozialversicherungspflichtigen 35- bis 40-Stundenwoche, die vertraglich unbefristet und deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn vergütet ist. Zu diesen „Normalarbeitsverhältnissen“ gehörten bis zu den vorgenannten deregulierenden Reformen in Deutschland knapp 90% aller ausgeführten Erwerbsarbeitsverhältnisse. Doch durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts besitzen mittlerweile nur noch knapp 70% aller ArbeitnehmerInnen 30 einen solchen Arbeitsplatz. Die Zunahme dieser auch als atypischer Beschäftigung bezeichneten prekären, also unsicheren Situationen für ArbeitnehmerInnen haben zwei zentral negative Auswirkungen auf die betroffenen Personen: Zum einen fühlen sie sich innerhalb ihrer Belegschaft als ArbeitnehmerIn zweiter Klasse. Ein anderer, noch relativ junger Forschungsaspekt der Hans-Böckler-Stiftung geht allerdings noch viel weiter: Denn die Studie hat ermittelt, dass sich atypische Beschäftigungsverhältnisse sehr negativ auf das Privatleben auswirken – und zwar viel tiefergehend als bislang gedacht. So gibt es eine sehr hohe statistische Abweichung für Trennungen bei Paaren in unverheirateten Beziehungen, in denen mindestens eine Person in einem atypischen Arbeitsverhältnis beschäftigt wird.

Insofern stellt die Studie fest, dass ein sicherer Arbeitsplatz nicht nur die materielle Sicherheit schafft, die man zur allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabe benötigt, sondern vielmehr auch einen Rückhalt für eine zufriedene Beziehung bietet. Letztlich fühlen wir Jusos uns in unserer Meinung bestätigt, die wir seit Jahren gegenüber Vorschlägen zur Gegensteuerung des demografischen Wandels vertreten: Wir benötigen keine Erhöhung des Kinder- oder Elterngeldes, um die Geburtenrate in Deutschland zu steigern. Vielmehr zeichnet sich eine progressive Familienpolitik durch eine deutliche Anhebung von sicheren und gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen aus. Dafür sind staatliche Korrekturen in der Gesetzgebung zu Hartz I & II erforderlich.

1.5 Catching Fire

Betriebliche & unternehmerische Mitbestimmung ausbauen

Demokratie darf nicht am Werktor enden. Wir setzen uns als Jusos daher für den Ausbau betrieblicher und der unternehmerischer Mitbestimmungsrechte für ArbeitnehmerInnen aus. Betriebs- und Personalräte haben zwar als Vertretung aller ArbeitnehmerInnen ohne leitende Tätigkeiten in sozialen Angelegenheiten wie bei Regelungen der Pausen-, Urlaubs, oder Arbeitszeiten relativ starke Mitbestimmungsrechte, jedoch sind die Mitbestimmung in personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten stark eingeschränkt. Deshalb fordern wir Reformen innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes, welche den Räten unter anderem bei Kündigungen gegenüber ArbeitnehmerInnen sowie bei Verlagerungen oder gar Schließungen von Produktionsstandorten stärkere Zustimmungsverweigerungsrechte zusichern.

Darüber hinaus fordern wir in diesem Zusammenhang ein festes Stimmrecht für VertreterInnen der Jugend- und Ausbildungsvertretungen (JAV) innerhalb der Betriebs- bzw. Personalräte, auch wenn es Angelegenheiten betrifft, die ihre Berufsgruppe nicht tangieren. Denn junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende sind keine MitarbeiterInnen zweiter Klasse.

Außerdem wollen wir eine vollparitätische Besetzung der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in den Kontrollgremien der Vorstände gewährleisten. Deshalb fordern wir innerhalb der unternehmerischen Mitbestimmung die Ersetzung des Drittelbeteiligungsgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes durch das Montanmitbestimmungsgesetz, welches für alle Kapitalgesellschaften unabhängig von Branche und Größe ausgeweitet werden soll. Nur somit ist es möglich, dass sich innerhalb von Aufsichtsräten Vertretungen von ArbeitnehmerInnen und Anteilseignern auf Augenhöhe begegnen können. Bei der Besetzung ist ebenfalls darauf zu achten, dass 10 mindestens 40% aller Aufsichtsratsmandate durch Frauen besetzt werden.

1.6 I, Robot

Arbeit & Industrie 4.0 nutzen

Die Realwirtschaft befindet sich derzeit in einem Prozess der sogenannten vierten industriellen Revolution. Durch die fortschreitende Zunahme der Digitalisierung in der Erwerbsarbeitswelt stehen wir aktuell vor vielen Herausforderungen, auf die wir als sozialistischer Richtungsverband bereits jetzt Antworten finden müssen.

Grundsätzlich sehen wir in diesem Strukturwandel jedoch mehr Chancen auf die allgemeine Verbesserung der Arbeitssituation in der gesamten Berufswelt. Dennoch muss dieser Prozess von uns begleitet und positiv beeinflusst werden.

Wie in fast allen Lebensbereichen steht der Zugang zu Bildung – in dem Zusammenhang zu Aus- und Weiterbildung – an erster Stelle, um die Teilhabe möglichst aller Menschen in der Gesellschaft zu ermöglichen. Denn eine Tatsache steht jetzt schon fest: Durch die steigenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt besteht die Gefahr, dass Menschen abgehängt werden.

Deshalb lehnen wir eine Verkürzung der Ausbildungsdauer sowie eine Modularisierung in der dualen Ausbildung ab. Zeitgleich setzen wir uns für eine gesetzlich verbindliche Regelung ein, dass jedem und jeder Angestellten vom Arbeitgeber eine Weiterbildungsmöglichkeit für einen gesetzlich festgelegten Zeitraum pro Jahr angeboten werden muss.

Darüber hinaus müssen wir bereits aktuell sichtbaren Tendenzen entgegentreten, die die Gesundheit von vielen ArbeitnehmerInnen negativ beeinflussen. Grenzen

zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen beispielsweise durch Homeoffice-Optionen zunehmend.

Unter anderem haben sich dadurch und durch die gestiegenen Anforderungen im Beruf in den letzten zehn Jahren die psychischen Erkrankungen verdoppelt. Insofern bedarf es auch gesonderte Regelungen zum Gesundheitsschutz für ArbeitnehmerInnen unter Beteiligung der Gewerkschaften. Durch die allgemein ansteigende Produktivität sehen wir im Modell der Erwerbsarbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich ein zentrales Mittel, die Erkrankungen zurückzufahren. In diesem Zusammenhang sehen wir viel Potential zur Umverteilung von Erwerbsarbeitszeit in der Gesellschaft: Denn viele Menschen, die zurzeit in Vollzeit beschäftigt sind, möchten ihre Erwerbsarbeitszeit gerne reduzieren; viele Teilzeitbeschäftigte wiederum möchten gerne mehr arbeiten. Wir benötigen also auch hier gute Instrumente zur staatlichen Regulierung, die wir als Jusos durch Beschlüsse zur Arbeitsversicherung mit integriertem Lebensarbeitszeitkonto bereits auf den Weg gebracht haben.

1.7 Die Rückkehr des Königs

Für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wir Jusos stehen für eine klassisch sozialdemokratische Fiskalpolitik ein, die Eingriffe vom Staat in konjunkturell angespannten Phasen als notwendig erachtet. Eine staatlich aktive Wirtschaftspolitik muss dabei antizyklisch und nachfrageorientiert handeln. Das heißt, dass in Phasen einer Rezession und Depression staatliche Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht werden, die möglichst schnell wieder einen Wirtschaftsaufschwung herbei führen. Finanziert werden sollen diese notwendigen Konjunkturpakete durch staatliche Mehreinnahmen, die als Rücklagen in Wirtschaftsaufschwungs- und Hochkonjunkturzeiten aufgebaut werden.

Das bedeutet, dass in schlechten Wirtschaftszeiten vom Staat niedrigere Unternehmenssteuersätze sowie bessere Abschreibungsbedingungen für Unternehmen gewährt werden. Gleichzeitig sollen höhere Investitionen vom Staat in den Wirtschaftskreislauf gegeben werden, unter anderem durch öffentliche Ausschreibungen sowie öffentlicher Förderung von Kurzarbeit und Weiterbildungsangebote für ArbeitnehmerInnen.

Dabei halten wir fest, dass die eingeführte Schuldenbremse die Ausübung dieser Wirtschafts- bzw. Finanzpolitik erschwert. Auch außerhalb von Krisenzeiten müssen nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und staatliche Investitionen möglich sein. Daher wollen wir die Schuldenbremse von Bund und Länder wieder abschaffen.

1.8 The Wolf of Wall Street

Finanzmärkte regulieren

Um den ungezügelten Treiben auf den internationalen Finanzmärkten ein Ende zu setzen, fordern wir die Einführung einer international wirksamen Finanztransaktionssteuer (FTS oder Tobin-Tax) in Höhe von mindestens 0,05% für alle auf dem Finanzmarkt getätigten Transaktionen ein. Diese sind zunächst innerhalb des europäischen Finanzmarkts einzuführen. Mit einer FTS wird der Hochfrequenzhandel eingedämmt und der Finanzmarkt langfristig stabilisiert. Gleichzeitig werden die Verursacher der letzten Finanzkrise an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt. Von den geschätzten Einnahmen in Höhe eines dreistelligen Milliardenbetrags innerhalb des europäischen Raums sollen Investitionen in die soziale Infrastruktur getätigt werden.

Sollte sich abzeichnen, dass eine Finanztransaktionssteuer international kurzfristig nicht realisierbar erscheint, stehen wir für eine national wirksame Börsenumsatzsteuer in Deutschland in Höhe von 0,1% ein.

1.9 Die fetten Jahre sind vorbei

Steuersätze für hohe Einkommen & Kapitalerträge anheben

Der Trend der ungerechten Lohnentwicklung in Deutschland ist unübersehbar. Zwar sind auch die Gehälter gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen zuletzt durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns real gestiegen. Dennoch zeigt die langfristige Perspektive, dass in den letzten zehn Jahren vor allem das oberste Zehntel der Angestellten unter anderem auch durch erfolgsabhängige Lohnzusatzleistungen überproportional zu den übrigen 90% der Angestellten von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitiert haben.

Der gestiegene gesellschaftliche Reichtum ist also auch unter den Beschäftigten ungleich verteilt worden. Unser Ansatz wie diese Entwicklung zugunsten der gesamten Gesellschaft korrigiert werden kann, liegt in einer Steigerung des Spitzensteuersatzes auf über 50%, welchen wir aus Gründen der Steuergerechtigkeit ebenfalls als sozial gerecht empfinden. Dies würde zu einer Ausgangslage führen, in der öffentliche Haushalte wieder deutlich mehr Spielräume zum Ausbau der sozialen Infrastruktur haben.

Gleichzeitig gilt es vor allem die mittleren und unteren Einkommensgruppen bis 30.000 EUR steuerlich zu entlasten. Darüber hinaus sind wir für die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Denn während Einkommen aus Arbeit derzeit progressiv mit bis zu 45% ab EUR 256.000 besteuert werden, liegt der Steuersatz für Zinserträge unabhängig von ihrer Höhe bei pauschal 25%.

Da unsere Auffassung von Steuergerechtigkeit vorsieht, dass Erträge aus Arbeit nicht höher besteuert werden sollen als Erträge aus Kapital, setzen wir uns für die Wiedereinführung eines progressiven Steuermodells bei Kapitalerträgen identisch zum Einkommenssteuermodell ein.

1.10 Jäger des verlorenen Schatzes

Einführung der Vermögens- und Reform der Erbschaftssteuer

Deutschland ist eine der reichsten Volkswirtschaften auf der Welt. Doch nicht nur das Einkommen sondern auch das gesellschaftliche Vermögen ist hierzulande sehr ungleich verteilt: Eine Studie der Deutschen Bundesbank aus 2016 belegt, dass das Median-Vermögen bei knapp EUR 60.400 liegt, während das arithmetische Mittel mit EUR 214.500 fast viermal so hoch ist. Dies ist ein deutliches Indiz für eine starke Konzentration des Gesamtvermögens auf die reiche Hälfte der Gesellschaft. Wir wollen, dass die reichsten Menschen in der Gesellschaft deutlich mehr zum Zusammenhalt der Gesellschaft und damit dem Erhalt des sozialen Friedens beitragen als in der Vergangenheit. Daher stehen wir für die Einführung einer Vermögenssteuer ein.

Schätzungen gehen bislang davon aus, dass Vermögen, das ab einem Wert von 2 Mio. EUR mit 1% besteuert wird bis zu 16 Milliarden EUR als Mehreinnahmen in die Staatskasse spülen würde. Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass bei dem soeben vorgeschlagenen Freibetragsmodell in Höhe von 2 Mio. EUR 98% aller im Handelsregister erfassten Unternehmen keine finanzielle Mehrbelastung zu befürchten haben, mittelständische Unternehmen von der Reform also ausgeschlossen sind und keine arbeitsplatzgefährdete Situationen zu erwarten sind.

Wir stehen darüber hinaus dafür ein, dass vererbter Reichtum ebenfalls stärker besteuert wird als bislang. Dazu sollen entsprechende Freibeträge als auch Steuersätze erhöht sowie Abschreibungsmöglichkeiten gemindert werden. Diese daraus resultierenden Mehreinnahmen könnten beispielsweise den Kommunen zum Ausbau der sozialen Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden und tragen damit einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit bei.

1.11 Let's make money

Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge entgegentreten

Die deutsche Nachkriegsgesellschaft war von einem Prinzip der Solidarität aufgebaut: Ein Mensch mit einem Arbeitsplatz war für einen arbeitslosen Mensch da, ein gesunder Mensch für einen Kranken, die Arbeitsgesellschaft für die Rentengesellschaft. Dabei kam den Unternehmen eine Sonderrolle zu. Sie durften gewinnorientiert wirtschaften, besaßen aber die gesamtgesellschaftliche Verantwortung das soziale Netz zur Hälfte mit zu finanzieren. Dies war die Geburtsstunde des deutschen Sozialversicherungssystems in der Bundesrepublik. Vor mehr als zehn Jahren kam es dahingehend jedoch zu einem gesellschaftspolitischen Bruch: Das Wort „Eigenverantwortung“ wurde salonfähig. Das heißt, dass alle ArbeitnehmerInnen zunächst mehr zur Verantwortung gezogen wurden und individuell aus ihrem eigenen Einkommen und Vermögen zusätzlich für ihre spätere Rente vorsorgen sollten. Darüber hinaus wurde die vollparitätische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Pflegeversicherung zugunsten der Kapitaleseite auf den arbeitenden Teil der Bevölkerung verschoben. Wir setzen uns daher für eine Rückkehr zur vollparitätische Finanzierung aller Säulen der Sozialversicherung ein. Gleichzeitig muss der gesetzliche Beitragssatz zur Deutschen Rentenversicherung angehoben werden, um die ergänzende Privatvorsorge der ArbeitnehmerInnen zur Sicherung des Lebensstandards in der Rentenzeit überflüssig zu machen. Außerdem ist die Pflegeversicherung dafür da, damit Kinder nicht die Pflege ihrer Eltern finanzieren müssen, entsprechende Gesetzeslagen sind dahingehend zu ändern. Zusätzlich zu diesen Reformvorschlägen möchten wir die Beitragseinnahmen durch eine Umgestaltung des Kranken- und Rentenversicherungssystems durch jeweilige BürgerInnenversicherungen gewährleisten, damit künftig alle Beschäftigungsverhältnisse ihren gleichen Anteil zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt leisten und die zusätzlichen Beitragseinnahmen zur Qualitätssteigerung im Renten- und Gesundheitssystem beitragen können.

Außerdem wollen wir die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung überführen, aus der unter anderem Weiterbildungsangebote finanziert und Ruhephasen innerhalb des Erwerbsarbeitslebens in privat relevanten Zeiten angerechnet werden können. In diesem Zusammenhang möchten wir die Regelsätze zur Grundsicherung für Langzeitarbeitslose deutlich erhöhen und Sanktionen abschaffen.

Wir stellen uns darüber hinaus gegen den neoliberalen Irrglauben, dass öffentliche Aufgaben durch Wettbewerb und einer Konkurrenzsituation effektiver von privaten Anbietern umgesetzt werden können. Unsere vorgenannten Steuerreformvorschläge sind demnach auch kein Selbstzweck: Wir wollen einen handlungsfähigen und gemeinwohlorientierten Staat, der Investitionen in die soziale Infrastruktur tätigt. Sei es beispielsweise für die Verkehrsinfrastruktur, für den öffentlich-sozialen Wohnungsbau, der Digitalisierung oder für staatliche Bildungseinrichtungen von der KITA über Schulen bis hin zu Universitäten. Teilprivatisierungen öffentlicher Straßen und Einrichtungen (PPP bzw. ÖPP) lehnen wir ab.

2. American Beauty – Gleichstellung, Inklusion und Gesellschaftspolitik

Wir Jusos definieren uns als feministischen Richtungsverband. Der Widerspruch der biologischen Geschlechter durch vorhandene patriarchale Strukturen ist für uns der zweite Hauptwiderspruch innerhalb des Kapitalismus, den es zu überwinden gilt. Daher nehmen feministische Positionen in unserem Verständnis, was es bedeutet FeministIn bzw. JungsozialistIn zu sein, eine Sonderrolle ein. Wir besitzen darüber hinaus aber auch weitere Positionen zur Beseitigung anderer Diskriminierungsformen, die allesamt im Folgenden dargestellt werden.

2.1 Suffragette

Jusos als Teil der feministischen Bewegung

Frauen werden auch heute noch in vielen Lebensbereichen diskriminiert. Sexismus ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Wir verstehen Sexismus als Form des Rassismus, den es zu bekämpfen gilt. Wir tolerieren keine Bilder, in denen charakterliche Eigenschaften oder Fähigkeiten als „typisch weiblich“ bzw. „typisch männlich“ dargestellt werden.

Leider wachsen Frauen und Männer in unserer heutigen Gesellschaft von ihrer Geburt an in diese Rollenklischees auf. Babypuppen, Küchenspielzeug, Barbies und die Farbe rosa/pink sind für Mädchen; Legosteine, Carrera-Rennbahnen, Bauarbeiterhelme und die Farbe blau für Jungs. Daraus leiten sich spätere sexistische Denkmuster für das Erwachsenenleben ab. Deshalb ist es uns wichtig auf ein Umdenken in der Gesellschaft hinzuwirken, welches bereits in der Erziehung ansetzt. Hilfreich hierfür sind (Aufbau-)Schulungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie eine moderne Literaturlausstattung für Kinder in der KITA und den Grundschulen. Doch Frauen leiden nicht nur unter Sexismus. Viele Frauen werden nicht nur jenseits der deutschen Grenzen Opfer von sexueller und sexualisierter Gewalt. Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend hat im Rahmen einer Studie analysiert, dass 40% aller Frauen in Deutschland seit ihrem 16. Lebensjahr Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Man geht hierbei davon aus, dass die Dunkelziffer der Opfer noch wesentlich höher ist. Das liegt damit zusammen, dass viele Opfer bislang aus Scham und Angst auf ihr gesellschaftliches Ansehen oder weiteren Übergriffen zögern, Hilfe zu suchen oder gar Anzeige zu erstatten – ein relevanter Anteil spricht sogar mit niemanden über die erlebten Verbrechen. Hier setzt unsere feministische Arbeit an: Wir wollen gegen die Tabuisierung angehen und prangern diese gesellschaftlichen Verhältnisse an. Wir wollen den betroffenen Frauen damit helfen, aktiv aus ihrer Hilflosigkeit zu entkommen. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die gesellschaftlich-kulturellen Verhältnisse der biologischen Geschlechter hin: Viele Männer bzw. Jungs wachsen in einem traditionell geprägten Unterbewusstsein auf, ihre eigene Identität durch Kontrollausübung zu sichern. Dass sich aus diesem Identitätsverständnis heraus eine Gewalt an Frauen durch die Männer entlädt ist für uns in keiner Weise zu akzeptieren, macht aber deutlich wie wichtig in diesem Zusammenhang der Kampf gegen sexistisches Gedankengut von Kindheitstagen an ist.

In traditionellem Bewusstsein mit den weltweiten Frauenbewegungen aus der Vergangenheit und Gegenwart kämpfen wir als radikalfeministische Strömung dafür, strukturelle Diskriminierungen gegenüber Frauen zu überwinden und wir weitere Erfolge für zur Durchsetzung von Frauenrechten national und international erzielen können. Aus diesem Grund ist der internationale Frauentag für uns ein Tag, den wir politisch mit Aktionen und/oder 20 Diskussionsveranstaltungen zum Thema Feminismus begehen werden.

2.2 Kick it like Beckham

Patriarchale Strukturen durchbrechen

Ein praktisches Politikfeld zur Beseitigung der patriarchalen Strukturen stellt für uns der Arbeitsmarkt dar. Denn auch heutzutage leiden Frauen in der Arbeitswelt unter Unterdrückung: Laut statistischem Bundesamt erhalten Frauen in Deutschland noch immer knapp 21% weniger Bruttogehalt als ihre männlichen Kollegen. Einer von vielen Gründen für dieses sogenannte „Gender-Pay-Gap“ liegt laut dem Deutschen Institut für Wirtschaft an der unterschiedlichen Bezahlung verschiedener Branchen, die entweder stark von Männern oder von Frauen geprägt sind. So klafft zwischen Angestellten aus den weiblich dominierten Berufsgruppen aus der Altenpflege oder Kinderbetreuung eine große Lohnlücke im Vergleich zu der Branche aus den Bereichen der Technik und industriellen Produktion, deren Stellen hauptsächlich von Männern besetzt sind. Unser Ziel als Jusos ist es daher nicht nur für gleichen Lohn für gleiche Arbeit einzustehen sondern vielmehr für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu kämpfen.

Das heißt, dass wir darauf hinwirken wollen, die strukturelle Trennung in klassische Frauen- und Männerberufe aufzubrechen. Hierfür ist es notwendig, dass erhebliche Lohnsteigerungen in den sozialen und sonstigen von Frauen dominierten Berufsfeldern erfolgen. Was bei der Bezahlung anfängt, setzt sich bei der Besetzung von EntscheidungsträgerInnen fort. Die meisten leitenden Stellen in der Wirtschaft werden durch Männer besetzt. In 76% aller Vorstände der börsennotierten Unternehmen in Deutschland (Dax, MDax, SDax, TecDax) sitzt keine einzige Frau. Wenn man die jeweiligen Vorstandssitze gegenüberstellt, sieht es noch düsterer aus: 45 weibliche Vorstandsmitglieder sitzen 630 Männern gegenüber. Dies entspricht einer Quote von 6,7%. Diese skandalösen Verhältnisse müssen unserer Ansicht nach mit gesetzlichen Regelungen zur Mindestbesetzung von Frauen in Vorstandsgremien begegnet werden. Erfahrungen durch das in Kraft getretene „Gesetz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen“ zeigt uns, dass eine einzuführende Frauenquote in Höhe von 30% bei Aufsichtsratsmandaten geholfen hat.

So lag im Jahr 2016 der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten aller börsennotierter Unternehmen bei knapp 26% (Vergleich 2011: 10%). Dieses Gesetz muss für alle Vorstandsgremien hinsichtlich eines Frauenanteils von mindestens 40% ausgeweitet werden.

So beschämend die Situation für Frauen in der Spitzenwirtschaft ist, in der Wissenschaft sieht die Situation nicht viel besser aus. Im Jahr 2015 waren 50,2% aller Studienabsolventen weiblich, der Frauenanteil für die sogenannten C4-Professuren - also vollumfängliche Lehrstühle mit mindestens einem /einer wissenschaftlichen MitarbeiterIn und einem höheren Haushaltsetat als andere Professuren - liegt lediglich bei 11%. Auch hier bedarf es härterer gesetzlicher Vorschriften als bislang, um diesen Missstand zu beseitigen.

2.3 Billy Elliot - I will dance

Strukturkonservative Denk- und Verhaltensmuster überwinden

Wir Jusos setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder sein Leben so bestreiten soll wie sie oder er möchte, sofern dadurch die Freiheit Dritter nicht beschränkt wird. Damit einhergehend werben wir dafür, dass individuelle Verhaltensweisen, die von strukturkonservativen Verhaltensweisen abweichen, genauso akzeptiert werden wie tradierte Verhaltensmuster. Zwar sehen wir grundsätzlich tradiertes Verhalten als kritisch an, sagen aber auch hier gleichzeitig: Wer sich durch die Ausübung von veralteten Verhaltensmuster erfüllt sieht und dabei

andere gesellschaftliche Gruppen oder Einzelpersonen nicht diskriminiert, soll diese auch vorurteilsfrei ausüben können.

Neben diesem gesellschaftlichen Idealbild sagen wir aber auch deutlich: Wir Jusos sind kein spiritueller Richtungsverband. Wir setzen uns klar für die Gleichstellung der heterosexuellen Ehe im Hinblick auf andere sexuelle Orientierungen ein.

Wir begleiten alle Formen der Religionen und deren Interpretation und Ansichten kritisch, setzen uns aber gleichzeitig für die gleichberechtigte und freie Ausübung aller Religionen aus, sofern niemand diskriminiert wird oder anderweitig Schaden erfährt. Und wir bekämpfen mit aller Entschlossenheit tradierte Rollenbilder von Frauen und damit das Verständnis vieler Einzelpersonen von der Rolle der Frau innerhalb der Familie.

2.4 Brokeback Mountain Für eine tolerante Gesellschaft

Mit großem Entsetzen haben wir in den letzten Jahren verfolgen müssen wie die Ächtung, Verfolgung und Gewalt gegenüber homo- und transsexuellen Menschen innerhalb Europas zugenommen hat. Wir stehen dafür ein, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung nicht diskriminiert werden dürfen.

Aus diesem Grund klagen wir die politischen Kräfte an, die die gesellschaftliche und staatliche Diskriminierung von den betroffenen Menschen vorantreiben und legitimieren. Gleichzeitig sagen wir aber auch, dass wir vor der eigenen Haustür fegen müssen. Denn auch in Deutschland gibt es gesellschaftliche Kräfte, die Homosexuelle Transsexuelle ausgrenzen oder gar körperlich attackieren. Homophobes Gedankengut ist auch in Deutschland allgegenwärtig. Wir tragen unseren Teil dazu bei, dass homophobes Verhalten innerhalb der Juso-Welt nicht toleriert wird.

Außerdem ist es das Ziel eines jeden aktiven Jusos außerhalb unserer politischen Arbeit im Freundes- oder Bekanntenkreis dagegen vorzugehen, sofern man mit einem solchen Verhalten konfrontiert wird.

Zusätzlich kämpfen wir auch dafür, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Ehepartnerschaften rechtlich gleichgestellt werden. Dazu gehört unter anderem auch die Möglichkeit einer Adoption von Kindern.

2.5 Fack ju Göhte Inklusion statt Integration

In der politischen Diskussion wird der Begriff der Inklusion häufig reduziert auf den Inhalt der Integration von Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung an Schulen oder in der Gesellschaft. Diese Reduzierung ist genau genommen eine doppelte Reduzierung, nämlich zum einen auf eine gesellschaftliche Gruppe statt auf alle gesellschaftlichen Gruppen und zum anderen stellt sie eine falsche Definition von Inklusion dar. Denn im Gegensatz zur Integration verfolgt die Inklusion einen komplett anderen Ansatz. So stellt sich ein integrativer Ansatz vor allem dadurch dar, dass eine Gesellschaft Menschen außerhalb ihrer Gesellschaft mit unterschiedlichsten Eigenschaften und Hintergründen die Möglichkeit bietet sich in die Gesellschaft zu integrieren, sofern sie die Werte dieser Gemeinschaft teilen. Im Gegensatz dazu zeichnet sich ein inklusiver Ansatz dadurch aus, dass die Werte dieser Gemeinschaft im Rahmen der Integration bzw. dann Inklusion stets überprüft oder gar verändert werden können und sich somit ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und Akzeptanz verschiedener Kulturen innerhalb einer Gesellschaft entwickeln kann.

Wir Jusos sind geprägt von einem inklusiven Gesellschaftsleitbild. Wir möchten, dass alle gesellschaftlichen Gruppen voneinander lernen, neue Erkenntnisse gewinnen

und sich von verstaubten einseitigen Wertevorstellungen verabschieden, um etwas neues entstehen zu lassen.

2.6 Die Truman-Show

Informationelle Selbstbestimmung

Im Allgemeinen setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen in der Gesellschaft individuell über die Freigabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten entscheiden können. Zudem steht für uns fest, dass jedem Individuum eine Auskunft über die von ihm oder ihr gespeicherten Daten innerhalb von Unternehmen oder staatlichen Institutionen auf Anfrage erteilt werden muss.

Im Speziellen begehren wir gegen überdimensional vom Staat durchgeführte Sammlungen personenbezogener Daten inklusive digitalem Schriftverkehr und Telefonaten auf, bei denen insbesondere alle Gesellschaftsmitglieder pauschal überwacht werden. Der Schutz der Privatsphäre eines jeden Menschen ist ein hohes Gut, welches ausschließlich bei einer konkreten gesellschaftlichen Gefahrenlage für verdächtige Personen ausgehebelt werden darf. Deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung in der jetzigen Form mit aller Vehemenz ab.

2.7 An jedem verdammten Sonntag

Säkularisierung in Deutschland und der Welt voranbringen

Wir Jusos treten für eine konsequente Trennung zwischen Staat und Religion ein. Deshalb kämpfen wir Jusos weltweit gegen alle Organisationen, die dafür einstehen, religiöse Überzeugungen als Grundlage staatlicher Politik zu nutzen, um beispielsweise anders Denkende zu verfolgen oder die Ausübung einer anderen als die bevorzugte „Staatsreligion“ zu verbieten.

Neben der kritischen Überprüfung der internationale Situationen, geht es uns auch darum einzelne Aspekte in Deutschland zu kritisieren, die der innerstaatlichen Säkularisierung im Wege stehen. Da im Vorwort des Grundgesetzes von einer monotheistischen Religion die Rede ist („Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen [...] hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“), kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich ein deutscher Staat komplett religiös neutral und säkular darstellt.

Weitere Indizien diesbezüglich lassen sich darin finden, dass der Staat den Einzug der (christlichen) Kirchensteuer organisiert, es in Deutschland eine hohe Anzahl von christlichen Feiertagen gibt und in einigen staatlichen Schulen Kreuze als religiöses Symbol des Christentums an den Wänden hängen.

Unser Ziel ist es daher auch Deutschland zu einem kompletten säkularen Staat umzuwandeln, indem wir die vorgenannten und weitere Beispiele anders gestalten, um so den Einfluss des Christentums auf staatliche Politik zu mindern.

2.8 Gladiator

Kritik an der Kommerzialisierung vieler Lebensbereiche

Damit sich vor allem junge Menschen frei entfalten und verwirklichen können, ist es erforderlich, dass zur Ausgestaltung von Freizeit viele kostenfreie Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Wir mussten dahingehend vor einigen Jahren viele Rückschritte in unserer Region erkennen. So wurden beispielsweise großen kommerziellen Interessen Vorrang geboten. Auch wenn inzwischen auch wieder teilweise ein Umdenken in der Politik stattgefunden hat, sind Folgen dieser kommerziellen Fokussierung noch heute erkennbar.

Viele junge Menschen treffen sich heutzutage noch immer in groß angelegten Shoppingmalls anstatt in der Natur kostenfrei ausgebaute Freiflächen zu nutzen. Dies läuft darauf hinaus, dass sich junge Menschen, die aus Haushalten mit stark begrenztem Einkommen kommen, am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Wir stehen daher dafür ein, dass der Ausbau von vielfältigen öffentlicher Freiräume vorangetrieben wird, unter anderem auch zur unkommerzialisierten Ausübung sportlicher Aktivitäten.

Darüber hinaus setzen wir uns auch gegen sogenannte Alkoholverbotzonen ein. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört vor allem der Freiheitsaspekt, bei dem es Menschen auch möglich sein muss, an öffentlichen Plätzen legale Drogen zu konsumieren, anstatt den Konsum in teurere Lokale zu verbannen.

2.9 Bube, Dame, König, Gras Für eine emanzipierte Drogenpolitik

Wir halten fest, dass sich der Konsum von Drogen der staatlichen Kontrolle entzieht. Wir sehen daher in einer Prohibition kein geeignetes bzw. ein gescheitertes Mittel, gesundheitliche Gefahren von Menschen fernzuhalten. Denn durch den derzeit bestehenden Ansatz in Deutschland werden Maßnahmen zur Aufklärung einzig und allein auf die Kriminalisierung der KonsumentInnen und Verteufelung der Drogen an sich reduziert. Dieses durchweg konservative Vorgehen entspricht nicht unserem Ansatz, sich differenziert mit Drogen auseinanderzusetzen.

Wir setzen uns stattdessen für eine Legalisierung von Cannabis als Droge ein. Wir sehen in einem bewusst emanzipatorischen Ansatz eine Kehrtwende in der Drogenpolitik. Anstatt darauf zu setzen, KonsumentInnen in eine illegale Ecke zu stellen und sie an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu hindern, legen wir den Fokus auf Aufklärung. Wir fordern die Einrichtung staatlicher Abgabestellen in Deutschland, in der potentielle KonsumentInnen über die Gefahren des Konsums dieser und anderer Drogen aufgeklärt werden.

Zeitgleich wird durch eine kontrollierte Legalisierung auch der Schwarzmarkt bekämpft.

Das bedeutet, dass man einerseits zusätzliche Steuereinnahmen erhält, um Aufklärungskampagnen und Therapien zu finanzieren. Andererseits bedeutet es, dass man KonsumentInnen vor unreinen Inhaltsstoffen wie Blei in gestreckten Waren und somit die Gesundheit dieser Menschen schützt. Vor allem letztgenanntes lässt den Schluss zu, dass wir grundsätzlich alle Drogen legalisieren möchten.

2.10 Boyhood Kinder- und Jugendbeteiligung stärken

Ein wichtiger Bestandteil zur nachhaltigen Schaffung und Aufrechterhaltung einer Demokratie ist das Lernen wie demokratische Entscheidungen ablaufen und wie man sich vor allem als junger Mensch in diesen Prozessen verhält. Wir sehen in der Kinder- und Jugendbeteiligung daher die Basis zur Weiterentwicklung demokratischer Strukturen innerhalb einer Gesellschaft.

Konkret befürworten wir die projektorientierte Kinder- und Jugendarbeit, da sie viele junge Menschen vor Ort abholt, die in erster Linie keine Berührungspunkte mit demokratisch organisierten Institutionen haben und oftmals zum ersten Mal selbst erfahren können, welche Vorteile es mit sich bringt, an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Unser Ansatz zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligungsmöglichkeiten reduziert sich allerdings nicht nur auf diese Form: Wir wollen ebenfalls das Wahlalter

auf allen Ebenen auf 16 Jahre reduzieren und das unabhängig von der Nationalität eines bzw. einer EinwohnerIn.

Außerdem stehen wir für den Ausbau der Beteiligungsrechte für SchülerInnen-, Studierenden- sowie für Jugend- und Auszubildendenvertretungen ein, die wir in diesem Programm in anderen Passagen erläutern. Um uns Jusos sowie anderen parteipolitischen Jugendverbänden die Möglichkeit zu bieten, sich finanziell unabhängiger von der Mutterpartei zu bewegen, wollen wir staatliche Fördermittel in diesem Bereich ausweiten. Aus diesen Mitteln sollen unter anderem Schriftstücke und Aktionen finanziert werden, die unter anderem auch der Meinung der jeweiligen Partei widersprechen können.

3. James Bond 007 – Außen- und Sicherheitspolitik

Wir Jusos definieren uns als internationalistischen Richtungsverband. Dabei spielen die politischen Themenfelder Außen- und Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle für das Verständnis, was es bedeutet InternationalistIn bzw. JungsozialistIn zu sein. Allerdings sind auch grundsätzliche innenpolitische Ausrichtungen in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Daher widmen wir uns in diesem Teil diesen drei Politikfeldern.

3.1 Skyfall

No Border, No Nation

Als InternationalistInnen sind Nationen für uns ein Konstrukt, welche es abzulehnen gilt. Denn Grenzen existieren in erster Linie nur im Kopf der Menschen und dienen historisch betrachtet zur Machterhaltung und -ausweitung von Herrschenden.

Für uns Jusos steht fest, dass wir Verhältnisse zwischen Herrschenden und Beherrschten langfristig überwinden wollen. Daher sehen wir unter dem Motto „One World“, dass alle Menschen selbst entscheiden sollen, auf welchem Teil der Welt sie leben möchten.

Wir verfolgen dabei nach wie vor den sozialistischen Traum, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer religiösen Überzeugung oder sonstigen „Merkmalen“ weltweit als Brüder und Schwestern verstehen. Solange es aber das soziale Konstrukt der Nation gibt, setzen wir uns zumindest für Dialoge zwischen VertreterInnen aller Nationen ein.

Denn internationale Konflikte können in den meisten Fällen nur durch Dialoge ausgeräumt werden. Daher werden wir selbst mit gutem Beispiel voran gehen und die internationale Zusammenarbeit mit unseren jungsozialistischen Partnerorganisationen innerhalb der Young European Socialists (YES) und der International Union of Socialist 30 Youth (IUSY) ausbauen.

3.2 Im Angesicht des Todes

Kein Mensch ist illegal

In Bezug auf unser politisches Ziel, dass nationale Grenzen überwunden werden sollen, stehen wir langfristig dafür ein, dass jeder Mensch selbst entscheiden darf, wo er oder sie auf der Welt leben möchte. Allerdings zwingt uns die aktuell bedrohliche Situation für schutzbedürftige Personen, die aus ihrem Heimatland Zuflucht suchen (Flüchtlinge), dazu Antworten auf ihre konkreten Probleme zu liefern. Aus unserem Selbstverständnis heraus fordern wir einen sofortigen Abschiebestopp für alle in der EU lebenden Menschen.

In diesem Zusammenhang lehnen wir sozialpolitische Sondergesetze ab, die Flüchtlinge diskriminieren. Ebenso sind Geflüchteten Rechte zur Ausübung einer Erwerbsarbeit sowie die Teilnahme an kostenfreien (Weiter-)Bildungsangeboten zu

gewähren. Um Flüchtlinge auch zukünftig humanitär aufnehmen zu können, ist eine Schaffung von dezentral-organisierten Wohneinheiten entscheidend, die sich durch alle Wohnquartiere in Städten und Landkreisen erstrecken soll.

Eines muss aber auch deutlich werden: Zukünftig müssen alle EU-Staaten der humanitären Aufgabe nachkommen, eine international-solidarische Aufteilung von Flüchtlingen zu organisieren. Im gleichen Atemzug müssen sich die sozialdemokratischen und sozialistischen VertreterInnen innerhalb der EU-Gremien dafür einsetzen, dass sich nicht nur die inneren sondern auch die äußeren Grenzen der EU öffnen.

Die schrecklichen Gräueltaten der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX gilt es mit allen Mitteln anzuklagen. FRONTEX muss abgeschafft werden. Nur so wird die EU ihrer Verantwortung als Friedensnobelpreisträgerin gerecht.

Eines unserer wichtigsten Ziele ist es jedoch vor allem die Fluchtursachen international zu beseitigen. Die über die Medien von vielen politischen 30 Organisationen verkürzte Darstellung, dass man insbesondere kriminelle Schlepperbanden bekämpfen muss, geht uns hier nicht weit genug. Mehr zur Beseitigung von Fluchtursachen ist dem Kapitel 3.7 zu entnehmen.

3.3 Lizenz zum Töten

Waffenexporte und Kriegseinsätze unterbinden

„Vom deutschen Boden soll nie wieder Krieg ausgehen.“ So lautete der gesellschaftliche Konsens nach der Befreiung der alliierten Streitkräfte vom faschistischen Regime in Deutschland. Inzwischen ist Deutschland hinter den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur auf der Welt. Die deutschen Waffen gelangen dabei über Direkt- oder Umwege in Krisengebiete und haben damit einen immensen Anteil für das Morden auf der ganzen Welt. Damit muss endlich Schluss sein.

Wir fordern aufgrund unserer sozialistisch-internationalistischen Ausrichtung und wegen unserer historischen Verantwortung den Stopp von deutsche Waffenexporten und die hiesige Rüstungsindustrie in zivile Produktion zu überführen.

Auch wenn die Friedenstradition in der politischen Linken eine große Tradition hat, ist es uns wichtig klarzustellen, dass wir kein pazifistischer Richtungsverband sind. Wir halten das Mittel zur humanitären Intervention für legitim, sofern die Vereinten Nationen (UN) ein militärisches Mandat erteilen – beispielsweise zur Abwehr von Völkermorden.

In diesem Zusammenhang halten wir jedoch die NATO in ihrer derzeitigen Struktur als reine Organisationseinheit, die oft Drohkulissen zur Sicherung transatlantischer Handelsinteressen aufbaut und sich weiterhin den Einsatz von Atomwaffen vorbehält. Wir setzen uns dafür ein die NATO und weitere Militärbündnisse abzuschaffen und die völkerrechtliche Entscheidung militärische Einsätze der westlichen Welt zu legitimieren einzig in die Hände der UN zu überführen.

3.4 Im Geheimdienst ihrer Majestät

Die EU nach dem BREXIT

Damit die Zukunft der EU gewährleistet bleibt, reicht es nicht mehr aus, sie als Garant des Friedens in Westeuropa oder der Möglichkeit zu reduzieren, dass Menschen innerhalb der EU-Grenzen freizügig agieren können. Viele Menschen in Europa besitzen inzwischen eine so hohe Skepsis gegenüber dem EU-Projekt, dass man weitere Vorteile sowie weitere Potentiale innerhalb der EU herausstellen muss. Dafür ist es erforderlich, dass die EU von einer reinen Wirtschaftsunion zu einer Sozialunion umgestaltet werden muss. Deshalb halten wir gerade in diesen Zeiten

an unseren Forderungen nach einem europäischen Mindestlohn und einem europäischen Sozialversicherungssystem fest. Außerdem wollen wir die Gesetzgebungskompetenzen des Europäischen Parlaments erweitern, die es unabhängiger vom politischen Willen des EU Ministerrats macht. Ferner halten wir daran fest, dass nach der Verfassungsreform der Türkei zur Präsidentialdemokratie die Verhandlungen der EU mit der Türkei zum EU-Beitritt nicht abgebrochen werden. Dieses Vorgehen wäre ein fatales Signal gegenüber der Hälfte in der Türkei lebenden Menschen, die man in ihrer aktuell schwierigen innenpolitischen Situation nicht alleine lassen darf. Wir wollen in diesem Zusammenhang darauf hinwirken, dass Menschenrechte in der Türkei wieder geachtet und sich die Opposition in der türkischen Gesellschaft perspektivisch verankern kann.

3.5 Casino Royale

Armut in Drittweltstaaten bekämpfen

Eines unserer größten politischen Ziele ist die Beseitigung von Armut in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf der gesamten Welt zu realisieren. Hierzu ist einer der zentralsten Maßnahmen die Beseitigung der Staatsschulden in diesen Ländern. Doch den Grund von Armut in Entwicklungsländern allein auf die Schuldenstand dieser Staaten zu reduzieren, ist jedoch nicht hinreichend. Sie ist nur eine Voraussetzungen, die erfolgen muss, damit sich die Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessert.

Es ist ebenfalls erforderlich, dass eine international agierende Entwicklungshilfe von Staaten darauf abzielt, Korruptionen in den betroffenen Staaten abzubauen, die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Mikrokrediten für Kleinbauern auszuweiten und den Ausbau der Bildungsinfrastruktur voranzubringen.

Letztgenanntes muss vor allem unter Berücksichtigung des freien Zugangs für Mädchen und Frauen umgesetzt werden, da vor allem der Großteil von Frauen unter den Armutstrukturen leiden.

Mit dem bereits benannten Abbau der Korruption muss selbstverständlich der Abbau von undemokratischen Herrschaftsstrukturen einhergehen.

Doch nicht nur staatsinterne Probleme müssen bewältigt werden. Viele Industrienationen und Zusammenschlüsse tragen zur Armut in den Entwicklungs- und Schwellenländern bei. Vor allem protektionistische Maßnahmen der EU oder anderer Volkswirtschaften haben einen doppelt negativen Charakter: Zum einen behindern Zölle Agrarexporte aus den Entwicklungsländern, zum Anderen zerstören staatlich subventionierte Agrarprodukte aus den Industriestaaten den Markt innerhalb der Entwicklungsstaaten, da es günstiger ist, diese Waren zu importieren. Verstärkt wird das Problem durch deregulierte Spekulationen auf Rohstoffe und Nahrungsmittel, die oft zu niedrigen Preisen führen, wodurch viele Kleinbauern unter defizitären Einnahmesituation zu leiden haben.

Auch tragen Rüstungsexporte aus den Industriestaaten zur politischen Instabilität und zur elenden Situation der Menschen vor Ort bei. Eine ernst gemeinte Entwicklungshilfe, die von uns vertreten wird, macht es sich dabei zum Ziel alle genannten Gründe zur Armutsschaffung zu beseitigen.

3.6 Sag niemals nie

Zwei-Staaten-Lösung in Nahost realisieren

Die Geschichte hat uns gelehrt, dass ein Volk in einer Welt, die real durch nationale Grenzen und Denkweisen geprägt ist, einen eigenen Staat benötigt, um sich im schlimmsten Fall verteidigen zu können. Wir Jusos sehen daher das Existenzrecht

Israels als selbstverständlich an. Die israelische Bevölkerung lebt aufgrund der Vergangenheit und dem Umstand, dass viele Bevölkerungsteile der umliegenden Nationen im Nahen Osten ihre Existenz grundsätzlich in Frage stellt, in ständiger Angst. Wir haben als deutsche politische Jugendorganisation die historische Verantwortung, Israel für den Fall einer konkreten Bedrohung stets Unterstützung zukommen zu lassen.

Um das Existenzrecht Israels langfristig international sicherzustellen, sehen wir es jedoch gleichzeitig als notwendig an, dass die palästinensische Gesellschaft einen eigenständigen und überlebensfähigen Staat mit allen dafür erforderlichen Infrastrukturbedingungen erhält. Wir erkennen dabei, dass viele PalästinenserInnen in großer Armut und Verzweiflung leben und ihre aktuelle persönliche Situation der zum großen Teil vorherrschenden Abhängigkeit zur rechten israelischen Regierung dafür verantwortlich macht. Dies führt unweigerlich zu Wut, Hass und voreingenommenen negativen Assoziationen gegenüber dem gesamten jüdischen Volk.

Wir Jusos stehen daher hinter unserem Ansatz der doppelten Solidarität. Dies ist unserer Auffassung nach die Voraussetzung, dass beide Völker in direkter Nachbarschaft in Frieden und Sicherheit leben können. Um den oft in kriegerischen Auseinandersetzungen vorherrschenden Konflikt der beiden Gesellschaften zu lösen, sehen wir es als unabdingbar, dass Friedensverhandlungen zwischen Israelis und PalästinenserInnen aufgenommen werden, bei der beide Seiten diese Zwei-Staaten-Lösung und den sofortigen Stopp des Siedlungsbaus auf palästinensischen Gebiet als Minimalkonsens in die Verhandlungen einbringen.

Unser Ziel ist es als Jusos die linken, progressiven Kräfte in beiden Gesellschaften zu unterstützen, einen erneuten Friedensprozess zu starten. Dazu stehen wir auch weiterhin absolut hinter dem Konzept des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem (WBC), welches das Ziel verfolgt, trilaterale Beziehungen zu den progressiven Kräften unserer internationalen PartnerInnenorganisationen und weiteren NGOs aufrecht zu erhalten.

3.7 Golden Eye

Arbeit von Geheimdiensten kontrollieren

Die Arbeit der drei deutschen Geheimdienste, der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärische Abschirmungsdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit seinen 16 Landesverfassungsschutzämtern, ist in den letzten Jahren stets in die öffentliche Kritik geraten. Ob Ermittlungsspannen in der Mordserie der NSU, Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten hinsichtlich Spionagen auf eigenem Staatsgebiet oder nicht weiterverfolgten Hinweisen über verfassungsfeindliche Bundeswehroffiziere: Die Geheimdienste scheinen bei allen Pannenserie blind auf dem rechten Auge zu sein.

Ein Beleg dafür ist neben der öffentlichen Aufarbeitung von Fehlverhalten der Behörden ebenfalls die Historie der deutschen Geheimdienste, in denen es stets zu (Abhör-)Affären gegenüber Abgeordneten und weiteren EinwohnerInnen Deutschlands vor absurden Hintergründen kam.

Auch wenn man die Kritik der jeweiligen Geheimdienste differenziert ausüben und sich den Zustand jedes einzelnen Amtes genau analysieren muss, stellen wir deutlich heraus, dass alle drei In- und Auslandsgeheimdienste strukturell reformiert bzw. in der jetzigen Form abgeschafft werden müssen. Bezüglich einer Reform der Behörden merken wir an, dass Abgeordnete aus Bundes- und den Landtagen jederzeit Einblicke über die Arbeit aus allen ihnen zugeordneten Ämtern erhalten müssen. Darüber hinaus dürfen wissenschaftlich obsoletere Ansichten wie die Extremismusklausel keine Grundlage für geheimdienstliche Arbeit sein. Bezüglich einer grundsätzlichen

Abschaffung fügen wir an, dass wir den Sinn und Zweck des MAD nicht nachvollziehen können, da seine Aufgabenbereiche sowohl von den Verfassungsschutzämtern und dem BND ausgeführt werden können. Letztlich wollen wir auch die Prüfung der Notwendigkeit von Verfassungsschutzbehörden vorantreiben, da wir davon ausgehen, dass eine in sich gefestigte Demokratie nach dem Zusammenbruch einer in direkter Nachbarschaft befindlichen diktatorischen Weltmacht zum einen durch andere Instrumente wie Meinungs- und Pressefreiheit sowie durch einen Ausbau der demokratisch legitimierten Polizeinfrastruktur geschützt bleibt.

3.8 Jagd auf Dr. No

Rechte Strukturen bekämpfen

Wir kämpfen als Jusos gegen alle Formen von nationalistischen und völkischen Ideologien. Vor allem das Erstarken der AfD, rechten Teilen der Union und autonomen rechtsradikalen Organisationen in den letzten Jahren macht deutlich wie wichtig der Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland ist. Doch auch international gibt es seit Jahren deutliche Zeichen dafür, dass rechtes Gedankengut in weltweiten Gesellschaften wieder salonfähig wird. Das zeigen die Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien und Einzelpersonen in zahlreichen europäischen Ländern oder in den USA. Die jeweiligen innenpolitischen Entwicklungen sind dementsprechend für uns erschreckend, gesellschaftliche Abschottung statt Öffnung scheint für breite Bevölkerungsschichten die Antwort auf viele gesellschaftlichen Herausforderungen zu sein.

Auch die Presse- und Meinungsfreiheit wird teilweise in Frage gestellt oder gar unterbunden. Dies sind selbstverständlich nicht unsere Antworten. Wir folgen dem Leitbild, dass alle Menschen gleich sind. Abschottungen lösen keine Probleme sondern schüren weitere Konflikte und auch die Presse- und Meinungsfreiheit muss sämtlichen Menschen gewährt werden. Wir stellen uns klar gegen jede Form von rassistischen, antisemitischen, demokratiefeindlichen und völkischen Ideologien oder anders formuliert gegen alle Formen, in der Menschen andere Menschen diskriminieren.

Daher kämpfen wir speziell in unserer Region gegen alle Organisationen und Einzelpersonen, die diese Inhalte verkörpern und weiterverbreiten.

3.9 Der Mann mit dem goldenen Colt

Für eine anonymisierte Polizeikennzeichnung

In jeder Berufsgruppe finden sich so genannte „Schwarze Schafe“ wieder. So auch bei der Polizei: Während sich eine große Mehrheit aller im Polizeidienst tätige Personen korrekt und gesetzesmäßig verhält, kommt es bei Polizeieinsätzen vor allem während Demonstrationen oft dazu, dass sich eine Minderheit von Beamten unverhältnismäßig gewalttätig zeigt.

Um den Opfern von ungesetzlicher Polizeigewalt eine Möglichkeit zu bieten sich juristisch gegen diese Einzeltäter zu wehren und damit diese „Schwarzen Schafe“ zu identifizieren und aus dem Polizeidienst zu entfernen, setzen wir uns für eine bundesweit anonymisierte Kennzeichnung von PolizistInnen im Außendienst ein. Die Kennzeichnung soll dabei mit einem alphanumerischen Code auf der Uniform deutlich sichtbar sein. Der Vorteil der anonymisierten Kennzeichnung ist, dass sich einzelne PolizistInnen nicht der Gefahr ausgesetzt fühlen, in ihrem Privatleben verfolgt zu werden.

Letztlich erkennen wir durch die Kennzeichnung nur Vorteile für alle betroffenen Gruppen: Den Opfern von ungerechtfertigter Polizeigewalt, den unschuldigen PolizeibeamtInnen und der gesamten Polizei als Institution.

4. Der Club der toten Dichter – Bildung, Studium und Ausbildung
Bildung ist für uns Jusos ein elementares Thema. Wir sehen in der Bildung einen zentralen Baustein zur Realisierung des Demokratischen Sozialismus, indem Menschen die realen Verhältnisse in der Gesellschaft kritisch analysieren, reflektieren und neue Antworten auf innere gesellschaftliche Widersprüche finden. Letztlich besitzt das Thema Bildung aber auch für uns als Jugendorganisation aufgrund der Zielgruppenorientierung eine Sonderrolle, welche wir im Folgenden durch konkrete Bildungsvorstellungen unsererseits darstellen.

4.1 Das verwunschene Kind Qualität in KITAs kostenfrei sicherstellen

Wir legen einen Schwerpunkt darauf, dass die Qualität der frühkindlichen Bildung in den staatlichen KITA-Einrichtungen erhöht werden muss und gleichzeitig alle ökonomischen Hemmnisse für Eltern abgebaut werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Bildung in Deutschland als Grundrecht anerkannt wird, welches allen Gesellschaftsmitgliedern kostenfrei zur Verfügung gestellt wird- von der KITA an. Die Kostenfreiheit soll insbesondere durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer, die wir in Punkt 1.9 erläutert haben, finanziert werden. Rückständige Forderungen aus Reihen der Union nach einer Herdprämie lehnen wir mit aller Entschiedenheit als strukturkonservatives Element ab, welche reell vor allem Frauen in eine Rolle der Erzieherin und Haushälterin degradiert.

4.2 Hogwarts

Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen ausbauen

Deutschland ist weltweit das einzige Land, in dem es ein dreigliedriges Schulsystem nach dem vierten Schuljahrgang gibt. Erwiesenermaßen trägt das dreigliedrige System dazu bei, dass sich ökonomisch-familiäre Verhältnisse über Generationen hinweg konservieren. Oder um es deutlicher zu formulieren: Wer in armen Verhältnissen geboren wird, kommt auf die Hauptschule und bleibt angesichts der heutigen und zukünftigen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt arm, nach dem Motto „Zeig mir, wo Du herkommst und ich zeige Dir, wo Du hingehörst“. Andererseits erhalten Kinder aus akademischen Haushalten hierzulande überdurchschnittlich stark das Abitur auf dem traditionellen Weg über das Gymnasium. Wir Jusos sehen daher in dem dreigliedrigen Schulsystem das letzte Überbleibsel der Feudalgesellschaft. Dieser Zustand muss überwunden werden, um Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dies wollen wir durch den Ausbau von Gesamtschulen realisieren, welche langfristig die derzeitige Schulmodelle ersetzen sollen. Darüber hinaus sind weitere Strukturreformen erforderlich, damit die individuellen Stärken von SchülerInnen gefördert werden. In diesem Zusammenhang muss ein Umdenken in der Schulstruktur einhergehen, beispielsweise, dass sich zukünftig die Klassen nicht mehr als Altersjahrgänge sondern vielmehr nach individuellen Stärken bzw. Schwächen des jeweiligen Lernfaches konstituieren („Talentklassen“).

4.3 Der Stein der Weisen KiWi-Prinzip ablehnen

In den letzten Jahrzehnten mussten wir immer wieder feststellen, dass Bildung an allgemeinbildenden Schulen immer mehr auf die Ausbildung, also auf die Verwertbarkeit für gewinnorientierte Unternehmen in unserem kapitalistischen System reduziert wird. Dieses Prinzip ist auch unter dem Schlagwort KiWi („Kinder für die Wirtschaft“) bekannt. Wir wollen, dass allgemeinbildende Schulen komplett frei von wirtschaftlichen Interessen ihren Unterricht abhalten können. Dazu sind insbesondere folgende zwei Punkte zu beachten:

1. Das Sponsoring von Wirtschaftsunternehmen hinsichtlich von 30 Unterrichtsmaterialien sollen unterbunden werden, damit Schulen weiterhin unabhängig von einzelnen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden ihre Unterrichtsinhalte gestalten können. Denn die Unterrichtsinhalte dürfen sich dabei nicht auf mögliche Einsetzbarkeit in späteren Berufsfelder niederschlagen sondern vielmehr unabhängig davon wissenschaftlich aufbereitet werden. Schulbildung soll also dazu führen, dass sich junge Menschen kritisch mit wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Inhalten auseinandersetzen können, um später ein emanzipiertes Leben zu bestreiten.
2. Veranstaltungen von WirtschaftsvertreterInnen oder VertreterInnen aus staatlichen Institutionen wie der Bundeswehr müssen aus dem Schulunterricht bzw. aus der Schule ferngehalten werden. Vor allem junge Menschen sind anfällig dafür, dass sie auf Werbeveranstaltungen, die als Informationsveranstaltung getarnt sind, ohne kritischen Bezug auf die jeweilige Organisation ein zu einseitiges Bild erhalten. Eine Ausnahme hiervon stellt der Berufsinformationstag dar, auf dem sich verschiedene Unternehmen aus Deutschland und der jeweiligen Region vorstellen können.

4.4 Die Kammer des Schreckens Sitzenbleiben und Noten abschaffen

Wir Jusos stehen für ein soziales Lernen ein, welches sich vom derzeitigen „Konkurrenzlernen“ abgrenzt. Das heißt für uns vor allem, dass wir uns von zwei zentralen Bausteinen in der heutigen Bildungslandschaft verabschieden: Der Wiederholung einer Klassenstufe und der Vergabe von Noten. Denn zu den potentiell einschneidendsten sozialen Ereignissen eines jungen Menschen gehört die Wiederholung der Schulklasse, welches oft mit dem Verlust seines sozialen Umfelds einhergeht. Das „Sitzenbleiben“ fördert also die Ausgrenzung und das Gefühl „versagt zu haben“ für junge Menschen. Dies können wir als Jusos nicht unterstützen. Es gibt andere Wege und Mittel, die Förderung von jungen Menschen zu gewährleisten. Mit unserem im Punkt 4.2 erläuterten Modell der „Talentklassen“ erübrigt sich für uns dieser für viele junge Menschen schwere Weg der Wiederholung.

Darüber hinaus wollen wir die Benotung an Schulen in der derzeitigen Form abschaffen. Mit dem Bewertungssystem von 1-6 wird aus unserer Sicht zu wenig differenziert auf die individuelle Entwicklung eines jungen Menschen eingegangen. Es fördert darüber hinaus das Pauken bzw. Bulimie-Lernen von einzelnen Aspekten der Lehrinhalte und nicht das Verständnis der zu erlernenden Inhalte im Gesamtkontext. Die Schulnote ist dahingehend nur eine reine Zahl, die Leistungsdruck auf jedeN SchülerIn und gleichzeitig einen Konkurrenzdruck innerhalb von Schulklassen und Freundeskreisen ausübt, welche von Kindesalter an gesellschaftliche Leitbilder der „Ellenbogenmentalität“ nach dem Motto fördert „Hauptsache ich stehe besser da als andere“.

Wir Jusos folgen einem anderen gesellschaftlichen Leitbild, welches sich dadurch auszeichnet, dass wir als Individuen gemeinsam mehr erreichen können, wenn wir zusammen arbeiten. Zur Realisierung dieses Leitbilds wollen wir deshalb schon früh

damit beginnen, andere Bewertungsmaßstäbe wie individuelle Rückmeldungen der Lehrkräfte an Eltern und SchülerInnen umzusetzen. Ergänzt werden kann dieser Bewertungsmaßstab mit Förderunterricht von talentierten SchülerInnen für SchülerInnen, die in einem Fach einen längeren Zeitraum benötigen, um die Lerninhalte zu verstehen.

4.5 Der Orden des Phönix

SchülerInnen- und Studierendenvertretungen stärken

Demokratie darf nicht am Schultor enden! Viele Entscheidungen an den Schulen in Niedersachsen werden dennoch von den Schulvorständen und Schulleitungen getroffen, in denen SchülerInnenvertretungen (SV) kein oder nur ein stark eingeschränktes Mitspracherecht haben. Dies wollen wir ändern. Wir fordern daher, dass Entscheidungen an Schulen auf sämtlichen Ebenen nur von drittelparitätisch besetzter Gremien zwischen Lehrkräften, ElternvertreterInnen und der SV getroffen werden. Vor allem für junge Menschen ist es entscheidend, dass sie sich durch demokratische Entscheidungsstrukturen Gehör verschaffen können und damit der Demokratie von Kindheit an positiv gegenüber stehen.

Langfristig sehen wir es aber auch als notwendig an, dass man die Struktur der Entscheidungsgremien an den staatlichen Schulen in Niedersachsen überarbeitet. Es gibt in Deutschland dahingehend bereits einige Alternativschulmodelle im privaten Sektor, die Entscheidungen unter starker Mitnahme der Schülerinnen und Schüler treffen. Diese wollen wir im Einzelnen analysieren und das für uns bestmögliche Modell in die innerparteiliche Debatte zur Strukturreform hineinbringen.

Auch die Studierendenvertretungen müssen stärker an Entscheidungen innerhalb universitärer Entscheidungsgremien in Bezug auf Verwaltungs-, Finanz- und Personalfragen beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für eine vollparitätische Besetzung studentischer Vertretungen auf allen Ebenen ein.

4.6 Die Heiligtümer des Todes

Universitäten sind keine Berufsausbildungsanstalten

Wir Jusos sehen in der Wissenschaft ein Mittel, Menschen über nicht begriffene Machtstrukturen innerhalb der Gesellschaft aufzuklären anstatt sie als naturgegeben anzuerkennen und sich nicht mehr kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen oder gar Widersprüche im gesellschaftlich-wissenschaftlichen Bereich zu entlarven. Für uns ist daher klar, dass Bildung an Hochschulen über eine wirtschaftliche Verwertbarkeit der vermittelten Lehrinhalte hinausgehen muss. Öffentliche Universitäten sind keine wirtschaftsnahen Berufsausbildungsinstitutionen, die ökonomisches Interesse verfolgen sollen. Öffentliche Universitäten sollen auch frei zugänglich sein. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, dass sämtliche Zulassungsbeschränkungen zu Universitäten und innerhalb von Universitäten hinsichtlich der Studienfachauswahl oder der Möglichkeit einen Masterstudiengang zu beginnen abgeschafft werden müssen.

Gleichzeitig stehen wir für eine flexiblere Ausgestaltung der Lehrpläne innerhalb von Studiengängen ein, schließlich geht es in einem wissenschaftlichen Studium auch darum individuelle Lernprozesse jenseits starrer Vorgaben zu gewährleisten.

4.7 Der Gefangene von Askaban

Elternunabhängiges BAföG einführen

Studierende müssen darüber hinaus die Möglichkeit haben, sich unabhängig von ihrer ökonomischen Herkunft voll auf ihr Studium zu konzentrieren, ohne dass die

Notwendigkeit zur Aufnahme einer Nebenbeschäftigung auftritt. Deshalb stehen wir dafür ein, dass die BAföG-Regelsätze erhöht werden. Da sich viele StudienabsolventInnen mit einem enormen Schuldenberg konfrontiert sehen und nicht jeder abgeschlossene Studienberuf mit einem hohen Gehalt einhergeht, setzen wir uns dafür ein, dass Leistungen aus dem BAföG - wie in der Zeit als es erstmals eingeführt wurde - als Vollzuschuss, also nicht anteilig als Darlehen gewährt wird. Darüber hinaus sehen wir, dass viele Eltern aus akademischen Kreisen bereits einen „Plan“ für ihre Kinder verfolgen. Sie sind der Meinung, dass sie besser wissen, was gut für ihr Kind ist und üben entsprechenden Druck bei der Studienwahl nach dem Motto aus: „Entweder Du studierst dieses Fach oder es gibt keine finanzielle Unterstützung.“

Wir wollen, dass junge Menschen sich von ihren Eltern emanzipieren können, ein selbstbestimmtes Leben führen und sich unter anderem auch unabhängig vom Elternwillen für ein Studium ihrer Wahl entscheiden. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines BAföGs ein, welches unabhängig vom Geldbeutel der Eltern an Studierende ausgezahlt wird. Eine Finanzierung hierfür ist unter anderem durch unsere bereits erläuterten Steuerpläne sowie durch die Einstellung der Finanzierung von Eliteförderprogramme wie dem sogenannten „Deutschland-Stipendium“ zu gewährleisten.

4.8 Der Halbblutprinz Duale Ausbildung stärken

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland wird weltweit als vorbildlich betrachtet. Während einE AuszubildendeR hierzulande die berufspraktische Ausbildung im Betrieb erlebt, erhält er oder sie die berufstheoretischen Inhalte sowie allgemeinbildenden Unterricht über eine berufsbildende Schule. Dies trägt dazu bei, dass man nach der Ausbildung relativ problemlos in anderen – auch branchenfremden – Betrieben einer Erwerbsarbeit nachgehen kann.

Doch seit Jahren verliert das duale Ausbildungssystem durch den Anstieg von Studierenden an (Fach-)Hochschulen bzw. Universitäten an Bedeutung. Zeitgleich klagen die überwiegende Zahl von Gewerkschaftsjugendlichen und Ausbildungssuchende an, dass von der Wirtschaft nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Wir Jusos möchten beiden Fehlentwicklungen entgegentreten. Zur Steigerung der Attraktivität der klassischen Berufsausbildung sehen wir die Notwendigkeit, die Herausforderungen der zukünftigen Entwicklung am Arbeitsmarkt hinsichtlich des Themas Arbeit 4.0 auf die derzeitige Struktur der Ausbildungsberufe anzupassen. Hier sind die Industrie und Handelskammer (IHK) und die Handwerkskammer (HWK) aufgefordert gemeinsam mit den politischen Akteuren eine Reform der bundesweit einheitlichen und starren Rahmenlehrpläne hin zu einer Art „Allround Studi“ öffnen.

Außerdem müssen sämtliche Ausbildungsberufe durch eine Mindestauszubildendenvergütung in Höhe von mindestens vier Fünfteln des aktuell gesetzlichen Mindestlohns gekennzeichnet sein. Darüber hinaus hat die Wirtschaft die Pflicht genug Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen. Nachdem freiwillige Vereinbarungen zwischen Politik und Wirtschaft in der Vergangenheit nicht zu diesem Ziel geführt haben (Ausbildungspakt), fordern wir die Einführung der Ausbildungsplatzumlage. Wir sehen in diesem Instrument das beste Mittel, um das Urteil vom Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 1995 gerecht zu werden. Demnach müssen 7% aller Beschäftigungsstellen in einem Unternehmen Ausbildungsstellen sein. Unternehmen, die weniger Personen innerhalb der

Belegschaft ausbilden, müssen eine Strafzahlung in einen Fonds einzahlen, aus dem sich wieder die Unternehmen bedienen dürfen, die überdurchschnittlich vielen jungen Menschen eine Lebensperspektive aufzeigen.

5. The Day After Tomorrow – Umwelt, Energie und Verkehr

Der Juso-Bezirk Braunschweig war im Bundesverband jahrelang für seine starke umweltpolitische Ausrichtung bekannt. Eine stärkere Fokussierung in diesem Themenbereich ist auch heute von großer Relevanz. Schließlich ist eine saubere Umwelt die Voraussetzung dafür, dass Menschen weltweit ein gesundes Leben frei von Naturkatastrophen führen können. Daher beschäftigen wir uns in den folgenden Passagen mit den zentralsten umweltpolitischen Aspekten, die unter anderem auch den hiesigen Energiesektor und die Verkehrsinfrastruktur beleuchten. Insbesondere das Scheitern des aktuellen Systems eine Antwort auf den Klimawandel zu finden, ist das Merkmal für seine Dysfunktionalität. Die soziale Frage liegt vor allem darin, dass viele Orte, besonders solchen in denen kapitalistisch ärmere Länder liegen, zukünftig nicht mehr bewohnbar sein werden. Ergo nimmt der Kapitalismus mit seinem scheinbar grenzenlosen Konsum den dort lebenden Menschen nicht nur jeglichen Anspruch auf finanzielles Überleben, sondern auch die Lebensgrundlage an sich.“

5.1 Zurück in die Zukunft

Re-Kommunalisierung von Energiekonzernen

Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass öffentliche Aufgaben, die der Grundversorgung der Bevölkerung dienen, auch von der öffentlichen Hand bedient werden. Dazu gehört insbesondere die Strom- und Wasserversorgung der Menschen in unserer Gesellschaft. Wir setzen in diesen Bereichen auf dezentrale Unternehmen, die vor Ort die Ressourcen kostengünstig zur Verfügung stellen. Die nutzergerechte Versorgung dieser Güter ist ein öffentliches Interesse, deshalb stellen wir uns gegen sämtliche Privatisierungspläne.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass (teil-)privatisierte Unternehmen in diesem Bereich wieder vollständig rekommunalisiert werden.

5.2 Zurück in die Zukunft Teil 2

Erneuerbare statt fossile Energien

Der Wandel im Energiebereich schreitet voran. Während in Deutschland bis zum Jahr 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, steigt der Anteil an erneuerbaren Energien bei der Versorgung der Bevölkerung kontinuierlich an. Unser Ziel bleibt dabei langfristig die Vollversorgung des gesellschaftlichen Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu erreichen. Dabei muss nun der nächste Schritt eingeläutet werden. Wir benötigen eine feste Zielsetzung, in welchem Zeitraum der Ausstieg aus der umweltschädlichen Kohlekraft erfolgen soll. In diesem Zusammenhang sehen wir in der Abscheidung, Speicherung und Wiederverweudung von Kohlenstoffdioxid (CCS & CCR) auf Basis der ökologischen Nachhaltigkeit kein geeignetes Energieversorgungsmittel, da diese Technologie gegenteilige Anreize schafft, den Verbrauch an fossilen Rohstoffen 65 zu reduzieren. Darüber hinaus sehen wir im Verfahren des „Hydraulic Fracturing“ (kurz: „Fracking“) zur Erdöl- und Erdgasförderung eine zu große umweltpolitische Gefahr, da die geförderten Ressourcen das zum Trinkwasser genutzte Grundwasser verunreinigen können. Wir lehnen aus diesen und weiteren Gründen Fracking ab. Stattdessen setzen wir auf einen erneuerbaren Energiemix aus Solar-, Wind-, Wasser-, und Erdwärmeenergie mit entsprechenden staatlichen Förderungen dieser Energiezweige bei zeitgleichem Abbau der Förderung von fossilen Energieträgern.

Wir möchten aus Deutschland ein Vorzeigeland machen und die erste Volkswirtschaft sein, die innerhalb dieses Jahrhunderts aus erneuerbaren Energiequellen alle gesellschaftlichen Bedarfe bedient, sodass auch andere Länder weltweit der globalen Erderwärmung durch steigende CO₂-Emissionen entgegentreten. Bei dem Energiewandel ist insbesondere darauf zu achten, dass dezentrale Energiestrukturen geschaffen werden, anstatt einseitig auf zentrale Projekte wie Offshore-Windparks zu setzen.

5.3 Zurück in die Zukunft Teil 3

Streckenausbau und Attraktivität im ÖPNV vorantreiben

Unser Ziel bleibt es den motorisierten Individualverkehr durch die Schaffung von attraktiven Strukturen im öffentlichen Personennah- und -fernverkehr zu verdrängen. Das bedeutet, dass wir uns für weitere Streckenerschließungen und Taktzeitverbesserungen in kommunalen und interkommunalen Zusammenhängen stark machen. Um vor allem jungen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft möglichst uneingeschränkt zu ermöglichen, fordern wir einen bundesweit kostenlosen ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler. Perspektivisch soll diese Kostenfreiheit auch auf alle weiteren Personengruppen fahrscheinlos umgesetzt werden.

Außerdem möchten wir den Aufbau eines interkommunalen Nachtlinienverkehrsnetzes in unserer Region vorantreiben. Wir setzen dabei auch langfristig darauf, dass der schienengebundene Nahverkehr auf- und ausgebaut wird, da hierdurch unter anderem mehr Menschen effizienter transportiert werden können.

Aber auch für die Fernverkehrsstrecken müssen die Verbindungen ansteigen. Wir setzen uns für den Anstieg von Haltepunkten auf dem Streckennetz der Deutschen Bahn in Städten und Gemeinden bei gleichzeitiger Verbesserung der Taktzeiten bundesweit ein.

In diesem Zusammenhang stellen wir uns gegen die Abwicklung des Zugverkehrs durch private Unternehmen auf den Gleisstrecken der Deutschen Bahn. Diese haben in der Vergangenheit die Qualität der Fahrten durch zunehmende Zugausfällen oder Stromausfällen innerhalb der Fahrzeuge verschlechtert.

5.4 Minority Report

E-Mobilität fördern

Auch wenn wir für uns der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes an erster Stelle steht, sind wir uns der Tatsache bewusst, dass der motorisierte Individualverkehr auch in Zukunft eine Rolle spielen wird. Wir wollen uns daher ebenfalls darum kümmern, dass dieser Verkehrsweg zukunftsfähig umgestaltet wird. Da wir uns dafür einsetzen, die Gewinnung von Strom in Deutschland schnellstmöglich zu 100% aus erneuerbaren Energien zu produzieren, befürworten wir eine staatlich geförderte strukturelle Neuausrichtung der Automobilindustrie, den Anteil von Elektroautos für alle produzierten Neufahrzeuge stetig zu erhöhen. Dies muss parallel mit einem Ausbau von Elektrotankstellen bundesweit begleitet werden.

5.5 Höllentour

Fahrradinfrastruktur ausbauen

Wir Jusos stehen seit Jahren dafür ein, dass sich die Fahrradinfrastruktur innerhalb der Städte aus umwelt- und gesundheitspolitischen Aspekten verbessert. Neben dem Ausbau von Fahrradwegen neben der Straße oder aus Platznot begründeten

Etablierungen von Fahrradstraßen, möchten wir zunehmend auf ein breites Angebot staatlich organisierter BikeSharing-Modelle hinarbeiten.

Doch wir wollen auch die Situation für FahrradfahrerInnen verbessern, die oft zwischen Dörfern oder gar Kommunen pendeln. Zwar gibt es in unserer Region über einige Landstraßen und Feldwege bereits gut erschlossene Fahrradwege, diese sind aber oft nicht eindeutig miteinander verbunden bzw. bestehende Verbindungen sind als solche nicht gut genug gekennzeichnet. Diesen Missstand wollen wir beheben und außerdem dafür Sorge tragen, dass wir perspektivisch alle Bundes- und Landstraßen nach Möglichkeit mit separierten Fahrradwegen neben der KfZ-Fahrspur ausstatten.

5.6 Wall-E

Weltweite Umweltverschmutzung eindämmen

Wenn man von dem Ziel zur Eindämmung der weltweiten Umweltverschmutzung spricht, weiß man gar nicht, wo man genau anfangen soll: So tragen neben der bereits aufgeführten Beschreibung zur Vermeidung von CO₂-Emissionen, die zum allgemeinen Klimawandel beitragen soll, andere Faktoren momentan noch dazu bei, dass die weltweiten ökologischen Belastungen noch immer zunehmen.

Zu nennen sind hierbei vor allem die konkret-spürbare Luftverschmutzungen durch Staub und Ruß, Wasserverschmutzungen durch ungeklärte (Plastik-)Abfälle oder die Rodung von (Regen-)Wäldern. Dieser Tatsache wollen wir mit dem Motto „Global denken, lokal handeln“ begegnen. Anstatt große Erwartungshaltungen in Bezug auf bald stattfindende Weltklimakonferenzen zu schüren, die bis auf eine Ausnahme immer der Enttäuschung endeten, dass man sich international entweder gar nicht oder nur auf so geringe Minimalziele einigen konnte, die weder ausreichend dafür sind den Klimawandel aufzuhalten noch einen rechtsverbindlichen Charakter haben, müssen wir innerhalb unseres Wirkungsbereiches dafür kämpfen, Ziele darüber hinaus zu definieren, die den Umweltschutz weiter voranbringen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das von der EU verabschiedete Verbot zur Herausgabe von Plastiktüten im Einzelhandel. Weiterhin sollte Deutschland als eines der größten Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen und viel mehr zur Umweltentlastung beitragen als bisher.

Dagegen sprechen wir uns gegen den Handel von Emissionsrechten aus, da er falsch konstruiert ist. Der Emissionshandel schafft nämlich wirtschaftliche Anreize für Unternehmen, in jedem Fall nicht mehr zum Umweltschutz beizutragen als es internationale Minimalziele formuliert haben.

6. Rogue One: A Juso-Story – Unser Verhältnis zu anderen Organisationen

Wir Jusos wollen auch zukünftig an dem Konzept der Doppelstrategie festhalten. Das heißt, dass wir uns einerseits als sozialpolitisches Gewissen in der SPD verstehen und innerhalb der Partei dafür kämpfen für progressive Inhalte Mehrheiten zu organisieren. Diese Inhalte sollen anschließend parlamentarisch eingebracht und umgesetzt werden.

Zum anderen schmoren wir aber nicht nur im eigenen Saft. Wir sind auch Teil der außerparlamentarischen Bewegung und wollen mit linken Jugendorganisationen und politischen Bündnissen zusammenarbeiten.

Als wichtigste NGOs sind hierbei die Gewerkschaftsjugend des DGB, Jugendorganisationen von Umweltverbänden sowie vor Ort existierende Bündnisse gegen Rechts zu nennen. Im Folgenden werden wir uns abweichend davon aber insbesondere mit unserem Verhältnis zu unserer Mutterpartei, anderer

parteilichen Konkurrenzen sowie mit unserem Positionsverständnis innerhalb des Juso-Verbands beschäftigen.

6.1 Eine neue Hoffnung

Erneuerung der SPD schreitet voran

Die SPD befindet sich noch immer mitten im Erneuerungsprozess, an dem wir Jusos erheblich mitwirken. Wir stehen als SozialdemokratInnen unter anderem für einen gesetzlichen Mindestlohn, die Einführung von Frauenquoten in Entscheidungsgremien großer Unternehmen, ein Recht auf Ausbildung, für die Einführung der BürgerInnenversicherung, für Steuerreformen, die der Verteilungsgerechtigkeit dienen und weitere sozialpolitischen Reformen auf dem Arbeitsmarkt.

Einige unserer inhaltlichen Positionen konnten dabei schon in die Realität umgesetzt werden - wenn auch koalitionsbedingt mit Abstrichen. Viele dieser inhaltlichen Erneuerungen sind uns Jusos zu verdanken. Denn sie sind innerparteilich nicht vom Baum gefallen und mussten auf Parteitagen zum Teil hart erkämpft werden. Und auch heute müssen wir aufpassen, dass unsere Mutterpartei nicht in Verhaltensmuster zurückkehrt, von denen wir dachten, dass sie überwunden sind. Aber auch zu inhaltlich konkreten Themen wie der Vorratsdatenspeicherung, zu der der Umgang einiger Führungskräfte innerhalb der SPD zumindest fragwürdig war, gilt es weiterhin aufzuarbeiten, damit sich unsere Partei auch neben weiterhin inhaltlich und organisationspolitisch weiterentwickeln kann. Auch personell ist die SPD gut aufgestellt. Die meisten führenden Köpfe in unserer Partei werden mittlerweile nicht mehr mit dem zum Teil neoliberalen Regierungshandeln der SPD zu Beginn dieses Jahrtausends identifiziert. Weiterhin gilt für uns festzuhalten: Personen sind in der Partei wie Schall und Rauch. Personen kommen und gehen. Was bleibt, sind die Inhalte, deshalb legen wir auch insbesondere auf die inhaltliche Weiterentwicklung unserer Partei einen besonderen Schwerpunkt.

6.2 Die dunkle Bedrohung

Bekämpfung der AfD

Jahrelang schien Deutschland im internationalen Vergleich ein Staat zu sein, indem rechte Parteien jenseits konservativer Konkurrenz um CDU und CSU bundesweit keine Chance auf Wahlerfolge hätten. Dies hat sich mit dem Erscheinen und der Etablierung der AfD verändert. Inzwischen sitzt die AfD in fast jedem Landesparlament, aller Voraussicht nach wird sie auch in den nächsten Bundestag einziehen. Dieser Umstand macht es erforderlich, dass wir uns mit den Inhalten dieser Partei auseinandersetzen und die offen rassistischen Thesen öffentlich kritisieren.

Denn die Partei steht gegen alles ein, wofür wir Jusos und SPD stehen: Ob es die Abschaffung der Eurozone, eine grundsätzliche Abschottungspolitik gegenüber allen Nationen weltweit, die Verbreitung nationalistischer und antisemitischer Rhetorik oder die Befürwortungen von Schussbefehlen gegenüber Flüchtlingen an deutschen Grenzen betrifft, für uns ist klar: Diese Alternative ist keine Alternative. Wir lehnen aus diesem Grund auch jegliche parlamentarische und außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD und deren Jugendorganisation ab.

Noch mehr: Wir werden bei großen Wahlkampfveranstaltungen und Kundgebungen dieser Partei in unserer Region als Jusos gemeinsam auf die Straße gehen und Flagge für eine offene und tolerante Gesellschaft zeigen. Wir kämpfen in Zukunft dafür, die Bevölkerung von unserem Gesellschaftsleitbild zu überzeugen und somit unseren Teil dazu beizutragen, dass die AfD in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwindet.

6.3 Die Rache der Sith Umgang mit der Union

Die regierende Zusammenarbeit mit CDU und CSU über kommunale Grenzen hinweg kann aus unserer Sicht nur dem Zweck geschuldet sein, dass es keine andere Möglichkeit gibt, sozialdemokratische Reformpolitik im Bund und in den Ländern durchzusetzen. Für uns ist klar, dass wir einen Großteil sozialdemokratischer Ausrichtungen für die gesamte Gesellschaft mit der Union nicht realisieren können. Gleichzeitig lehnen wir viele Inhalte von CDU und CSU ab. Als Beispiel seien die PKW-Maut für Ausländer, das Verbot einer doppelten Staatsbürgerschaft und die Herdprämie genannt. Unabhängig davon hat sich gezeigt, dass sich zwar einerseits einige SPD-Inhalte mit der Union durchsetzen lassen, allerdings oft nur mit starken Einschränkungen. Das war beispielsweise in Bezug auf den Mindestlohn, auf die Frauenquote in Aufsichtsräten oder dem Entgelttransparenzgesetz der Fall. Deshalb stellt eine gemeinsame Regierung mit der Union aus unserer Sicht die schlechteste Regierungsoption für uns dar.

Noch stärker als von den Parteien grenzen wir uns als Jusos von deren Jugendorganisation, der Jungen Union (JU), ab. Denn während die meisten parteipolitischen Jugendorganisationen progressivere Inhalte als ihre jeweilige Mutterpartei vertreten, verortet sich die JU zum Teil rechts von der CDU oder adaptiert lediglich inhaltliche Beschlusslagen der Unionsparteien. Dies zeigt sich anhand aktueller Beschlusslagen zur Obergrenze von Flüchtlingen oder den Verboten zur doppelten Staatsbürgerschaft sowie des Adoptionsrechts für homosexuelle Paare. Deshalb kommt eine Zusammenarbeit mit der JU nicht in Frage.

6.4 Das Imperium schlägt zurück FDP als Regierungspartner?

Bei der Bundestagswahl 2013 wurde die FDP für ihre Fokussierung als Partei abgestraft, die rein auf Wirtschaftsliberalität, Steuersenkungen und Sozialstaatsabbau setzt. Viele politische Beobachter haben ihr ein langes Dasein im außerparlamentarischen Betrieb prognostiziert. Doch damit weit gefehlt. Inzwischen hat sich die Partei programmatisch breiter aufgestellt und tritt in der Öffentlichkeit stärker als Bürgerrechtspartei auf.

Resultat daraus waren Erfolge bei vielen Landtagswahlen und die bundesweite Etablierung in Umfragen jenseits der 5%-Hürde. Dieser Tendenz stehen wir grundsätzlich positiv entgegen, vergessen dabei aber nicht, dass die FDP größtenteils immer noch von neoliberalen Gedankengut geprägt ist. Für uns ist damit klar, dass mögliche Koalitionsoptionen mit der FDP seitens der SPD nur eingegangen werden können, wenn diese nicht auf zulasten des Sozialstaats geht.

Hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen (JuLis) sehen wir in vielen Punkten Gemeinsamkeiten. So gab es bereits landesweit gemeinsam getragene Initiativen zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, öffentliche Bekundungen zur Legalisierung von Cannabis oder zum Stopp der Vorratsdatenspeicherung. Wir erkennen aber auch, dass die JuLis keine homogene Jugendbewegung ist. Daher prüfen wir auf lokaler Ebene stets, wofür die JuLis vor Ort jeweils inhaltlich stehen, bevor eine Zusammenarbeit mit ihnen in Betracht gezogen wird.

6.5 Das Erwachen der Macht Rot-Rot-Grüne Mehrheiten nutzen

Unser bevorzugter Koalitionspartner bundes- und landesweit ist nach wie vor die grüne Partei, auch wenn wir Tendenzen innerhalb der Grünen erkennen, sich

langfristig inhaltlich auch für konservative Koalitionsmodelle aufzustellen. Angesichts der Tatsache, dass man zunehmend auf Parlamente zusteuert, die sich aus sechs Fraktionen zusammensetzen, macht es aber notwendig, dass man sich auch mit Dreierkoalitionen auseinandersetzt, damit die SPD langfristig auch weitere Regierungsoptionen neben der großen Koalition besitzt. Unsere als Jusos seit Jahren bevorzugte Variante liegt hier in der Zusammenarbeit mit den Grünen und der Partei DIE LINKE, also in einem rot-rot-grünen Bündnis (R2G). Dabei sind wir uns bewusst, dass DIE LINKE eine in sich gesplante Partei ist. Neben reformorientierten Mitgliedern in den ostdeutschen Landesverbänden, sind Teile der westdeutschen LINKEN vor allem von Personen geprägt, die so rückwärtsgewandt sind, dass sie sich auch ohne weiteres der MLPD zuordnen ließen. Außenpolitische Positionen der Partei oder einzelner Abgeordnete zur Unterlassung von humanitären Interventionen, zum Austritt Deutschlands aus der EU oder überzogen israelisch-kritischer Positionen, die man als antisemitisch bezeichnen kann, sind für uns nicht konsensfähig. Wir gehen aber davon aus, dass DIE LINKE im Rahmen von Sondierungs- und Koalitionsgesprächen auf diese Inhalte verzichtet, da sie innerhalb dieser Partei ohnehin höchst umstritten sind. Wir sehen mit beiden Parteien in jedem Fall die Situation gewährleistet wie wir den größten Teil unserer Inhalte hinsichtlich sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Fragen in ein Regierungsprogramm unterzubringen. Deshalb stellt diese Regierungsoption für uns die größte Möglichkeit dar wie wir mit parlamentarischen Mehrheiten ein sozial-ökologisch orientiertes gesamtgesellschaftliches Reformprojekt Realität werden lassen zu können.

6.6 Die letzten Jedi

Unser Verständnis vom Juso-Verband

Wir definieren uns als Jusos im Allgemeinen als linkes Gewissen innerhalb der SPD, das sich als Ziel setzt alle inhaltlichen Beschlüsse hinsichtlich sozialdemokratischer Grundwerte nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu überprüfen und entsprechend anzupassen. Damit sehen wir uns als Stachel im Fleisch unserer Mutterpartei, der nicht davor zurückschreckt auch unbequem zu agieren. Im Speziellen sehen wir uns Jusos im Bezirk Braunschweig als Teil der Juso-Bezirke, die die Jusos als eigenständigen sozialistischen, feministischen und internationalistischen Richtungsverband verstehen und sich für linke Mehrheiten in Verband, Partei und Gesellschaften einsetzen. Daher verorten wir uns als Juso-Bezirk im Bewusstsein und der Verantwortung aus der im Jahr 1969 verbandintern vollzogenen Linkswende in der Juso-Gesamtlinken. Kulturell bedingt tauschen wir uns nach Möglichkeit insbesondere innerhalb der niedersächsischen Bezirke, mit der Landesorganisation Bremen sowie mit den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Hessen-Nord und Berlin aus. Gemeinsam wollen wir dafür sorgen, dass sich die Jusos auch in Zukunft zu ihren Grundwerten bekennen und sich selbst als eigenständigen Richtungsverband verstehen, der in kritischer Solidarität mit der SPD zusammenarbeitet.

G 1	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	Bezirksvorstand	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Geschlechter in der Medizin - Gesundheit darf keine Frage des Geschlechts sein

Unser Gesundheitssystem ist genauso wie die gesamte Gesellschaft nicht frei von sexistischen Vorurteilen. Stereotype, die in der Gesellschaft existieren, lassen sich so auch in Praxen und Krankenhäusern wiederfinden. Dies wirkt sich direkt auf die Fähigkeit aus, Krankheiten zu erkennen und entsprechend zu behandeln. Das wohl meistgenannte Beispiel hierfür ist der Herzinfarkt, dessen Symptome sich bei Frauen deutlich von denen bei Männern unterscheiden können. Zwar erkranken Männer häufiger am Herzen, doch ist die Sterblichkeitsrate bei Frauen höher. Ein Grund ist, dass aufgrund unterschiedlicher Symptome Herzprobleme bei Frauen oft zu spät erkannt werden.

Denn wie auch in anderen Bereichen war die Medizin lange sehr männlich-zentriert und ist es in vielen Bereichen noch heute. So werden nicht-männliche Personen hier systematisch benachteiligt.

Doch auch für Männer können diese sexistischen Stereotype in der Gesundheit gefährlich werden. So wird bei Frauen zwar fast doppelt so oft eine Depression diagnostiziert, doch ist die Suizidrate bei Männern weitaus höher, dessen größter Risikofaktor eine Depression ist.

Dies sind nur zwei Beispiele von vielen, die verdeutlichen, dass Sexismus in der Gesundheit mitunter gefährlich werden kann.

Dennoch werden diese Aspekte im Medizinstudium häufig kaum bis gar nicht thematisiert und auch in der Forschung spielen Genderaspekte häufig noch immer keine Rolle. In Deutschland ist die Charité derzeit die einzige medizinische Fakultät mit einem Institut für Geschlechterforschung. Sowohl bei den Lehrenden als auch bei den Lernenden ist das Wissen um Gendermedizin meist sehr gering, wodurch sich bestehende Probleme immer weiter verfestigen.

Um diesen gefährlichen Stereotypen entgegenzuwirken, ist es einerseits wichtig, dass in der Forschung ein größerer Fokus auf gendersensible Aspekte gelegt wird. Denn in vielen Forschungsfeldern sind geschlechterspezifische Aspekte bisher weder erforscht, noch werden sie in die Forschung einbezogen. Gleichzeitig müssen die dort erzielten Ergebnisse jedoch auch sowohl in der Lehre als auch bei praktizierenden Ärzt*innen ankommen.

Deshalb fordern wir:

- Der Fachbereich der Gendermedizin ist mit erheblichen öffentlichen Fördermitteln auszustatten, um es für Universitäten attraktiv zu machen, Forschungszentren für Gendermedizin zu Gründen.

- Lehre von genderspezifischen Aspekten für alle Fächer im Medizinstudium und in der Ausbildung anderer medizinischer Gesundheitsberufe im Unterricht und in Prüfungsfragen
- verpflichtende Fortbildungen für praktizierende ÄrztInnen und Pflegepersonal speziell zu Gendermedizin, aber auch die Integration von geschlechterspezifischen Aspekten bei allen Fortbildungsthemen
- Medizinische Studien dort, wo es möglich, quotiert durchführen.

G 2	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Aufhebung Blutspendeverbot

Im Gesetz zur Regelung des Transfusionswesens (kurz TFG – Transfusionsgesetz) **§12 ff Verordnungsermächtigung** wird der Bundesärztekammer die Verantwortung übertragen Richtlinien zu erstellen, in denen unter anderem die Auswahl und Untersuchung der spendenden Personen festgelegt wird.

Seit der Neufassung dieser Richtlinie „Richtlinie zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Richtlinie Hämotherapie)“ in 2017, die die BÄK zusammen mit dem Paul-Ehrlich-Institut verabschiedet, gilt lt. **Absatz 2.2.4.3.2.2 Exposition mit dem Risiko, eine übertragbare Infektion zu erwerben** das Folgende:

1. Zeitlich begrenzt von der Spende zurückzustellen sind Personen
 - deren Sexualverhalten ein gegenüber der Allgemeinbevölkerung deutlich erhöhtes Übertragungsrisiko für durch Blut übertragbare schwere Infektionskrankheiten, wie HBV, HCV oder HIV, birgt, für 12 Monate:
 - (1) heterosexuelle Personen mit sexuellem Risikoverhalten, z. B. Geschlechtsverkehr mit häufig wechselnden Partnern,
 - (2) Personen, die Sexualverkehr gegen Geld oder andere Leistungen (z. B. Drogen) anbieten (männliche und weibliche Sexarbeiter),
 - (3) Männer, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM),
 - (4) transsexuelle Personen mit sexuellem Risikoverhalten

Wir fordern die Streichung der Punkte (1) – (4) im Absatz **2.2.4.3.2.2** der Richtlinie Hämotherapie, sodass die Auswahl der zurückzustellenden, spendenden Personen unabhängig von deren sexueller und geschlechtlicher Identität erfolgt.

I 1	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Salzgitter / UB Braunschweig	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Kritisch solidarisch mit der Polizei

„Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes (...) das Monopol legitimer physischer Gewaltamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht.“
(Max Weber, 1919)

In den vergangenen Monaten und Jahren ist die Kritik an die Polizei und an der Exekutive in der Bundesrepublik Deutschland lauter und differenzierter geworden. Die Polizei ist eine notwendige und systemrelevante Institution, aufgrund dieser Stellung in der Gesellschaft ist es enorm wichtig die Polizei zeitgemäß zu gestalten, um möglichst breite gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen. Zunächst ist es aufgrund der eben genannten Stellung der Polizei innerhalb der Gesellschaft wichtig festzuhalten, dass Kritik an der Polizei und ihren Handlungen legitim und notwendig ist, wie in jeder Branche und jeder gesellschaftlichen Struktur ist konstruktive Kritik ebenso wichtig wie gegenseitiger Respekt. Es ist eine Notwendigkeit, dass verkrustete und festgefahrene Strukturen durch Selbstreflexion, sowohl intern, als auch öffentlich aufgebrochen werden. Eine objektive Darstellung der eigenen Versäumnisse muss Teil einer ständigen Verbesserung der Polizei sein.

Unsere Gesellschaft besteht aus vielen verschiedenen Menschen mit unterschiedlichen sozialen, ethnischen und kulturellen Herkunft. Daneben stehen aber auch Stereotypen, Alltagsrassismus und Diskriminierungen an der Tagesordnung. Die Polizei als Teil dieser Gesellschaft spiegelt dabei sowohl die Vielfalt aber eben auch die Stereotypen und das Gedankengut wieder. So kommt es beispielsweise auch immer wieder zu rassistischem Gedankengut innerhalb der Polizei. Aufgrund der bedeutsamen Stellung der Polizei als Exekutive ist es daher wichtig dieses Verhalten zu kontrollieren und zu sanktionieren.

Deshalb fordern wir:

- ⑩ Die konstruktive Kritik an der Polizei ist nicht staatsfeindlich, sondern aufgrund ihrer weitreichenden Befugnisse und Macht notwendig und legitim, dies ist anzuerkennen und ernst zu nehmen.
- ⑩ Die Selbstreflexion der Polizei muss intern und öffentlich selbstverständlich werden, um aus möglichen Versäumnissen und Fehlern zu lernen. Um die Polizei zu verbessern, müssen regelmäßige Superversionstermine eingeführt werden.

Immer häufiger kam es in der Vergangenheit zu Szenen wie z.B. im Bochumer Hauptbahnhof, bei den Männern wegen ihrer Hautfarbe kontrolliert wurden. Im Fall Bochum wurde von der Bundespolizei argumentiert, dass auf dem Bahnhofsgelände häufiger Straftaten auftauchen. Auch an anderen Orten wird dieses Argument immer wieder angeführt, um eine Art Generalverdacht zu begründen, insbesondere als nichtdeutsch gelesene Menschen zu kontrollieren. Mehrere Gerichte haben jedoch mittlerweile zu Recht

entschieden, dass in diesen Fällen stichhaltige Verdachtsgründe vorgelegt werden müssen, um zu begründen warum eine bestimmte Person kontrolliert wird. Im Übrigen ergaben die Zahlen in Bochum zwar einen Zuwachs an Straftaten, entgegen der Behauptungen gingen diese aber überwiegend auf Deutsche zurück. Und dennoch liest man in den Nachrichten Schlagzeilen, wie dass die Polizei Stuttgart eine Stammbaumüberprüfung für TäterInnen durchführen möchte. Aber seit wann kommt es darauf an, von wem wir abstammen, ob wir Straftaten verüben oder nicht? Auch der Rückzug Seehofers für die angekündigte Studie zum Thema Rassismus in der Polizei zeugt eher vom Verheimlichen als transparentem Umgang mit dem Thema. Auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter kritisierte Seehofer stark dafür. Die rassistische Profilerstellung, Racial Profiling, ist eine polizeiliche Maßnahme (Identitätskontrollen, Durchsuchungen, Befragungen, Verhaftungen), die allein aufgrund von äußeren Merkmalen erfolgt. Äußere Merkmale sind insbesondere Hautfarbe, (vermutete) Religionszugehörigkeit, aber auch Geschlecht, Sexualität, sozialer Status. Polizeiliche Maßnahmen aufgrund äußerer Merkmale verstoßen gegen das Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3, gegen das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), gegen die europäische Menschenrechtskonvention sowie gegen die internationale Antirassismus-Konvention (ICERD).

Uns geht es nicht darum, dass wir sagen, dass alle PolizistInnen RassistInnen sind. In jeder Berufsgruppe gibt es Menschen, die rechtes Gedankengut vertreten. Da die Polizei seit jeher aber mit sehr starken Befugnissen und Rechten ausgestattet ist, hat sie auch eine erhöhte Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft. Diese Verantwortung zieht es mit sich, dass insbesondere wenn es um den Eingriff in Grundrechte geht, die Handlungen der Polizei schärferen Kontrollen unterzogen werden. Wir fordern daher eine aufarbeitende Studie zum Thema Rassismus in der Polizei sowie verbindliche Schulungen der Polizei zum Thema Racial Profiling. Wir wollen eine Gesellschaft in der Rechtssicherheit herrscht und nicht die Hautfarbe entscheidend dafür ist, ob man polizeilichen Kontrollen häufiger ausgesetzt ist oder nicht.

Deshalb fordern wir:

- ⑩ Die Studie zum Racial Profiling sowohl auf Bundespolizeilicher-, als auch auf Landespolizeilicher Ebene durchzuführen und dem Ergebnis entsprechend konsequent zu handeln. Durch Weiterbildungen und Seminare innerhalb der Polizei durch externe DozentInnen für das Thema sensibilisieren.
- ⑩ Stammbaumforschung verhindern!

Die Persönlichkeitsrechte werden in der heutigen, digitalisierten Welt immer wichtiger und viele Menschen achten vermehrt darauf beispielsweise im Netz künftig nicht mehr einen solch großen Fußabdruck zu hinterlassen. Auch die analoge Welt muss dabei eine Rolle spielen. Auch hier hat die Polizei erneut eine herausgestellte Position. Viele sensible Daten erfährt die Polizei bei Ermittlungen oder bei polizeilichen Einsätzen. Zum Teil sind die Datensammlungen wichtig und dementsprechend auch gerechtfertigt. Allerdings muss die Polizei in einigen Punkten des Datenschutzes Veränderungen vornehmen, denn unzulässige Datenabfragen von PolizeibeamtInnen haben in jüngster Vergangenheit dazu geführt, dass sensible personenbezogene Daten weitergegeben und missbraucht wurden um insbesondere linken PolitikerInnen sowie AnwältInnen Drohschreiben zuzusenden. Laut BKA haben PolizeibeamtInnen individualisierte Zugriffsrechte auf polizeiinterne Datenbanken

(bspw. Inpol) und somit Zugriff auf Daten, die über die Daten im Melderegister hinausgehen. PolizeibeamtInnen müssen zwar bei Missachtung der Geheimhaltung oder Weitergabe ihrer personalisierten Anmelde Daten mit disziplinar- oder strafrechtlichen Folgen rechnen, haben jedoch auch mit einer technisch unzureichenden Infrastruktur zu kämpfen. So kommt es dazu, dass es bspw. zu lange dauert sich ab- und neu anzumelden.

Deshalb fordern wir:

- ⑩ Die Schaffung von mehr Transparenz bei Persönlichkeitsdaten und die unkomplizierte Einsicht, welche Daten gesammelt werden/wurden und warum.
- ⑩ Verschweigen von Herkunft, Ethnie, Migration etc. bei Pressemitteilungen der Polizei
- ⑩ Verbesserung der technischen Infrastruktur:
 - ↘ Sperren der Polizeirechner nach 120 Sekunden
 - ↘ Erhöhung der Anzahl von Polizeirechnern
 - ↘ Langfristige Implementierung von Zwei-Faktor-Authentifizierung bei Datenbankabfragen
 - ↘ Erhöhung des Stichprobenumfangs, ob Datenbankabfragen rechtmäßig waren. Auswertung durch Dritte.
- ⑩ Keine Zulassung von mildernden Umständen bei disziplinar- oder strafrechtlichen Folgen nach Missachtung der Geheimhaltung durch PolizeibeamtInnen

Die Polizei und ihre Handlungen stößt bei vielen Menschen auf ganz unterschiedlichen Reaktionen und Meinungen. Die Polizei muss es in Zukunft allerdings schaffen neutraler zu handeln. Es ist verständlicherweise äußerst schwierig jegliche gesellschaftliche Gruppierung zufriedenzustellen, allerdings erkennen wir immer wieder eine starke Variation in der Härte und der Konsequenz der Polizei angesichts der Veranstaltenden oder der Teilnehmenden. Ein konkretes Beispiel dafür ist die Handlungsweise während zweier Veranstaltungen zur Zeit der Covid19 Pandemie. Auf der einen Seite gab es eine sehr große Demonstration zur „BLACK LIVES MATTER!“ Bewegung, die unter anderem auch Polizeigewalt und ihre Folgen thematisierte. Dort hat die Polizei hart eingegriffen, Demonstrierende ständig überwacht und kontrolliert um die Corona-Präventionsmaßnahmen einhalten zu können. Dieses Verhalten ist in gewisser Weise rechtlich, aufgrund der vorgeschriebenen Hygienehinweise bezüglich der Covid19 Pandemie, vertretbar. Im medialen Echo wurden allerdings vielen Stimmen auch aus der Richtung der Polizei Gewerkschaft laut, die Veranstaltungen und Menschenansammlungen dieser Art kritisierten. Einige Tage später ist der Fußballverein *Eintracht Braunschweig* aufgestiegen. Kurz darauf gab es sowohl vor dem Schloss in Braunschweig als auch vor dem Eintracht Braunschweig Stadion größere Menschenansammlungen. Dort hat die Polizei weder eingegriffen noch Teilnehmende massiv kontrolliert. Auch im medialen Echo gab es keine Worte der Kritik, sondern nur Glückwünsche und Lob für die Fußballer. In unseren Augen ist es eine Schmach gegenüber einer politischen Organisation bzw. Bewegung dermaßen anders, um es direkt zu sagen, schlechter behandelt zu werden als eine Fußball-Fangemeinde. Wir sind der Auffassung, dass genau solche ambivalenten Verhaltensweisen zum schlechten Image der Polizei in Teilen der Gesellschaft führen. Wir wollen eine ehrliche, selbstkritische und gerechte Polizei, die jeglichen Menschen respektabel gegenübersteht. Dafür müssen Eigeninteressen und Meinungen von PolizeibeamtInnen hintenangestellt werden. Doppelmoralisches Verhalten muss stärker pointiert werden können und intern selbstkritisch beleuchtet werden. Wenn es eine Polizei gibt, dann muss sie für alle Menschen gleich sein!

Deshalb fordern wir:

- ⑩ Ein konsequentes und neutrales Verhalten jeglichen Gruppierungen gegenüber.

Um die doch zum Teil sehr einschneidenden Maßnahmen gegenüber der Polizei mittel- und langfristig erfolgreich umsetzen zu können müssen innerhalb der Ausbildung breitere Grundlagen zu Themen der Pädagogik, aber auch der Diversität vermittelt werden. Zudem ist es entscheidend laufende Weiterbildungen anzubieten und diese auch konsequent für den weitaus überwiegenden Teil der PolizistInnen durchzuführen.

Deshalb fordern wir:

- ⑩ Die Ausbildung und Weiterbildung innerhalb der Polizei auszubauen und auf gesellschaftliche Themen, wie Pädagogik und Diversität, zu erweitern.

Leider kam es nicht nur in letzter Zeit zu einigen Fällen von Polizeigewalt oder übertrieben gewalttätigen Handlungen der Polizei. Die Polizei hat eine herausragende gesellschaftliche Position, dementsprechend ist es äußerst wichtig den Missbrauch von Macht oder einer gefühlten Unantastbarkeit kritisch zu betrachten und den Opfern diesem Verhalten gegenüber zur Seite zu stehen. Der Zwischenbericht der Studie „Körperverletzung im Amt durch PolizeibeamtInnen“ (KviAPol) der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum - Lehrstuhl für Kriminologie vom 17.09.2019 kommt bzgl. Polizeigewalt den im Folgenden beschriebenen Ergebnissen.

Bei der Rekrutierung der Befragten wurde darauf geachtet möglichst Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft zu erreichen sowie Menschen zu befragen, die einen besonderen Zugang zu bestimmten gesellschaftlichen Teilbereichen haben, wie Fußballfans, marginalisierte Gruppen (PoC, LGBTIQ+, Wohnungslose, Geflüchtete), politisch Aktive, JournalistInnen.

- *Art der Vorfälle, bei denen Polizeigewalt ausgeübt wurde*
42% Demonstrationen, 13% sonstige politische Aktionen
- *Anlässe der Auseinandersetzung*
 - *Polizei warf Befragten Fehlverhalten vor, woraufhin es zu Auseinandersetzungen kam (35%)*
 - *Kein ersichtlicher Grund für Befragte (32%)*
 - *Straßensperrungen, Menschenketten (11%)*
- *Durchgeführte Polizeiliche Maßnahmen gegen Betroffene bei Demonstrationen und politischen Aktionen (Mehrfachnennung)*
 - *Räumungen (48%)*
 - *Einkesseln/Umstellen (51%)*
 - *Festnahmen, Ingewahrsamnahmen (26%)*
 - *Anzeigen (21%)*
 - *Durchsuchung von Körper und Kleidung (35%)*
- *Arten der Gewalthandlung nach Polizeikontakt bei Demonstrationen und politischen Aktionen*
 - *Festgehalten / zu hart angefasst (46%)*
 - *Gefesselt oder fixiert (20%)*

- *Geschubst oder zur Seite gestoßen (65%)*
- *Geschlagen (auch mit Schlagstock) (65%)*
- *Getreten (40%) oder gewürgt (11%)*
- *Mit Reizgas besprüht (42%) oder mit Wasserwerfer getroffen (13%)*

Die Folgen der Gewaltanwendung sind neben massiven physischen Verletzungen (71% der Befragten, 19% sogar schwere Verletzungen) psychische Folgen: 80% der Befragten gab an im Anschluss Wut, Angst oder Unwohlsein beim Anblick der Polizei zu empfinden.

- *Einleitung von Strafverfahren*

Nach Anzeige einer betroffenen Person, einer anderen Person oder von Amts wegen kann ein Strafverfahren eingeleitet werden.

- *In 80% der Fälle wurde nach Wissen der Befragten kein Strafverfahren eingeleitet*
- *In 13% der Fälle fand ein Strafverfahren statt (9% bei Demonstrationen /polit. Aktionen)*

Dabei lagen Beweise in Form von ZeugInnenaussagen (78%), ärztliche Befunde (56%) sowie privates (41%) und polizeiliches (32%) Videomaterial vor. Dennoch betrug die Einstellungsquote der Strafverfahren wegen körperlicher Gewaltanwendungen 86% (Erledigung der berichteten Ermittlungsverfahren).

- *Gründe für die Einstellung von Strafverfahren*
 - *kein hinreichender Tatverdacht (§179 Abs. 2 StPO), da BeamtInnen meist nicht identifiziert werden konnten*
 - *Einstellung wegen Geringfügigkeit (§153 Abs. 1 StPO) (5%)*
 - *Opportunitätseinstellungen (2%): Staatsanwaltschaft kann trotz bestehendem Tatverdacht das Verfahren einstellen*

Zwar sanken im Zehnjahrestrend die Fallzahlen von Körperverletzung im Amt nach §340 StGB (vgl. PKS 2018) um 33%, die Fallzahlen der Staatsanwaltschafts-Statistik für diesen Deliktsbereich bleiben seit 2010 jedoch auf einem konstanten Niveau. Demnach wurden 2018 34% der Ermittlungsverfahren mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Bei Verfahren von rechtswidriger Gewaltausübung wurden 94% davon eingestellt. Die Anklagequote wegen rechtswidriger Gewaltausübung durch PolizeibeamtInnen lag im Jahr 2018 bei 2%. Durchschnittlich liegt die Anklagequote aller Verfahren bei 24%, mehr als zehn Mal so hoch.

Die Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der Studie KviAPol und der geringen Anklagequote kann zu einer abnehmenden gefühlten Sicherheit in der Bevölkerung führen sowie zu einem steigenden Misstrauen gegenüber PolizeibeamtInnen.

Die Studie zeigt eindeutigen Handlungsbedarf, deshalb fordern wir:

- *Die Auswertung von Bodycams durch Dritte, beispielsweise von einer unabhängigen Institution, die durch die Einbindung aller Beteiligten größere Akzeptanz erreicht.*

- Um evidenzbasierte Verbesserungsmaßnahmen abzuleiten fordern wir nach Abschluss der KviAPol eine weitere Studie zu Polizeigewalt in Zusammenarbeit mit der Polizei
- Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle auf Landesebene mit Ermittlungsbefugnissen innerhalb der Polizei sowie eigener Staatsanwaltschaft
- Kennzeichnungspflicht von PolizeibeamtInnen in Niedersachsen (gem. Urteil des BVerwG Sept. 2019), dabei ist auf Klarnamen zu verzichten, wir befürworten die Vergabe von polizeiinternen Nummern

K 1	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Digitale Verwaltungen umsetzen!

Die Stadtratsfraktionen, die Kreistagsfraktionen die Bundesländer und der Bund werden aufgefordert, die Digitalisierung der Verwaltung auf einen aktuellen Stand zu bringen. Um dieses sicherzustellen, müssen folgende Punkte erfüllt sein:

- Alle Anträge, bei denen eine Anwesenheit nicht unbedingt nötig ist, können über eine digitale Plattform abgewickelt werden. Hierzu gehören u.a. KfZ-Zulassung, Personalausweis, Anmeldung von Hunden, Beantragung eines Führungszeugnisses, Melden des Umzugs, Förderanträge (z.B. für Lastenfahrräder oder Wirtschaftsförderung).
- Die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger*innen kann komplett digital abgewickelt werden.
- E-Partizipation wird ermöglicht (Übersicht zu politischer Arbeit ermöglichen über eine Stichwortsuche, Eingaben vereinfachen, Lifestreaming von Sitzungen mit Anfragemöglichkeit)
- Es wird eine Übersichtlichkeit auf der Homepage geschaffen.
- Bei allen genutzten Programmen ist auf die Nutzung von opensource zu achten.
- Alle digitalen Angebote sind barrierefrei.
- Alle digitalen Abwicklungen dürfen keine Extrakosten beinhalten

Begründung:

Das letzte halbe Jahr hat gezeigt, dass eine Anwesenheit in vielen Dingen nicht von Nöten ist. Insbesondere bei der Kommunikation zwischen Behörden und Bürger*innen bietet die Digitalisierung viele Vorteile, die bis jetzt ungenutzt blieben. Neben der Zeitersparnis für Bürger*innen bieten digitale Angebote Möglichkeiten zu einer barrierefreien Kommunikation, sodass die Ansprache insbesondere von Menschen mit Einschränkungen vereinfacht werden kann. Auch bietet die Digitalisierung die Chance, dass Bürger*innen eine klarere Übersicht über Aufgaben bekommen und somit einfacher und schneller zum gewünschten Ergebnis kommen. Die technischen Möglichkeiten des Personalausweises können hier auch für eine Möglichkeit sorgen, die verschiedenen Aufgaben unter den Voraussetzungen des

Datenschutzes sicherzustellen. Länder wie Dänemark oder Estland zeigen, dass Fortschritte hier möglich sind und zu Vorteilen für alle Beteiligten.

K 2	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Änderung Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz

Wir fordern die niedersächsische Landtagsfraktion dazu auf, dass Kommunalwahlgesetz dahingehend zu ändern, dass keine private Anschrift zwingend und automatisch von MandatsträgerInnen der Kommunen veröffentlicht wird, wenn der Wunsch besteht diese zu veröffentlichen, soll es weiterhin die Möglichkeit geben diese auf entsprechenden Plattformen zu veröffentlichen. In diesem Zuge fordern wir die SPD auf mit gutem Beispiel voranzugehen und auf allen Ebenen persönliche Daten von FunktionärInnen und Mitgliedern nur bei ausdrücklicher Genehmigung des Mitglieds für die konkrete Datenverwendung zu veröffentlichen.

Begründung:

Die Veröffentlichungen von Adressen der einzelnen MandatsträgerInnen mag zu einer Zeit sinnvoll gewesen sein, als nicht jeder Haushalt über einen Telefonanschluss verfügt hat. Inzwischen ist davon auszugehen, dass jede Person telefonisch, per Mail oder über andere Nachrichtendienste erreichbar ist.

Ebenso ist die Veröffentlichung der Adressen im Zusammenhang mit den steigenden Angriffen auf Abgeordnete und PolitikerInnen höchst kritisch zu sehen. Wir erinnern uns alle an die schreckliche Nachricht vom Tod Walter Lübckes, der auf der Terrasse seines Wohnhauses von einem Rechtsextremisten ermordet wurde. Ein weiteres Beispiel bietet der ehemalige Tröglitzer Bürgermeister Markus Nierth, der von seinem Amt zurückgetreten ist, nachdem die NPD eine Demonstration vor seinem Wohnhaus veranstaltet hat. Es geht hierbei nicht nur um den Schutz der Mandatsträger*innen, sondern auch um den der Angehörigen.

K 3

AntragsstellerIn:

UB Braunschweig

Weiterleitung an:

Angenommen Abgelehnt Weitergeleitet an _____

Life in the hood“ - Maßnahmen zur Rettung der Kommunen

Die Corona-Pandemie sorgte in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu einem tiefen Einschnitt. Nicht nur mittelständische Unternehmen haben mit den Folgen des Lockdowns zu kämpfen. Auch die Kommunen werden stark belastet. Sei es bedingt durch wegfallende Einnahmen aus kommunalen Steuern und Gebühren, fehlender Tourismus oder der Schließung der kommunalen Einrichtungen sowie durch gestiegene Sozialleistungen infolge der Pandemie. Das sind Problemfelder, die nicht erst durch die Pandemie entstanden sind, sondern schon seit geraumer Zeit die Kommunen in Deutschland belasten. Viele Gemeinden und Gemeindeverbände leiden unter einer hohen Schuldenbelastung, die sich über mehrere Jahre angehäuft haben. Die Gründe sind vielfältig und nicht allein auf unwirtschaftliches Handeln zurückzuführen. Kommunen handeln nach dem Grundgesetz in alleiniger Selbstverwaltung in ihrem Wirkungskreis. Es ermöglicht zwar ein direktes Eingehen der Politik auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort, jedoch sind mit dem Prinzip auch Verpflichtende Aufgaben verbunden, die die Kommunen übernehmen müssen. Hierzu zählen unter anderem der kommunale Straßenbau, Betrieb von Schulgebäuden, soziale Leistungen usw. Darüber hinaus kommen Aufgaben hinzu, die im Auftrag von Bund und Länder von den Gemeinden wahrgenommen werden müssen (z.B. Zivildienst, Pass- und Meldewesen etc.). Da nach dem Selbstverwaltungsprinzip die Kommunen über eine eigene Finanzhoheit verfügen, müssen jegliche Aufgaben aus dem eigenen Haushalt finanziert werden. Direkte finanzielle Unterstützung seitens des Bundes und der Länder sind nach dem Grundgesetz nicht vorgesehen. In Verbindung mit erweiterten Aufgabenbereichen führte dies unfreiwillig zur überforderten Kommunalverwaltung, deren Haushalte in Schieflage geraten sind. Die Folge daraus ist, dass seit den 1990er die Summen an Kassenkrediten deutlich gestiegen sind. Kassenkredite, ähnlich eines Dispositionskredits bei Privatpersonen, sind kurzfristig angelegt für die Tilgung notwendiger Schulden im Rahmen des Kommunalhaushalts.

Eine Finanzierungshilfe, die kritisch gesehen werden muss, da sie keine Abhilfe schaffen, sondern die Probleme verschärfen und Kommunen in die Abhängigkeit von kapitalistischen Finanzinstituten treiben. Betroffene Kommunen leiden darüber hinaus auf sozialer Ebene in ihrem Wirkungskreis. Denn finanzielle Investitionen betreffend das gesellschaftliche und öffentliche Leben sind kaum möglich. Haushaltssperren verhindern die Finanzierung von kommunalen Projekten bzw. den Betrieb von kommunalen Stätten. Darunter fallen öffentliche Bäder, Büchereien oder auch kommunale Museen. Alles Orte, die für eine hohe Lebensqualität von Notwendigkeit sind, aber nach dem Gesetz für die Gemeinden nicht verpflichtend sind. Hier würde auch kein Kommunalkredit helfen, da diese vom Staat als Ausnahme gedacht sind, auf einzelne Projekte für einen Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahre ausgelegt sind und Kommunen zudem einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen müssen. Es ergibt sich ein Teufelskreis, den die Kommunen aus eigener Kraft nicht mehr verlassen können. Umso mehr ist die Überörtliche Politik gefragt, auf die Probleme der Kommunen einzugehen und gemeinsam mit den Gemeinden und den Gemeindeverbände diese zu lösen. Für uns Jusos ist es ein besonderes Anliegen. Denn Kommunalpolitik heißt auch Politik für Menschen, die sozial benachteiligt sind und auf Hilfe und ein sorgenfreies Leben angewiesen sind. Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien, die mithilfe von kommunalen Leistungen und Einrichtungen keine Nachteile in der Bildung erfahren müssen oder die Möglichkeit erhalten, sich freizeithlich beschäftigen können. Oder das Menschen mit geringer Rente oder mit Erwerbsminderung die soziale Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht wird ist auch ein wichtiger Bestandteil der Kommunalpolitik. Allgemein erfasst die Politik vor Ort den Alltag der Menschen sowie das gemeinsame Zusammenleben, welche auf ein solidarisches Miteinander angewiesen ist. Solidarität ist auch das Stichwort, auf welches die Kommunen gegenseitig angewiesen sind. Es muss Schluss sein mit dem Verständnis von Kommunalpolitik, einen Wettbewerb um den besten Standort für die Wirtschaft auszufechten und gleichzeitig das Gemeinwohl ausser acht zu lassen. Diese Neoliberale Politik ist es, die die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich auch Geografisch vorantreiben lässt. Für uns muss klar sein, dass Kommunen nur in gemeinsamer Zusammenarbeit das Ziel erreichen können, für gleiche Lebensbedingungen überall im Land zu sorgen. Es kann auch nur in starker Zusammenarbeit mit Bund und Länder das Überleben der Kommunen sichern. Deshalb fordern wir in diesem Antrag eine grundlegende Reform der Politik im

Zusammenhang mit Gemeinden und Gemeindeverbände. Wir stellen folgende Forderungen auf, die zur Problembewältigung beitragen sollen.

Forderungen:

Entlastung der Kommunen durch einen Schuldenschnitt

Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen, sollen durch den Bund die Altschulden der Gemeinden übernommen werden. Es handelt sich hierbei größtenteils um aufgenommene Kassenkredite zur Tilgung von laufenden Zahlungen. Eine Entlastung der Schulden würde finanzielle Mittel freisetzen, womit der Investitionsstau der betroffenen Kommunen bekämpft werden könnte. Insbesondere wichtige Aufgaben wie die Sanierung von Öffentlichen Gebäuden (Schulen, Schwimmbäder etc.) könnten mit den Mitteln in Angriff genommen werden. Eine Befreiung von der Schuldenlast würde den Kommunen mehr Planungssicherheit geben sowie eine Konsolidierung ihres Kommunalhaushalts ermöglichen. Weiter könnten Arbeitsplätze in der Verwaltung und bei den kommunalen Unternehmen durch den Schnitt gerettet werden. Diese Maßnahme würde ganz besonders den durch die Corona-Pandemie betroffenen Gemeinden helfen, Ausfälle aus den Gemeindesteuern und Gebühren abzufedern. Um den Schuldenschnitt finanzieren zu können, sollten wohlhabende Kommunen mit geringfügigen Schulden auf eine Forderung nach einem Erlass ihrer Schulden aus solidarischen Gründen verzichten.

Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) – Einrichtung Solidaritätsfonds

Der kommunale Finanzausgleich ist ein Instrument ähnlich des Länderfinanzausgleichs zur solidarischen Umverteilung von kommunalen Finanzen. Hiermit sollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Kommunen geschaffen werden. Der KFA wird hauptsächlich durch die einzelnen Länder vollzogen. Dabei unterscheidet man zwischen den vertikalen KFA (Verteilung vom jeweiligen Bundesland an die Kommunen) und den horizontalen KFA (Verteilung zwischen den Kommunen). Zwar ist es richtig, dass der Finanzausgleich im Aufgabenbereich der einzelnen Ländern verordnet ist. Jedoch ist es auch gleichzeitig falsch, sich als Gesamtstaat nicht an den Ausgleichsmaßnahmen zu beteiligen. Denn Bundesländer, die selber auf den Länderfinanzausgleich angewiesen sind, können auch nur in begrenzter Form den Kommunen im Sinne des vertikalen KFA helfen, wenn die Finanzmittel gleichzeitig für die Konsolidierung der Länderfinanzen dienen. Ebenfalls

würde der horizontale KFA nur gering die Herstellung gleicher Verhältnisse in den Kommunen bewirken, wenn an sich die Gemeinden in einem Bundesland weniger zu Verfügung haben als Gemeinden in einem anderen Bundesland. Hinzu kommt noch, dass der KFA von Bundesland zu Bundesland im Sinne von Zuweisungsbeträgen, Verteilungsquoten und den Handlungsmethoden unterschiedlich gestaltet ist. Dies erschwere nicht nur die Vergleichbarkeit der Kommunen, sondern würde dauerhaft die finanziellen und sozialen Unterschiede verstärken. Deshalb ist es gerade wichtig, dass sich der Bund auch im Hinblick auf das Grundgesetz, nämlich überall für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, stärker am KFA beteiligt und die Länder bei der Ausführung unterstützt. Die Unterschiede beim KFA sollte in der Zusammenarbeit der Länder durch die Festlegung einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage und festgelegten Methoden schrittweise abgebaut werden. Über den KFA hinaus sollte der Bund für die Rettung von finanzschwachen Kommunen einen bundesweiten Solidaritätsfonds einrichten. Dieser würde ähnlich wie der horizontale KFA funktionieren. Wohlhabende Kommunen würden einen bestimmten Anteil aus ihren Gesamtfinanzen in diesen Fonds zahlen. Das Geld aus dem Fond würde nach einem Verteilungsschlüssel bundesweit auf die Kommunen verteilt werden. Hier könnten vor allem Strukturschwache Regionen von den Finanzierungshilfen profitieren, die bisher durch den KFA nicht ausreichend unterstützt werden konnten.

Entlastung bei den Sozialausgaben

Wie bereits erwähnt haben die Kommunen während der Corona-Pandemie, aber auch schon davor mit gestiegenen Sozialausgaben zu kämpfen, während die kommunalen Steuereinnahmen wegbleiben. Dies sind keine Einzelfälle und es zeichnet sich ein Trend ab, dass es immer mehr Gemeinden betreffen wird. Auch weil hier die Kommunen aus Sparzwang gezwungen sind, die kommunalen Steuersätze zu erhöhen, was sich eher abschreckend auf ansiedlungswillige Menschen auswirkt. Zudem verstärke dies nur den Konkurrenzkampf zwischen den Kommunen um den perfekten Standort für Unternehmen und sorgt langfristig für die Verstärkung der Ungleichheit. Um diesen Prozess zu stoppen, fordern wir die stärkere Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben der Kommunen. Der Bund soll hier für Entlastung der kommunalen Haushalte sorgen, wodurch mehr finanzielle Mittel für wichtige Projekte der Kommunen freigesetzt werden und zudem die Kommunen die Möglichkeit haben, einen ausgeglichenen Haushalt erzielen zu können. Auch soll durch die Maßnahme

verhindert werden, dass die kommunalen Steuersätze starken Differenzen zwischen den Kommunen ausgesetzt sind.

Bundesweite Konsolidierungshilfen

Auch wenn Maßnahmen wie Schuldenerlasse oder finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für Abhilfe sorgen können, reicht dies bei vielen Kommunen bei weitem nicht für die Herstellung eines ausgeglichenen Haushaltes aus. Meistens werden für die Zielerreichung Kassenkredite zur Tilgung von laufenden Zahlungen aufgenommen, wodurch sich Kommunen immer mehr verschulden. Um das Problem zu bewältigen haben die Länder verschiedene Finanzprogramme aufgestellt, welche die weitere Aufnahme von Kassenkrediten obsolet macht und den Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte helfen soll. Problem hierbei ist, dass in den Bundesländern diese Haushaltshilfen zur Hälfte oder gar zu zwei Dritteln von den Kommunen mitfinanziert werden. Bei einer Kommune mit geringer Steuerkraft und hohen Zuweisungen stellt dies eine höhere Belastung dar als die eigentliche Entlastung. Zumal sind Kommunen mit den erhaltenen Hilfen zu harten Sparmaßnahmen verpflichtet, um einen vollständigen Haushaltsausgleich zu erreichen. Da dies bekanntermaßen die Situation der Kommunen verschlechtern würde, muss auch hier der Bund die Länder bei den Konsolidierungshilfen beitragsmäßig unterstützen. Statt des Sparzwangs sollten den Kommunen seitens der Landesrechnungshöfen freiwillige Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden, die zur Lösung die kommunalen Probleme helfen können.

Investitionshilfen zur Umsetzung von kommunalen Projekten

Eines der größten Probleme für die Kommunen ist die Anhäufung der erforderlichen Investitionen, die durch Sparmaßnahmen nicht getätigt werden können. Der Investitionsstau senkt im erheblichen Maße die Lebensqualität der betroffenen Gemeinden. Auch hier bleibt meist keine andere Wahl, als Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge dem kapitalistischen Markt zu überlassen. Wohlgermerkt auf Kosten der sozialen Teilhabe. Auch die Aufnahme von Kommunalkredite stellen nicht die Lösung dar aufgrund der Kompliziertheit der Antragstellung und der langen Laufzeit. Der Bund und die Länder müssen den Kommunen stärker unter die Arme greifen als bisher und sich an kommunalen Projekten direkt beteiligen. Dies betrifft im besonderen Maße Infrastrukturmaßnahmen, den Wohnungsbau, Ausstattung der

Schulgebäude usw. Es muss eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die die Kooperation zwischen den Kommunen und den anderen Gliederungen des Staats möglich machen, ohne dabei das Recht auf Selbstverwaltung zu streichen.

M 1	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	Bezirksvorstand	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Transformation in der Automobilindustrie

Der Klimawandel zeigt global seine Auswirkungen. Jedes Jahr gibt es neue Nachrichten von länger werdenden Dürreperioden, Hitzerekorden, Waldbränden, Wasserknappheit und anderer Naturkatastrophen. Die Zeit zu handeln ist jetzt! 2018 hat der Verkehrssektor fast ein Fünftel aller Emissionen von Treibhausgasen in Deutschland ausgemacht. Dennoch bedarf die Automobilindustrie Hunderttausenden direkt Beschäftigten und Millionen indirekt Abhängigen in Deutschland besonderer Aufmerksamkeit.

Wir wissen: die Transformation der Automobilindustrie ist unumgänglich und bereits in vollem Gange. Nicht erst seit Fridays for Future treten immer neue AkteurInnen auf, die erkannt haben, dass es Zeit für eine nachhaltigere Lebensweise wird und die mit neuen Produkten und Produktionsweisen zum Umweltschutz beitragen wollen. Das bedeutet jedoch noch nicht, dass diese ökologische Transformation auch gleichzeitig eine soziale ist. Vielmehr liegt es auch an uns und unserer Partei dafür zu sorgen, dass dem so ist.

Don't fight the player, fight the game - das System ist das Problem

Wir sehen unterschiedliche Reaktionen auf den wachsenden Wunsch nach ökologischen Alternativen für Güter, deren Herstellung und Konsum die Umwelt belasten.

Häufig ist die Antwort, die von PolitikerInnen gegeben wird, eine neoliberale, es wird ein "grüner Kapitalismus" propagiert, indem versucht wird mit Hilfe von bestehenden Marktmechanismen die Transformation durchzuführen. Der Einsatz verschiedenster Firmen für Umweltschutz und nachhaltige Produktion ist dabei zwar nicht zu leugnen, jedoch geht es diesen AkteurInnen nicht in erster Linie um den Erhalt unseres Planeten sondern vielmehr um den Erhalt ihres Profits. Dieser "grüne Kapitalismus" stärkt das bestehende Wirtschaftssystem jedoch nur weiter und anstatt die Natur zu schützen wird ihre Inwertsetzung vertieft. Zugrundeliegende Produktions- und Konsumverhalten werden nicht in Frage gestellt sondern gerade durch die stattfindende "Ökologisierung" erst recht zementiert - und mit ihnen bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten und Machtverhältnisse.

Aus diesen neoliberalen Ansätzen zur Beantwortung der Frage nach ökologischer Transformation folgt häufig auch ein Abwälzen der Verantwortung für Umweltschutz auf den/die EinzelneN. FahrerInnen von SUVs oder Dieselfahrzeugen werden häufig misstrauisch beäugt. Für uns ist klar, dass diese neoliberale Praxis der Konsumkritik keine Antwort auf die bestehenden Fragen sein kann, denn sie folgt dem Mythos eines freien Marktes und der freien Entscheidung eines/einer jedeN EinzelneN und lässt kapitalistische Zwänge völlig außer Acht. Nicht jedeR kann sich ein neues Elektroauto leisten und nicht überall im ländlichen Raum gibt es derzeit echte Alternativen zum motorisierten Individualverkehr (MIV).

Die Mobilität der Zukunft

Doch es reicht nicht aus nur über die reine Antriebs- oder Verkehrswende zu sprechen, vielmehr müssen wir uns über eine Wende unserer Mobilität Gedanken machen.

Denn auch hier stehen uns große Veränderungen bevor.

Wir sehen, dass der MIV vor allem in Städten oft an seine Grenzen gelangt und häufig mit ökologischen Zielsetzungen im Konflikt steht. Auch wenn alle NutzerInnen nur vom Diesel- oder Benzinmotor auf den Elektro- oder andere nachhaltige Antriebe umsteigen, werden die damit einhergehenden Probleme nicht vollständig gelöst werden können. Darum stehen wir weiterhin hinter unserem Ziel eines deutlich ausgebauten, fahrscheinlosen ÖPNV, einer Verlagerung auf die Schiene sowie der Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs. In unseren Städten ist das Auto heute die Standardform der Mobilität, dem sich andere Mobilitätsformen unterordnen müssen. Das gilt es zu ändern, denn langfristig darf das Auto nur eine von vielen Mobilitätsformen sein, ganz im Sinne unserer Forderung nach einem "Recht auf Stadt". In der Stadt sind alternative Verkehrsformen wie ÖPNV, Fahrradverkehr und FußgängerInnen zu bevorzugen, auf dem Land streben wir eine gleichberechtigte Mobilitätsform an, die Mischformen zwischen Individualverkehr und ÖPNV bevorzugt. Gleichzeitig wissen wir, dass es gute Gründe gibt, auf den MIV zurückzugreifen. Und dies wird sich auch so schnell nicht ändern. So sind vor allem in ländlichen Gebieten viele Menschen darauf angewiesen, mit dem Auto die alltäglichen Wege zu erledigen. Auch hier kann ein verbesserter ÖPNV helfen, er wird jedoch nicht im selben Maße den Individualverkehr ersetzen können, wie dies in Städten möglich ist.

Dennoch braucht es auch für den ländlichen Raum neue Angebote, hier kann zum Beispiel über neue Modelle des Ride- oder Carsharings nachgedacht werden, denn die heutigen Carsharing-Angebote sind meist ebenfalls nur in Städten zu finden und häufig sehr unattraktiv für NutzerInnen. Insbesondere die Förderung von privaten Nutzungsgemeinschaften muss dabei im ländlichen Raum im Mittelpunkt stehen, da bspw. die Nähe des Nachbarhausparkplatzes, Carsharing ungleich attraktiver macht. Beispielsweise fahren Autobesitzende durchschnittlich etwa 39 km pro Tag. Volkswirtschaftlich gesehen entspricht dies nicht der optimalen Nutzung von Ressourcen.

Wir wissen, dass sich der motorisierte Individualverkehr nicht nur in Hinblick auf die Antriebstechnologien verändern wird. Mit immer weiter digitalisierten Fahrzeugen, werden Verkehrsdaten zu einer entscheidenden Ressource, die nicht Profitinteressen von Unternehmen zum Opfer fallen darf. Wenn diese Daten dafür sorgen, dass Mobilität nachhaltig und intelligent im Sinne der NutzerInnen vernetzt ist um Raum und Ressourcen optimal auszunutzen, kann diese Digitalisierung der Mobilität zu einer großen Chance werden. So braucht es beispielsweise eine gesetzliche Regulierung und gleichzeitige Förderung von netzwerkbasierten Mobilitätsangeboten, ebenso wie begleitende Datenrichtlinien. Es müssen deshalb die Städte und Kommunen selbst sein, die die Mobilitätsprojekte anschieben und dabei auch selbst die Hoheit über die Generierung und Verarbeitung der Verkehrsdaten haben. Diese Daten und das damit einhergehende Wissen müssen öffentlich sein.

Nachhaltige Mobilität

Die Zukunft der Mobilität muss aus jungsozialistischer Sicht drei, teils konträre Ziele erfüllen:

- Reduzierung von Lärmemissionen, insbesondere in städtischen Räumen

- Senkung von Treibhausgasen wie CO₂, Methan, Lachgas sowie Reduzierung von Emissionen, die bspw. Atemwegserkrankungen, Krebs etc. hervorrufen, wie Stickoxide (NO_x), Rußpartikel (PM, PN)
- Maßnahmen zur Verstärkung der Verkehrssicherheit
- Gerechte Mobilität: inklusive Fahrzeugkonzepte, die sich jedeR leisten kann
- Erhalt / Transformation von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie (inkl. Zulieferer)

Der erste Punkt ist ein klares Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen zur Senkung der Treibhausgase, sodass das 1,5 Grad-Ziel erreicht werden kann. Der zweite und der dritte Punkt sind das jungsozialistische Herzstück der Transformation. Für uns ist es unabdingbar, dass die Mobilitätswende keine Verschlechterung für Arbeitnehmende in der Automobil- und Zuliefererbranche bedeutet.

Bei der Verbrennung von fossilen Kraftstoffen entsteht unweigerlich Kohlenstoffdioxid sowie weitere Nebenprodukte wie bspw. NO_x, PM, PN, unverbrannte Kohlenwasserstoffe, Methan, Kohlenmonoxid, etc. Die Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor sind von der EU über die sogenannten Flottengrenzwerte geregelt. Das bedeutet, dass durchschnittliche CO₂-Emissionen von neu zugelassenen Fahrzeugen eines Herstellers die gesetzlich festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten dürfen. In Europa beträgt der Flottengrenzwert für PKW und leichte Nutzfahrzeuge 95g/gefahrenen Kilometer. Der Grenzwert für CO₂-Emissionen hängt unmittelbar mit dem Kraftstoffverbrauch zusammen, sodass hier ein wirkungsvoller Hebel zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs und damit Emissionen anliegt. Das bedeutet aber auch, dass bei der Verbrennung von Benzin oder Diesel hinsichtlich Reduzierung von CO₂-Emissionen (zB Brennverfahren) eine Grenze gesetzt ist, die CO₂-Emissionen werden niemals og/gefahrenen Kilometer sein. Um Kraftstoffverbräuche zu senken, sprechen wir uns für Tempolimits auf Autobahnen (maximal 130km/h) die Ausweitung von 30er-Zonen in den Städten aus.

Unser Ziel ist es Mobilität technologieoffen und so emissionsarm wie nur möglich zu gestalten. Um das zu erreichen ist der erste große Schritt das Sektordenken aufzugeben und die Energiewende voranzutreiben. Regenerative Energiequellen wie Windkraft und Solarenergie liefern grünen Strom (Senkung Treibhausgase im Energiesektor), aus dem bspw. mittels Elektrolyse grüner Wasserstoff hergestellt werden kann, oder PowerToX-Kraftstoffe hergestellt oder mit dem E-Fahrzeuge angetrieben werden können. Grüner Wasserstoff kann Energieträger für das klassische Wasserstoffauto sein (Umkehren der Elektrolyse und Erzeugung von Strom, der den Elektromotor eines Autos antreibt) oder Kraftstoff für einen Wasserstoff-Verbrenner (Nutzung der Verbrennungsmotor-Technologie, wie Aggregat und Abgasnachbehandlung).

Wir befürworten eine kontinuierliche Absenkung der Flottengrenzwerte um einen fließenden Übergang zwischen fossilen und regenerativen Energieträgern zu ermöglichen.

Bis zum Erreichen der Energiewende empfehlen wir eine Übergangszeit und neben weitreichender Investitionen in die E-Mobilität ein Fördern von emissionsärmeren Antriebskonzepten, wie für viele Nutzfahrzeuge ist, nach aktuellem Stand, keine alltagstaugliche Technologie zum emissionsfreien Betreiben vorhanden. Solange dies der Fall ist sind hier dementsprechend emissionsärmere Technologien, wie CNG (compressed natural Gas), Hybride Antriebsformen oder der Einsatz alternativer Kraftstoffe aus Reststoffen zu fördern. Für diese Technologien müssen europaweit die benötigten Rahmenbedingungen geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir ein

schrittweises Absenken der Diesel Subventionen und ein Umlenken dieser Mittel in die Forschung emissionsfreier Antriebskonzepte, wie bspw. der E-Mobilität oder der effizienten Synthetisierung von Wasserstoff.

So muss beispielsweise sichergestellt werden, dass auch die Batterieherstellung und das Recycling nachhaltig geschehen können. Deutschland und Europa dürfen dabei nicht in kolonialistischer Manier andere Regionen vor allem im globalen Süden und in Asien um ihre seltenen Erden ausbeuten.

Forschungsprojekte wie das Fraunhofer-Leitprojekt "Kritikalität seltener Erden" müssen deshalb gefördert und ausgebaut werden. Ziel muss es hier sein, den Bedarf an seltenen Erden für die Batterieherstellung drastisch zu senken, beispielsweise durch die Suche nach Ersatzmaterialien, Optimierung des Einsparungspotenzials der Rohstoffe bei der Herstellung selbst und der Weiterentwicklung von Recyclingmöglichkeiten. Dabei fordern wir neben weiteren finanziellen Mitteln auch eine nachvollziehbare Verteilung von Fördermitteln. Die bisherige Verteilung von Geldern war nicht transparent und führte, für die meisten ExpertInnen überraschend, zu einer Vergabe in die Region des Wahlkreises der Bundesbildungsministerin.

Bei der Ladeinfrastruktur erleben wir derzeit einerseits noch immer große Lücken, andererseits eine fortschreitende Fragmentierung des immer unübersichtlicher werdenden Marktes. Dabei gehört das Recht auf Mobilität zur Daseinsvorsorge. Der Ausbau und Normierung der Ladeinfrastruktur muss deshalb, wie jegliche andere Bereiche der Daseinsvorsorge, staatliche Aufgabe sein, denn nur wenn ausreichend Lademöglichkeiten zur Verfügung stehen und diese auch nutzbar sind ohne mehrere unterschiedliche Tankkartenverträge abzuschließen, wird der Umstieg vom Verbrennungs- auf den Elektromotor attraktiv für die NutzerInnen. Zusätzlich sind kommunale Verwaltungen dazu aufgefordert jegliche öffentliche Parkanlagen mit einer festen Quote von Ladestationen auszustatten, die aus Bundesmitteln finanziert werden müssen. Des Weiteren fehlt für Privathaushalte die Förderung einer eigenen Ladestation am Parkplatz. VermieterInnen sind dazu verpflichtet für MieterInnen die ein Elektroauto besitzen dementsprechende Lademöglichkeiten vorzusehen, sofern ein Parkplatz Bestandteil des Mietgegenstandes ist.

Über die Senkung von Schadstoffen hinaus müssen mit der Forschung in neue Technologien auch das Problem der Lärmentwicklung durch den Verkehr in Angriff genommen werden. Wichtig zu betonen ist, dass Lärmemissionen nicht allein durch Motorengeräusche entstehen. Das Abrollen der Reifen auf dem Asphalt oder die Kühlung des Antriebs sorgen ebenfalls für einen erhöhten Lärmpegel. Gravierend ist dies vor allem im Innerstädtischen Verkehr, da hier AnwohnerInnen zusätzlich zum Ausstoß von Abgasen belastet werden und die Lebensqualität deutlich gesenkt wird. Die bereits erwähnte Weiterentwicklung von Antriebstechnologien bildet nur einen Teil von Maßnahmen ab. Es müssen auch städtebauliche Änderungen vorgenommen werden, die eine Reduzierung des Verkehrslärms zur Folge haben. Als Beispiele zählen der Einsatz von Flüsterasphalt, größerer Raum für den Radverkehr, Ausbau des ÖPNV sowie das ebenfalls erwähnte Tempolimit von 30 km/h.

Diese Vorhaben schneiden ein weiteres wichtiges Feld an, nämlich die Sicherheit im Straßenverkehr. Sowohl RadfahrerInnen als auch FußgängerInnen müssen stärker als bisher vom MIV geschützt werden, denn nicht selten enden Unfälle zwischen den VerkehrsteilnehmerInnen mit schweren Verletzungen. Für die Automobilindustrie ergibt sich die Aufgabe, Assistenzsysteme für die Verkehrssicherheit weiterzuentwickeln. Erwähnenswert sind zum Beispiel Abbiegehilfen (insbesondere für LKWs), Notbremsassistenten oder Systeme, welche die Fahrt in der Nacht sicherer

machen. Sofern diese verfügbar sind, ist es Aufgabe der Politik sinnvolle System für alle Neuwagen verpflichtend einzuführen.

Soziale Voraussetzungen für die Transformation

Wir sind davon überzeugt, dass die Transformation in der Automobilindustrie nur funktionieren kann, wenn soziale und ökologische Ziele gleich gewichtet werden. Mit der Automobilindustrie sind direkt und indirekt Millionen Arbeitsplätze verbunden, welche sich ebenso verändern werden wie die Art der Fahrzeuge die wir nutzen und die Mobilitätskonzepte die wir verwenden.

Vor allem die Beschäftigten der großen Automobilkonzerne, aber auch die der unzähligen Zulieferfirmen dürfen bei allen ökologischen Bestrebungen nicht alleine gelassen werden.

Deshalb fordern wir:

Arbeitsplatzgarantie

Durch die Veränderungen in der Industrie darf es nicht dazu kommen, dass Arbeitsplätze alternativlos gestrichen werden und betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden. Stattdessen muss den MitarbeiterInnen garantiert werden, dass sie auch mit den anstehenden Veränderungen noch sichere Jobs haben. Dabei darf der hohe Grad der Identifikation der Beschäftigten in der Automobilindustrie mit ihrer Branche und ihrem Tätigkeitsfeld, nicht vernachlässigt werden. Im Gegensatz zu anderen Industrien, die in der Vergangenheit von gravierenden Veränderungen bis hin zu ihrer kompletten Abschaffung betroffen waren, befindet sich die Automobilindustrie in einem Wandel, der auf alternative Mobilitätskonzepte hinsteuert. Auch nach einer gelungenen Transformation wird es diese Industrie also noch geben. Umso wichtiger ist somit die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze. Wir erkennen an, dass sich die Beschäftigten in einer schwierigen Situation befinden, in der sie die Arbeit, die sie häufig lange Jahre verrichtet haben, bald in dieser Form nicht mehr verrichten können werden. Dabei ist nicht nur der identitätsstiftende Charakter ihrer Arbeit von einem abrupten Ende bedroht, ebenso schürt die ungewisse Situation in der sich die ArbeitnehmerInnen befinden Ängste und Unsicherheiten. Eine Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten ist somit ein unbedingt notwendiger sozialer Schritt, der gegangen werden muss. Gleichzeitig müssen bereits bestehende Möglichkeiten zur Altersteilzeit verstärkt genutzt und ausgeweitet werden. Vor allem für ältere Beschäftigte, für die ein Wechsel des Tätigkeitsfeldes nicht mehr in Frage kommt, ist die Altersteilzeit eine sinnvolle Alternative, die gleichzeitig die Lebensleistung der häufig langjährig in den Unternehmen Beschäftigten anerkennt.

Das alles reicht jedoch nicht aus, denn finanzielle Absicherung alleine kann nicht der Maßstab für eine gelungene Transformation in dieser Industrie sein. Vielmehr bedarf es weiterer Maßnahmen um den Wandel sozialverträglich zu gestalten.

Bildungsoffensive

Eine der weiteren Maßnahmen ist eine großflächig angelegte Bildungsoffensive. Viele Tätigkeiten die derzeit ausgeübt werden, werden in Zukunft nicht mehr in dieser Form existieren. Dafür entstehen neue Tätigkeitsfelder, für die ArbeitnehmerInnen entsprechend ausgebildet werden müssen.

Hier ist es einerseits notwendig die Berufsausbildung zukunftsgerecht zu gestalten. So muss geprüft werden, wie bereits bestehende Ausbildungsberufe an neue Anforderungen angepasst werden können. Ein Beispiel hierfür ist der Ausbildungsberuf des/der Kfz-MechatronikerIn, welcher bereits um den Schwerpunkt System- und Hochvolttechnik erweitert wurde. Gleichzeitig müssen auch Wege gefunden werden, möglicherweise gänzlich neue, zukunftsgerichtete Ausbildungsberufe in den Unternehmen zu verankern. Die Berufsausbildung und das duale Studium spielen für uns eine wichtige Rolle in der Transformation der Automobilindustrie. Nur wenn hier bereits beim Berufseinstieg der Grundstein für eine zukunftsfähige Industrie gelegt wird, kann der Wandel gelingen. Aus diesem Grund dürfen im Zuge der anstehenden Veränderungen auch keine Ausbildungsplätze gestrichen werden, die Berufsausbildung ist für uns weiterhin zentral und spielt gerade für die betroffenen Regionen eine wichtige Rolle. Gleichzeitig steht die Industrie vor der Herausforderung, dass auch viele bereits fertig ausgebildete Arbeitskräfte sich verändern müssen. Eine Arbeitsplatzsicherung bei der die Beschäftigten nach dem Gießkannenprinzip einfach nur "abgestellt" werden, ist dabei nicht ausreichend! Es ist hier nicht nur wichtig, Weiterbildungsangebote auch für langjährig Beschäftigte zu schaffen, auch ein individueller Blick auf die jeweiligen Gegebenheiten ist notwendig. So muss nicht nur die Lebensrealität der Beschäftigten bei jeder Veränderung im Blick behalten werden, sondern auch bereits bestehende Fähigkeiten sinnvoll eingesetzt werden. Hierbei dürfen derzeitige Tätigkeiten die möglicherweise wegfallen werden nicht geringgeschätzt werden, sondern müssen als wertvolle Kompetenzen auch bei neuen Tätigkeiten bedacht werden. Die Veränderung der einzelnen Tätigkeiten muss somit praxis- und erfahrungsorientiert stattfinden. Auch soziale Aspekte wie beispielsweise kollegiale Verhältnisse am Arbeitsplatz dürfen nicht vernachlässigt werden. Dies gelingt nur indem Weiterbildungsangebote attraktiv gestaltet werden, denn nur so können auch die jetzt Beschäftigten bei notwendigen Veränderungen mitgenommen werden. Diese Weiterbildungsangebote müssen vor allem in großen Konzernen durch die Unternehmen selbst geschaffen werden, während gleichzeitig für kleine und mittlere Unternehmen, die ebenfalls betroffen sind, staatliche Unterstützung notwendig ist. Gleichzeitig müssen dabei Unternehmensgrenzen aufgebrochen werden und Bildungsk Kooperationen gefördert und gefordert werden, sodass nicht nur der allgemeine Wandel sondern auch der/die einzelne MitarbeiterIn im Blick behalten wird. Dazu gehört ebenso der Ausbau des lebenslangen Lernens, um in Berufen, die in Zukunft immer weiter akademisiert werden eine Nachakademisierung zu ermöglichen und auch attraktiv zu gestalten. Beispielsweise können so erfahrene ArbeiterInnen bspw. in der Zerspanungsmechanik für Verbrennungsmotoren, vorausgesetzt sie haben einen Meister, ein Masterstudium in einer Zukunftstechnologie ergänzen und damit auch langfristig ihr Gehalt und ihre Stellung im Unternehmen erhöhen. Dabei müssen diese Hochschulstudiengänge für berufstätige Menschen zugänglicher gestaltet werden und eine Vereinbarkeit von Familie, Studium und Arbeit, ohne erhebliche finanzielle und zeitliche Einbußen möglich werden.

Enge Anbindung an die Gewerkschaften

Als JungsozialistInnen sehen wir uns traditionell an der Seite der Gewerkschaften. Nur mit starken Gewerkschaften kann der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen,

höhere Löhne und zukunftssichere Arbeitsplätze gewonnen werden. Als Jusos sehen wir uns dabei immer auf der Seite der Beschäftigten in den Betrieben. Unsere Industriepolitik ist keine Lobbypolitik für die Unternehmen und ihre EigentümerInnen, sondern eine Politik die für die Interessen der Beschäftigten und damit für die Interessen unserer Gesellschaft streitet.

Dabei sehen wir das berechnigte Interesse der Beschäftigten ihre Arbeitsplätze zu erhalten nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit der sozial-ökologischen Transformation. Denn es sind die Beschäftigten in dieser Industrie - egal ob in großen Konzernen oder kleineren Zulieferfirmen - die die eigentliche Expertise für den Umbau ihrer Industrie mitbringen. Hier müssen die Beschäftigten befähigt werden, diesen Umbau auch durchzuführen, indem ihnen mit Maßnahmen wie den oben genannten die Sicherheit gegeben wird, durch die Veränderungen nicht ihren Job zu verlieren. Denn es ist vor allem die Sorge um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes und eine ungewisse Zukunft, die dazu geführt hat, dass gerade die Beschäftigten und somit auch die Gewerkschaften häufig lediglich als KämpferInnen für den Erhalt bestehender Strukturen gesehen wurden.

Wir sind davon überzeugt, dass mit einer wachsenden Demokratisierung der Betriebe die Beschäftigten sich Ihrer eigenen Verantwortung für die Verkehrs- und Energiewende bewusstwerden und diese auch umsetzen können. Dafür bedarf es jedoch der Unterstützung durch die Politik und der Verpflichtung der Unternehmen, demokratische Prozesse zu fördern und den Beschäftigten die Verantwortung zu übertragen.

Wir stehen dabei weiterhin fest an der Seite der Gewerkschaften und kämpfen mit ihnen gemeinsam für die sozial-ökologische Transformation der Automobilindustrie.

Neue Arbeitsbedingungen

Gleichzeitig ist es jetzt Zeit auch die Arbeitsbedingungen zu verändern. Viele Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Arbeitswelt in der Automobilindustrie radikal verändern wird. Neue Antriebstechnologien, die den Verbrennungsmotor ablösen, sind häufig weniger arbeitsintensiv in der Produktion, aber auch in der Wartung. Hinzu kommt die voranschreitende Digitalisierung und Automatisierung in allen Teilen der Industrie. Aus diesen Gründen ist es Zeit, endlich über weitere Arbeitszeitverkürzungen zu sprechen. Als Jusos setzen wir uns für die 28-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein und nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass flexible Arbeitszeitmodelle und wo möglich auch Angebote für mobiles Arbeiten geschaffen werden müssen. Ebenso darf der Stellenwert der Tarifverträge zukünftig nicht außer Acht gelassen werden. Die flächendeckende Tarifbindung ist unabdingbar für die Zukunft der Industrie und darf nicht zur Verhandlungsmasse zwischen Beschäftigten und Unternehmen werden.

In einer digitalisierten Industrie müssen auch veraltete Arbeitskonzepte wie z.B. Nachtschichten kritisch reflektiert werden.

Strukturwandel ganzheitlich betrachten

Wir wissen, dass der anstehende Strukturwandel für die betroffenen Regionen in Deutschland eine große Herausforderung darstellt. Ganze Regionen und sogar Bundesländer wie Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Bayern sind massiv abhängig von der Automobilindustrie. Das Ergebnis des Wandels darf keine Deindustrialisierung durch eine Standortverlagerung in andere Länder mit immer schlechteren Arbeitsbedingungen, niedrigeren Löhnen oder geringeren Steuersätzen

sein. Denn nicht nur die zahlreichen direkt bei den Automobilkonzernen und ihren Zulieferern beschäftigten Menschen sind von der derzeit vorhandenen Infrastruktur vor Ort abhängig, vielmehr sind diese Regionen häufig insgesamt von der Automobilindustrie abhängig. Auch die Bäckerei an der Ecke oder der Klamottenladen in der Innenstadt leiden unter einem Wegfall des für diese Regionen wichtigsten Industriezweiges.

Es gilt also bestehende Standorte nicht abzuhängen sondern so umzubauen, dass sie für die Zukunft der Mobilität gerüstet sind. Dazu gehört auch, dass insbesondere öffentliche Forschungseinrichtungen gerade in den betroffenen Regionen erhalten und ausgebaut werden. Bestehende Arbeitskräfte und Standortvorteile müssen hier nachhaltig genutzt werden und können wichtige TreiberInnen der Transformation sein.

Gleichzeitig sind wir uns der gesamteuropäischen Verantwortung bewusst, die die Automobilindustrie trägt. Nicht nur Deutschland, sondern die meisten europäischen Länder sind stark durch die Automobilindustrie beeinflusst und Transformationsprozesse dürfen nicht an Länder- oder Unternehmensgrenzen halt machen.

Wir fordern deshalb eine europäische Lösung, um die sozial-ökologische Transformation mit guten Arbeitsbedingungen und angemessen Löhnen in der gesamten EU sicherzustellen.

Unser jungsozialistischer Anspruch an die Transformation

Unser jungsozialistischer Anspruch ist klar: Wir stehen für eine Transformation in der Industrie, die gleichzeitig sozialen wie ökologischen Ansprüchen genügt.

Dabei kämpfen wir langfristig für den demokratischen Sozialismus, der eine Gesellschaft der Freien und Gleichen schafft, in der der ungezügelt Kapitalismus nicht länger dafür sorgt, dass wirtschaftliche Interessen vor ökologischen und sozialen Interessen stehen. Stattdessen braucht es eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, so auch der Automobilindustrie und der mit ihr verknüpften Betriebe, die häufig von stark hierarchischen Strukturen geprägt sind.

Doch gleichzeitig ist uns bewusst, dass die Transformation dieser Schlüsselindustrie nicht nur unmittelbar bevorsteht, sondern bereits begonnen hat. Wir stecken mitten im Wandel und es ist höchste Zeit, ihn auch politisch zu gestalten. Dafür brauchen wir schon jetzt Lösungen die den anstehenden Wandel nicht ignorieren und hinauszögern und damit schwerwiegende Folgen für unsere Umwelt und die Beschäftigten in diesem Bereich nach sich ziehen können.

Beim Wandel in der Automobilindustrie besteht derzeit diese Gefahr. Während die Veränderungen bereits in vollem Gange sind, verschließt die Industrie selbst noch in großen Teilen die Augen vor dem eigentlichen Ausmaß der Veränderungen und die Politik hat bisher wenig dafür getan, den Unternehmen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen und soziale Sicherungsmaßnahmen für die Betroffenen auf den Weg zu bringen. Aus diesem Grund kommt es jetzt einerseits darauf an, die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, sich für die anstehenden Veränderungen zu wappnen und diese nicht auf dem Rücken der Beschäftigten oder unserer Umwelt auszutragen. Andererseits müssen dafür politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sowohl den kleineren Unternehmen die mit der Branche verbunden sind dabei helfen, die Transformation zu meistern, als auch den Einfluss der öffentlichen Hand auf die großen Automobilkonzerne ausweiten.

Als Vorbild kann hierbei das niedersächsische VW-Gesetz dienen, welches dem Land Niedersachsen einen 20,2-prozentigen Anteil an Volkswagen sichert. Durch diese Sperrminorität, also ein Vetorecht in allen wichtigen Entscheidungen, wird sichergestellt, dass zentrale Entscheidungen nicht nur von ManagerInnen, sondern

auch von gewählten VolksvertreterInnen gefällt werden müssen. Das macht das VW-Gesetz zu einem wichtigen wirtschaftsdemokratischen Element. Natürlich darf dieser Einfluss der öffentlichen Hand aber auch nicht allein aus marktwirtschaftlichen Erwägungen heraus vollzogen werden. Er ist nur dann zielführend, wenn explizit sowohl soziale als auch ökologische Aspekte eingebracht und vorangetrieben werden.

Unser Weg zur Transformation – Schlusswort

Die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden entscheidend für die Mobilitätswende sein. Die Automobilindustrie steht als eine der deutschen Schlüsselindustrien vor einer immensen Herausforderung. Das Pariser Klimaabkommen und die damit zu senkenden Treibhausgase treffen eine Industrie, deren Technologie zum Großteil auf fossilen Energieträgern basiert, besonders hart. Wir bekennen uns klar zum 1,5 Grad Ziel und fordern, neben einer sektorübergreifenden Senkung von Treibhausgasen, dass regenerative Energiequellen der Grundstein für technologieoffene, grüne Antriebskonzepte sind. Kern unserer Forderung ist eine soziale Transformation der Automobilindustrie. Uns ist klar, dass wir als Jusos nur ein Akteur von vielen sind. Deshalb müssen wir zusammen mit den Gewerkschaften, unserer Mutterpartei und anderen Organisationen und Verbänden Lösungen finden, die das Ziel einer gelungenen Transformation, die soziale mit ökologischen Aspekten verbindet, erreichbar machen

M 2	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Gifhorn	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____	

Tempolimit auf Autobahnen

Wir fordern, die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen, auch für die linke Spur.

Begründung:

Erfolgt mündlich

M 3	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Salzgitter	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Regionales Konzept für Ladeinfrastruktur

Der Großraum Braunschweig ist in vielerlei Hinsicht aufeinander angewiesen und vernetzt. Pendler*innen, Innenstadtbesucher*innen, überstädtische Freundschaften und Tagestouristik prägen das gesellschaftliche und räumliche miteinander im Großraum Braunschweig. Es ist nicht außergewöhnlich, wenn Menschen aus Helmstedt in Gifhorn arbeiten oder wenn Menschen aus Goslar den Tag am Salzgitter See verbringen. Diese sehr variable räumliche Gestaltung des Alltages vieler Menschen in unserer Region muss nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch im Sinne der Mobilitätswende gedacht werden. Es macht einen großen Unterschied, ob achtzigtausend Menschen aus Salzgitter tagsüber ihr E-Auto in Braunschweig stehen haben, da sie dort arbeiten und eventuell nachmittags noch die Innenstadt besuchen, oder diese ihr E-Auto zuhause stehen lassen, da sie mit dem Bus fahren oder sie in Salzgitter arbeiten. Aufgrund dieser auf vielen Variablen bezogenen räumlichen Bewegung und Aufenthaltsorte innerhalb unserer Region muss es ein regionales Konzept und einen regionalen Bauplan für die Ladeinfrastruktur für E-Autos geben, um die Dichte der Ladesäulen nicht bloß zufällig und langsam auszubauen, sondern gezielt aufgrund von regionalen Überlegungen und Notwendigkeiten. Anders wären Fehlplanungen und somit ein noch stärkeres Stocken des Ausbaus der Ladeinfrastruktur in unserer Region vorprogrammiert. Wir müssen die Zukunft der Mobilität regional und progressiv gestalten.

01	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Braunschweig	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

SPD-Cloud

Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert, eine Cloudlösung zur Nutzung durch alle SPD-Gliederungen einzurichten. Diese umfasst neben einem personalisierten Zugangssystem freie Speichernutzung aller Gliederungen, eine Kalenderfunktion und eine Textfunktion, bspw. durch ein Etherpad, in welchem Diskussionen und Änderungen nachverfolgt werden können. Datenschutz und Datensicherheit muss, trotz dringend notwendiger IT-Lösungen an oberster Priorität stehen. Dies muss bei der Entwicklung und Durchführung der SPD-Cloud berücksichtigt werden

Begründung

Die Parteiarbeit wird seit vielen Jahren zu einem großen Teil digital geleistet. So werden Anträge digital geschrieben, die Kommunikation läuft zu großen Teilen über E-Mail ab und auch Bestellungen im SPD-Shop sind digital organisiert. Bis jetzt fehlt jedoch die Möglichkeit, dass die einzelnen Gliederungen Dateien (bspw. eigene Flyer, Zeitungen, Anträge, Protokolle, etc.) in einem internen System ablegen können, wodurch sie auf datenschutzrechtlich problematische Alternativen zurückgreifen müssen. Zudem ist die Arbeit somit ein technischer Flickenteppich, sodass auch die Zusammenarbeit verschiedener Gliederungen und Ebenen erschwert wird. Durch eine zentrale interne Lösung könnten zudem Änderungsanträge auf Parteitag transparenter gestaltet werden. Auch könnten Diskussionen im Vorfeld von Parteitagen schon digital vorbereitet werden. Auch Dienstleistungen vor Ort wie das Mieten von eigenen Räumlichkeiten könnten so barrierearm organisiert werden.

S 1	AntragsstellerIn:	Weiterleitung an:
	UB Gifhorn	
<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Weitergeleitet an _____		

Ausnahmeregelungen für Sozialhilfe unbeschränkt beibehalten

Der vereinfachte Zugang zur Sozialhilfe hat vielen Menschen in der Corona-Pandemie die Existenzgrundlage gesichert.

Wir fordern, dass der vereinfachte Zugang zur Sozialhilfe unbeschränkt beibehalten wird und die Ausnahmeregelung zur Prüfung des Vermögens generell und zeitlich unbefristet eingeführt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich